P E T E R S B U R G E R

DIALOG

HERAUSGEBER: JOHANN MICHAEL MÖLLER UND WITALI NIKITITSCH IGNATENKO

MÄRZ 2018

ISSN: 2566-8668

ERSTE LIEBE

In Moskau ist eine Hommage an Rainer Maria Rilke zu besichtigen. Sie zeigt die Verbundenheit des großen Dichters mit Russland.

Seite 12

WWW.RILKE-RUSSLAND.NET

ZWEITER AUFSCHLAG

Alexander Zverev ist Deutschlands größte Tennishoffnung. Das Talent hat er von seinem Vater, dem 7-fachen sowjetischen Meister gleichen Namens.

Seite 15

SHUTTERSTOCK

Deutschland tut der UN gut

Im Sommer 2018 wird die 72. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York über die Bewerbung der Bundesrepublik Deutschland um einen Sitz im Sicherheitsrat in den Jahren 2019 und 2020 entscheiden. Die Bewerbung Deutschlands um einen der nichtständigen Sitze hatte der damalige Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier, der heute unser Bundespräsident ist, im Juni 2016 bekanntgegeben.

Als Bürger ist mir der Gedanke sympathisch, dass sich Deutschland um einen der frei werdenden Sitze bewirbt, als Verleger dieser Zeitung möchte ich begründen, weshalb eine Mitgliedschaft unseres Landes im Sicherheitsrat eine gute Wahl wäre.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich in den bald 70 Jahren seit ihrer Gründung am 23.

Detlef Prinz, Verleger

Mai 1949 zur größten Volkswirtschaft Europas entwickelt und bietet ihren mittlerweile 82,5 Millionen Bürgern ein Leben in Freiheit, Frieden, Eintracht, Sicherheit und materiellem und kulturellem Wohlstand im Rahmen der Europäischen Union. Die Stabilität dieser fünf tragenden Säulen eines gedeihlichen Lebens verdanken die Bürger unseres Landes beidem: der eigenen Anstrengung und dem Wohlwollen ihrer Nachbarn und Freunde.

Von diesem Wohlwollen können und möchten wir, die Bürger und ihre Regierung, Dritten etwas zurückgeben. Ländern, die von unseren positiven Erfahrungen profitieren wollen. Die noch dabei sind, die fünf tragenden Säulen zu errichten und ihren Bürgern ein gedeihliches Leben zu ermöglichen.

Freiheit: Ohne sie ist alles nichts. Frieden: Ohne ihn steht alles in Frage. Eintracht: Ohne sie kein friedliches Miteinander. Sicherheit: Ohne sie kein Leben in Ruhe. Wohlstand: Ohne ihn kein Leben in Würde. Aber wie geht das? Jedes für sich und alle zusammen? Hier kann Deutschland seine in bald 70 Jahren gewachsenen Kompetenzen nutzen und teilen.

Deshalb wäre eine Mitgliedschaft unseres Landes im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine gute Wahl. Gerade in unruhigen Zeiten wie diesen und ganz sicher auch in den beiden folgenden Jahren 2019 und 2020 würde Deutschland im Sicherheitsrat der UN gut tun.

SHUTTERSTOCK

Russ-hour

Berlin ist stylish, schäbig und wild. Das zieht junge russische Kreative in die europäische Metropole, die dort ihren eigenen Modestil formen.

Seite 14

Minsk ist tot

Es sind die russischen Interessen, die einen Ausweg aus der Krise behindern

VON REINHARD VESER

Die täglichen Berichte der OSZE-Beobachtermission in der Ukraine dokumentieren ein ständiges Auf und Ab: Mal wächst die Zahl der Verletzungen der Waffenruhe im Vergleich zum Vortag, mal nimmt sie ab. Eine Richtung ist nicht zu erkennen – es handelt sich um eine fast gleichbleibende Wellenbewegung mit wenigen Ausschlägen nach oben und unten. Die politische Lage um den Konflikt in der Ostukraine kurz vor Beginn des fünften Kriegsjahrs ist der auf dem Schlachtfeld ähnlich: Momente wachsender Spannungen wechseln sich mit Signalen der Deeskalation ab. Es gibt freilich einen Unterschied: Die Bewegungen sind stärker geworden, seit der russische Präsident Wladimir Putin im September vorigen Jahres eine UN-Mission für den Donbass vorgeschlagen hat.

Russland hat den Krieg in die Ukraine getragen, sie ist die einzige Konfliktpartei, die ihn beenden könnte.

Zum ersten Mal seit den Minsker Verhandlungen im Februar 2015 war damit ein Vorschlag ernsthaft im Spiel, der nicht in der damals vom im Normandie-Format aus Deutschland, Frankreich, Ukraine und Russland ausgehandelten Vereinbarung stand. Nach dem zeitweiligen Stillstand, der nur durch Streitereien über die Auslegung des in vielen Punkten unpräzisen Minsker Dokuments gefüllt worden war, schien sich damit die Möglichkeit zu eröffnen, zwar nicht eine Lösung des Konflikts, aber doch eine Verbesserung der Sicherheitslage und damit auch der Lage der Menschen im Kriegsgebiet zu erreichen. Neu war der Vorschlag einer UN-Mission nicht – neu und überraschend war nur, dass er aus Moskau kam, das bis dahin von einer UN-Truppe nichts wissen wollte.

Erfüllt haben sich die mit Putins Vorstoß verbundenen Hoffnungen nicht. Die Gespräche über das Mandat für eine UN-Mission sind nur zu einem weiteren Schauplatz des diplomatischen Stellungskriegs zwischen Moskau auf der einen sowie dem Westen und der Ukraine auf der anderen Seite geworden. Auch der Gefangenenaustausch zwischen der Ukraine und den sogenannten Separatisten Ende Dezember und andere potentiell positive Signale verhallten ohne Nachwirkungen.

Gleiches gilt freilich bisher auch für die Entwicklungen, die zu einer Destabilisierung oder Eskalation führen könnten. Davon gab es in den vergangenen Monaten einige: etwa den Umsturz in der „Volksrepublik Luhansk“, den Rückzug der russischen Offiziere aus dem russisch-ukrainischen Koordinationszentrum, die Ankündigung amerikanischer Waffenlieferungen an die Ukraine oder zuletzt Ende Januar die Annahme des Gesetzes über die Reintegration der besetzten Gebiete durch das ukrainische Parlament. Doch bei allem, was in den vergangenen Monaten geschehen ist, gab es keine echten Veränderungen, weder zum Guten noch zum Schlechten.

Der Hauptgrund dafür ist in Moskau zu suchen. Die russische Führung hat den Krieg 2014 in die Ukraine getragen, und sie ist auch die einzige Konfliktpartei, die es in der Hand hätte, ihn zu beenden. Doch die andauernde militärische und wirtschaftliche Unterstützung für die sogenannten „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk zeigt, dass der Kreml den Konflikt am Leben erhalten will. Für ihn sind die de facto russisch besetzten Gebiete ein Mittel, weiter auf die Entwicklung in der Ukraine Einfluss zu nehmen. Derzeit nur indirekt – durch die beträchtlichen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und psychologischen Kosten des schwärenden Kriegs für die Ukraine. Wenn die Wahlen in der Ukraine 2019 noch unübersichtlichere oder gar grundsätzlich andere Mehrheitsverhältnisse ergeben sollten, könnte der Donbass sogar wieder ein Hebel für eine direktere russische Einwirkung auf die Politik in Kiew werden.

Andererseits ist der russischen Führung derzeit auch nicht an einer Eskalation im Osten der Ukraine gelegen. Zum einen steht ein Ereignis bevor, dessen Erfolg für Putin und seine Umgebung äußerst wichtig ist: die Fußball-Weltmeisterschaft im Juni und Juli. Jede Zuspitzung der

FORTSETZUNG AUF SEITE 4

Minsk lebt

Wie eine russische Expertengruppe sich an der Suche nach einem Ausweg aus der Krise beteiligt

VON VICTOR LOSHAK

Um den Frieden in der Ukraine ringen nicht nur Politiker auf offener Bühne. Auch hinter den Kulissen wird ein Ausweg aus der Krise gesucht. Bereits Mitte Januar erschien ein Appell einer Gruppe von Akademiemitgliedern, eine Idee umzusetzen, mit der sowohl Moskau als auch Kiew einverstanden wären: eine UN-Friedensmission in den Donbass zu entsenden.

Unter den Autoren dieses Dokuments sind so bekannte Persönlichkeiten wie die Akademiemitglieder Alexander Dynkin und Aleksej Arbatow, das korrespondierende Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften Fjodor Wojtolowskij und der Abteilungsleiter des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Russischen Akademie der Wissenschaften Andrej Sagorskij. Mitautor ist ebenso Armeegeneral Wjatscheslaw Trubnikow, der ehemalige Chef der russischen Aufklärung.

Es ist entscheidend, dass die Friedenstruppen nicht nur den Frieden wahren, sondern auch den Frieden erzwingen.

Die Autoren glauben, dass, politischer Wille vorausgesetzt, Russland und die Ukraine in dieser Frage auf einen gemeinsamen Nenner kommen könnten. Die Sondergesandten für den Friedensprozess im Osten der Ukraine, Kurt Volker und Wjatscheslaw Surkow, haben sich dieser Option bereits genähert. Rührt ihr Optimismus nach den letzten Gesprächen daher?

In der ersten Etappe der Friedensmission müsste eine schrittweise Wiederherstellung der sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen und der Wirtschaft der Region vereinbart werden. Das ist akzeptabler als das bloße Einfrieren des Konflikts, was den Donbass in ein zweites Transnistrien verwandeln würde. Die Aufgabe der Friedenstruppe, die entlang der gesamten Konfrontationslinie stationiert werden soll, steht den Minsker Vereinbarungen nicht entgegen, im Gegenteil, sie stellt sicher, dass diese effizient eingehalten werden. Es ist entscheidend, dass die Friedenstruppen nicht nur den Frieden wahren, sondern auch den Frieden erzwingen. Dafür benötigen sie allerdings ein Mandat, das auch von den Vertretern der Volksrepublik Donezk und der Volksrepublik Lugansk unterzeichnet ist, mit denen aber die ukrainische Seite derzeit nichts zu tun haben will.

Schon die Zusammensetzung der Friedensmission ist eine schwierige Frage. Für den Westen ist eine russische Beteiligung inakzeptabel, für Russland die von Vertretern der USA und einer Reihe von Nato-Ländern. Ein Kompromiss könnte ausgesprochen schwierig werden. Das Rezept der Akademiemitglieder lautet, in die Mission unbewaffnete Beobachter aus Russland und der Ukraine einzugliedern. Was die militärischen Einheiten anbelangt, so könnten dies Militärs aus neutralen Ländern, wie Kasachstan, Serbien, Österreich, Finnland und Schweden stammen.

Das Mandat für die Mission muss von höchster Ebene erteilt werden, dem UN-Sicherheitsrat. Wichtig ist auch, dass es neben der militärischen Mission auch eine humanitäre Mission geben muss, die sich um die nichtmilitärischen Aspekte der Minsker Vereinbarungen kümmert. Seien es Wahlen und die Schaffung von Behörden, die Unterstützung von Flüchtlingen, die Rechtsordnung und die Rechtsprechung.

Die für Moskau empfindlichste Etappe, die Stationierung einer Friedenstruppe an der Grenze zwischen Russland und der Ukraine, sollte nach Ansicht der Autoren zuletzt umgesetzt werden – nach dem Abzug der Friedenstruppe in die Entflechtungszone und der Erfüllung einer Reihe weiterer Bedingungen der Minsker Vereinbarungen.

Über die Erarbeitung von politischen Rezepten und deren Abstimmung zwischen den Seiten berichtete Alexander Dynkin, Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften und Präsident des Primakow-Instituts für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen, dieser Zeitung in einem Interview. (Siehe Seite 4)

UKRAINE: UN REIN, SANKTIONEN RAUS

Die Europäische Union und Russland befinden sich „in einer Eskalationslogik, die wir seit dem Kalten Krieg überwunden glaubten“. Das sagte Bundesaußenminister Sigmar Gabriel auf der Münchner Sicherheitskonferenz Mitte Februar. Aber Empörung über Moskaus Politik in der Ukraine allein helfe den Menschen dort nicht.
Die Idee einer robusten UN-Blauhelmmission im Donbass sei „extrem anspruchsvoll“, so Gabriel. „Ich weiß, dass die Vorstellungen, die über ihre Umsetzung in Russland existieren und die bei uns existieren, weit auseinanderliegen.“ Aber es lohne sich, den Dialog mit Russen und Ukrainern fortzusetzen und diese Idee unbeirrt zu verfolgen.

„Die Etablierung einer solchen Mission, die Durchsetzung eines Waffenstillstands und der Rückzug schwerer Waffen können einen schrittweisen Abbau der Sanktionen ermöglichen“, sagte Gabriel. „Wir Deutschen und wir Europäer sollten anbieten, in einem solchen Fall auch für ein besseres Leben im Donbass zu investieren. Und Russland sollte in uns auch etwas anderes erkennen als einen Gegner.“ Mit Bick auf Russland sagte Gabriel: „Wo, wenn nicht in einer gemeinsamen Zukunft, sollen eigentlich die Chancen für nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg und die Stabilität der eigenen russischen Gesellschaft liegen – wenn nicht in der Zusammenarbeit mit Europa? “ PHK

#04

SIEG ODER NIEDERLAGE?

Der Vertrag von Brest-Litowsk sollte ein Friedensvertrag sein. Wenig später erwies er sich als Basis für neue Krisen.

Seite 6

VERNÜNFTIG ODER FATAL?

Der Bau der Gaspipeline Nord Stream 2 ist umstritten. Zwei deutsche Experten diskutieren: Was spricht dafür, was dagegen?

Seite 8

RUSSISCH ODER DEUTSCH?

In Russland haben viele Juden ihre Religion verloren. Ausgewandert suchen sie Stabilität in der Synagoge – zum Beispiel in Berlin.

Seite 10

Ist Russland ein europäisches Land?

Am 18. März wählen die Russen einen neuen Präsidenten, es wird wohl wieder Wladimir Putin sein. Die außenpolitischen Ansätze seiner Gegenkandidaten vermitteln den Eindruck großer Uneinigkeit

VON GALINA DUDINA UND EKATERINA GROBMAN

Siebzig Männer und Frauen wollten bei den russischen Präsidentschaftswahlen am 18. März kandidieren. Nicht alle konnten die notwendigen Dokumente und die erforderliche Zahl von Unterschriften beibringen. Einigen potenziellen Kandidaten, darunter der Oppositionelle Alexej Nawalny, verweigerte die Zentrale Wahlkommission die Registrierung, weil sie vorbestraft sind. Geblieben sind acht Kandidaten, sieben Männer und eine Frau.

Lediglich zwei Politiker haben – neben Wladimir Putin – reelle Chancen auf mehr als fünf Prozent der Stimmen. Laut Umfragen sind das der Kandidat der Liberal-Demokratischen Partei Russlands und Fraktionschef in der Staatsduma, Wladimir Schirinowski, sowie der Kandidat der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation und Direktor der geschlossenen Aktiengesellschaft Sowchos imeni Lenina, Pawel Grudinin.

Anders als der derzeitige Präsident, der Mitte Februar noch kein offizielles Wahlprogramm präsentiert hat, haben alle anderen Kandidaten ihre Versprechen und Vorschläge formuliert. Außenpolitik spielt eine eher untergeordnete Rolle.

Pawel Grudinin bezieht sich in seinen „20 Schritten“ lediglich im zweiten Punkt auf internationale Aspekte, nämlich auf die „Wiederherstellung der wirtschaftlichen Souveränität Russlands“. Darin schlägt er vor, das russische Kapital von ausländischen Finanzinstitutionen zurückzuholen und den Zugang von ausländischem Kapital zum russischen Markt zu beschränken.

Wo außenpolitische Strategie angesprochen wird, können die von den Kandidaten vorgelegten Programme in Vorschläge von „Skeptikern“ und „Optimisten“ unterteilt werden. Die Skeptiker sind Wladimir Schirinowski, Sergej Baburin, Kandidat der Partei Russische gesamtnationale Union und leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für sozialpolitische Forschungen der Russischen Akademie der Wissenschaften, sowie Maksim Surajkin, Kandidat der Partei Kommunisten Russlands. Ihr Wahlkampf zeigt deutlich, dass sie kein Potenzial in der internationalen Zusammenarbeit sehen. Zu den Skeptikern kann vorsichtig auch Pawel Grudinin gezählt werden, zumindest ist er kein Verfechter der Entwicklung partnerschaftlicher Beziehungen mit anderen Ländern.

Sergej Baburin ist resoluter. Er schlägt vor, die Migrationsgesetze zu verschärfen, die Visumspflicht für einige Länder der GUS einzuführen und in der Außenpolitik auf die „russische Welt“, den Bund zwischen Russland und Weißrussland, und auf die Eurasische Wirtschaftsunion zu setzen.

Maksim Surajkin geht noch weiter und will Transnistrien, die Volksrepublik Donezk und die Volksrepublik Lugansk anerkennen. Er will zunächst das „Verteidigungsbündnis der antiimperialistischen Staaten nach dem Muster des Warschauer Vertrags“ sowie anschließend ein Gebilde wie die UdSSR wiederherstellen. „Wir werden dies tun und dabei die linken sozialistischen Bewegungen in den Ländern des ehemaligen sozialistischen Lagers umfassend unterstützen“, sagte Surajkin dieser Zeitung. „Was Deutschland anbelangt, so muss ein Dialog mit allen geführt werden, doch wir sollten uns bewusst sein, dass sie für uns keine Freunde sind, und die Zusammenarbeit mit ihnen aus eigenem Interesse heraus betrachten.“

Alle Kandidaten bieten darüberhinaus populistische Lösungen an, die in Wirklichkeit sowohl die Beziehungen Russlands mit anderen Ländern, als auch die Beziehungen zwischen den Nationen innerhalb des Landes erheblich beeinträchtigen könnten. So schlägt Wladimir Schirinowski vor, „aus dem Strafgesetzbuch die antirussischen Artikel zu entfernen“, „die russische Sprache zu schützen“, „die Teilnahme russischer Künstler und Sportler an internationalen Wettbewerben und Ausscheiden sicherzustellen“, „alle verlorenen Gebiete unter die russische Fahne zurückzuholen“, „überall auf der Welt die Christen zu schützen“, „die Zahl der Migranten zu beschränken“ und „die Politik der Importsubstitution weiterzuführen“. Schirinowski geht davon aus, dass diese Politik „Gewinn bringen“ könnte. Er glaubt, „die Aufhebung sämtlicher Sanktionen gegen Russland“ erreichen zu können.

Alle Kandidaten bieten populistische Lösungen an, welche die Beziehungen Russlands mit anderen Ländern, beeinträchtigen könnten.

Die Optimisten, die in der Außenpolitik wohl auf bessere Zeiten hoffen, sind Grigori Jawlinski, der Kandidat von Jabloko und Vorsitzende des Föderalen politischen Ausschusses der Partei und Professor an der Hochschule für Wirtschaft; Boris Titow, Kandidat der Partei Wachstum, Geschäftsmann und Beauftragter des Präsidenten der Russischen Föderation für den Schutz der Unternehmerrechte sowie die Fernsehmoderatorin Xenia Sobtschak.

Grigori Jawlinski spricht davon, die Migrationsprobleme umfassend und unter Wahrung der Menschenrechte zu lösen. Er will die Konfrontation mit der Ukraine beenden und den Dialog mit der Europäischen Union und den USA normalisieren.

Sobtschak geht weiter: „Russland ist ein europäisches Land. Unsere natürlichen Partner und Verbündeten sind die europäischen Mächte, die demokratischen und prosperierenden Länder. Eine starke Europäische Union liegt im Interesse Russlands.“

Was die Zukunft der Krim anbelangt, so werfen sowohl Skeptiker als auch Optimisten mehr Fragen auf als Antworten zu geben. Die Idee eines Referendums scheint eine äußerst komplizierte diplomatische Aufgabe zu sein, die mit Russland, der Ukraine und der internationalen Gemeinschaft abzustimmen sei.

Nach Ansicht von Jewgeni Mintschenko, Politikwissenschaftler und Leiter der Stiftung Mintschenko Consulting, bestehe in der Gesellschaft ein Konsens zur Krim, „die historische Rückführung der Krim“ werde weitgehend gebilligt. Das erklärt die Zurückhaltung der Kandidaten in dieser Frage. „Die Wähler sind der Meinung, dass die starke Seite Putins die Außenpolitik ist. Warum sollte man sich mit ihm auf diesem Feld auf ein Gefecht einlassen, auf dem er der Stärkere ist? Sobtschak versucht sich in die außenpolitosche Kreise der Demokratischen Partei der USA einzuklinken. Deshalb deckt sich ihre Russland-Rhetorik fast wörtlich mit der der amerikanischen Demokraten“, meint Mintschenko.

Im Programm von Boris Titow ist die Rede davon, wie wichtig die europäischen und asiatischen Märkte, die Beschaffung ausländischer Technologieinvestitionen und die Gewinnung ausländischer Lehrer sind. „Die Grundlage einer starken Außenpolitik kann nur eine starke und effiziente Wirtschaft sein. Aus diesem Grund muss das Hauptziel unserer außenpolitischen Tätigkeit sein, maximal günstige Bedingungen für die innere Entwicklung herzustellen. Wir haben einen starken Bedarf an Technologietransfer, langfristigen Krediten und Investitionen aus dem Westen sowie an einer Rechtsordnung, die sich am westlichen System orientiert. Dies wird durch innenpolitische Stabilität, eine beherrschte und berechenbare Außenpolitik gewährleistet“, erklärte er dieser Zeitung und nennt China als Beispiel. Dabei ist auch Titow davon überzeugt, dass Russland ungeachtet seiner Spezifik, dem Wesen nach ein europäisches Land ist.

Galina Dudina und Ekaterina Grobman sind Redakteure der Zeitung Kommersant.

Willkommen: Der Vorsitzende der MSC, Wolfgang Ischinger, und Bundestagsvizepräsident Thomas Oppermann begrüßen Boyko Borissow.

NICHT NUR REDEN, HANDELN!

Mehr Engagement der Europäischen Union für die Länder des Westbalkans hat Boyko Borissow auf der International Press Lounge der Zeitung *The Security Times* verlangt. Es sei „Aufgabe der EU, sich um diese Ländern zu bemühen, statt sie anderen Kräften zu überlassen“, sagte der bulgarische Ministerpräsident und aktuelle EU-Ratspräsident am Vorabend der Münchner Sicherheitskonferenz Mitte Februar. Bulgarien will in seiner halbjährigen Amtszeit die Beitrittsbemühungen der Nachfolgestaaten Jugoslawiens und Albanien unterstützen, denn: „Wenn die EU sich nicht um diese Länder kümmert, dann werden China, Russland oder die Türkei auf den Balkan kommen.“

Als weiteren Schwerpunkt seiner Arbeit nannte Borissow die Flüchtlingspolitik. Die EU rede zu viel darüber, wer sich um die Migranten zu kümmern habe, die nach Europa drängten. Stattdessen müsste die EU „darüber reden, was wir tun können, um in den Herkunftsländern zu helfen“. Die EU müsse dort „investieren, um die Probleme zu bekämpfen, wo sie entstehen“, sagte Borissow. „Wir werden mit der Flüchtlingskrise nicht fertig werden, wenn wir die Probleme in den Herkunftsländern nicht beseitigen.“ PHK

Zu Gast bei der Security Times: Boyko Borissow mit Moderator Theo Sommer (links) und Verleger Detlef Prinz (Mitte).

PICTURE ALLIANCE/BERND VON JUTRCZENKA

MERKELS MÄDCHEN

Während die SPD noch ihre Wunden leckt, regelt die Bundeskanzlerin ihr Erbe. Angela Merkel präsentierte nach der Berliner Schweigenacht am 19. Februar eine neue Generalsekretärin: Annegret Kramp-Karrenbauer (links), die bisherige Ministerpräsidentin des Saarlands, kommt nach Berlin und managt ab sofort die CDU. Hat Merkel mit der Entscheidung für das wichtige Amt auch die Weichen für ihre Nachfolge im Kanzleramt gestellt? Ursula von der Leyen (2. v. r.) bleibt Verteidigungsministerin. Neu ins Kabinett berufen wurde die in der Partei beliebte Julia Klöckner (rechts), sie wird Landwirtschaftsministerin.

Vergessene Ostpolitik

VON JOHANN MICHAEL MÖLLER

Russland ist keine Nebensache geworden. Aber selbst auf der Münchner Sicherheitskonferenz, wo die Russlandpolitik jahrelang im Fokus stand, wurde kaum noch über sie gestritten, auch nicht über eine schrittweise Aufhebung der Sanktionspolitik, die der amtierende deutsche Außenminister Gabriel noch einmal als Heißluftballon steigen ließ. Das Plenum wechselte das Thema, der Elefant im Raum hieß plötzlich Donald Trump.

Auch der Koalitionsvertrag, jenes hart umkämpfte Papier, das eine weitere „große“ Koalition in Deutschland ermöglichen soll, inspiriert vieles, nur keine neue Russlandpolitik. Im Gegenteil: Was da auf wenigen Zeilen lustlos zusammengetragen wurde, ist der dürre Rest einer Ostpolitik, die man über Jahre hat vertrocknen lassen. Selbst die alten Aufregerthemen treten nur noch als Spiegelstriche in Erscheinung. Dass Russland unser größter europäischer Nachbar ist und Deutschland ein nachdrückliches Interesse an guten Beziehungen zu ihm hat, ist genauso wohlfeil wie der Formelprotest gegen die völkerrechtswidrige Annexion der Krim oder die Destabilisierung der Ostukraine. Man erwähnt sie und geht zur Tagesordnung über, zu den üblichen auf Vertrauen und Interessenausgleich basierenden Beziehungsfloskeln.

Das steht in auffälligem Kontrast zu den Beteuerungen in Richtung Westen und EU und der Rhetorik, mit der die Genossen zu einer neuen Europapolitik wachgerüttelt werden sollen. Beide Passagen zeigen aber auf je unterschiedliche Weise das Fehlen eines wirklichen außenpolitischen Gestaltungswillens. Die stärkste Wirtschaftsnation in Europa ist mit sich selbst beschäftigt. Man kann fast sicher sein, dass Emmanuel Macron bald auch diese Leerstelle füllen wird und die europäische Verantwortung Richtung Osten lautstark thematisiert.

Bis dahin wird das Personalkarussell in Berlin vielleicht bei einem Namen für das Außenministerium stehen geblieben sein, von dem es heißt, dass er oder sie als Allzweckwaffe alles kann. Doch Außenminister ist kein Lehrberuf. Und schon gar kein Spielfeld für gescheiterte Parteivorsitzende. Dass ausgerechnet die deutschen Sozialdemokraten das vergessen haben, spricht dem Erbe Willy Brandts Hohn.

Johann Michael Möller ist Herausgeber dieser Zeitung.

Berliner Machtspiele

Fünf Monate nach der Bundestagswahl gibt es noch immer keine neue deutsche Regierung, aber die Neuauflage der Großen Koalition zeichnet sich ab

VON LUTZ LICHTENBERGER

Deutschland wartet auf eine neue Regierung. Bis zum 2. März 2018 dürfen die Mitglieder der SPD darüber abstimmen, ob die Partei erneut in eine große Koalition mit CDU und CSU eingehen und Angela Merkel erneut zur Bundeskanzlerin wählen soll. Aber die Neuauflage der Großen Koalition zeichnet sich doch ab. Bis es allerdings überhaupt so weit kommen konnte, erlebten Deutschlands Wähler eine Reihe von aufregenden Nächten im Stil der TV-Serie „House of Cards“.

Das erste Drama endete damit, dass Merkel nach langen und zähen Wochen im November 2017 mit dem Versuch scheiterte, eine sogenannte Jamaika-Koalition zu bilden, ein schwarz-gelb-grünes Bündnis aus bürgerlichen Christdemokraten, marktliberalen freien Demokraten (FDP) und linksliberaler Umweltpartei Bündnis 90/Die Grünen. Dabei waren alle Parteien im Bundestag davon ausgegangen, dass sich die vier Parteien auf ein Regierungsbündnis würden einigen können. Doch dann traten die Liberalen kurz vor Ende der Verhandlungen den Rückzug an. Merkel, so klagten sie, habe nicht hinreichend Rücksicht auf sie genommen, und zogen sich fortan in den Schmollwinkel zurück. Auf Facebook posteten sie die bereits Tage zuvor vorbereitete Grafik: „Es ist besser nicht zu regieren, als falsch zu regieren.“

Dem folgten weitere Wochen mit Vorgesprächen und Sondierungen zwischen Unionsparteien und SPD. Dabei hatten sich die Sozialdemokraten nach der Wahlniederlage darauf festgelegt, in die Opposition zu gehen. Aber plötzlich war die SPD wieder gefragt. Eine neue große Koalition aus Unionsparteien und Sozialdemokraten war die einzige noch denkbare Option.

Genau das wollte die Partei aber nicht mehr: eine erneute, als belastend empfundenen Zwangsehe mit der mächtigen Kanzlerin Merkel, die sie für den schleichenden Vertrauensverlust der SPD bei den Wählern verantwortlich machten. Mit dem Kanzlerkandidaten Martin Schulz erreichte die Partei nur noch 20,5 Prozent, ein Rückgang von mehr als 5 Prozentpunkten. Der Wunsch, sich in der Opposition „zu regenerieren“, war groß.

Aber nach dem überraschenden Jamaika-Aus appellierten die politischen Gegner von gestern erneut an die „Verantwortung“ der SPD für das Land. Gern aber erklärte die Partei sich nicht bereit zu diesem „Dienst“ für Deutschland. Es bedurfte der strengen Mahnung des sozialdemokratischen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier, bis Anfang 2017 als Außenminister noch selbst Mitglied einer großen Koalition, sich nicht weiter kategorisch und leichtfertig zu verweigern.

Einer Neuwahl, so ließ Steinmeier wissen, würde er das notwendige Plazet verweigern. Die ebenfalls ins Spiel gebrachte Minderheitsregierung schlossen CDU und CSU aus, Deutschland könne nicht ohne stabile Regierung in Deutschland und in Europa wirken.

Aber Steinmeiers Worte zeigten Wirkung, die SPD nahm Gespräche auf, mit der Union, vor allem aber mit sich selbst. Schließlich stimmte ein Parteitag mit knappen 56 Prozent für Koalitionsverhandlungen. Daraus entstand recht schnell ein 179 Seiten starker Koalitionsvertrag, ein politisches Papier, dessen Beschlüsse keine Rechtskraft haben. Es enthält viele weiche Formulierungen, man „will“, „strebt an“ und „plant“ Gutes und Sinnvolles, vertagt, verschiebt, vergisst anderes.

Die Übereinkunft in außenpolitischen Fragen lautet, Deutschlands Sicherheitspolitik solle „eigenständiger und handlungsfähiger“ werden, der Wehretat im Gleichschritt mit Ausgaben für Entwicklungshilfe erhöht werden. In Afghanistan soll die Zahl der Soldaten steigen – derzeit liegt die Mandatsgrenze bei 980 Soldaten. Die Ausbildung von kurdischen Kämpfern im Nordirak soll auslaufen, in Zukunft soll es stärker um die Stabilisierung der Lage gehen.

Die möglichen Koalitionspartner sind offen für die vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron angeregten Euro-Reformen, ohne eigene weitere Vorschläge zu nennen. Der EU-Haushalt soll gestärkt werden, offen ist das Wie. Der Standort Europa soll attraktiver werden, deshalb treten die Koalitionäre dafür ein, die Besteuerung von Firmen in Europa abzustimmen. Protektionismus, Isolationismus und Nationalismus lehnen sie ab. Eine schnelle EU-Erweiterung soll es nicht geben.

Im brisantesten Komplex, der Flüchtlingspolitik, kam es zur Einigung auf einige Schritte, die auf eine vorsichtige Beschränkung hinauslaufen. Das Grundrecht auf Asyl soll dabei nicht angetastet werden. Die Koalitionsparteien gehen davon aus, dass die Zuwanderungszahlen für die kommenden Jahre insgesamt bei etwa 180 000 bis 220 000 liegen werden. In diesen Zahlen sollen Kriegsflüchtlinge, vorübergehend Schutzbedürftige, Familiennachzügler und Umgesiedelte einschlossen sein. Abgezogen werden müssten Rückführungen, freiwillige Ausreisen und Arbeitsmigranten. Der Begriff Obergrenze taucht nicht auf.

Asylverfahren sollen in sogenannten Anker-Einrichtungen abgewickelt werden, Ankunfts- und Rückführungszentren, in denen alle Neuankömmlinge bleiben müssen, bis die Identität geklärt ist. Längstens soll das 18 Monate dauern, bei Familien mit Kindern höchstens ein halbes Jahr. Flüchtlinge mit guter Bleibeaussicht sollen die zentralen Unterkünfte verlassen dürfen – noch ist allerdings nicht klar, wann. Abschiebungen sollen schneller erfolgen, Algerien, Marokko und Tunesien zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden. So weit, so geschäftsmäßig.

Spannend wurde es, als zu später Stunde Merkels CDU, CSU-Chef Horst Seehofer und Schulz’ SPD begannen, die Ministerposten aufzuteilen. Die SPD forderte drei große und prestigeträchtige Posten: das Außen-, Finanz- sowie Arbeits- und Sozialministerium. So viel wollten die Unionsparteien den Sozialdemokraten nicht zugestehen. Das gesamte Unternehmen dürfte vor dem Scheitern gestanden sein. Die Koalitionäre sollen stundenlang sprachlos geblieben sein. „Ich habe gar nicht gewusst, dass Menschen so lange schweigen können“, gab Seehofer zum Besten.

Nach Beratungen bis in die Morgenstunden gaben CDU und CSU schließlich nach. Für Seehofer, der gerne eines der drei großen Häuser selbst übernommen hätte, wurde das Innenministerium um die Bereiche Bauen und Heimat erweitert.

Das begehrte Außenamt reservierte Schulz für sich selbst, der bisherige Amtsinhaber Sigmar Gabriel war damit aus dem Spiel. Dabei hatte Schulz noch im November nicht nur eine neue große Koalition per Beschluss des Parteipräsidiums ausschließen wollen, er hatte auch gesagt, er werde in kein Kabinett unter der Führung Merkels eintreten. Zum Abschluss der Verhandlungen mit der Union war Schulz nun bereit, seinen Parteivorsitz an Andrea Nahles abzugeben, wollte aber dafür Außenminister werden dürfen. Aber es fehlte ihm die Unterstützung in der Partei, wo er binnen Wochen dramatisch an Ansehen und Glaubwürdigkeit verloren hatte, weil er eine voreilige Aussage nach der anderen hatte revidieren müssen.

Trotzdem ließen sich Nahles und der designierte neue Finanzminister Olaf Scholz – zusammen stellen sie das neue Machtzentrum der SPD – auf den Deal ein. Dass sie dabei ihren innerparteilichen Konkurrenten Gabriel aus dem Weg räumen könnten, kam ihnen nur zupass. Aber schon am Morgen nach der Bekanntgabe der Ämterrochade wuchs der Druck aus den Landesverbänden der SPD gewaltig – und keine zwei Tage später gab ein entnervter Schulz auf, verzichte auf den Ministerposten. Es ist das wahrscheinliche Ende seiner politischen Karriere, nachdem er noch im März 2017 als Retter der SPD gefeiert worden war.

Nun half noch nicht einmal sein mehr erzwungene als freiwillige Verzicht, die Partei zu befrieden. Dort entbrannte der Kampf um das zu vergebende Außenamt erneut. Dem in der Bevölkerung beliebten, in der Partei aber wenig geschätzten Gabriel werden dabei nur geringe Chance zugerechnet, sein Amt doch noch behalten zu dürfen. (Mit einer Entscheidung ist erst nach Redaktionsschluss zu rechnen.)

Vor dieser Frage steht schließlich auch noch die SPD-Mitgliederbefragung. In der Hauptstadt gehen die Parteistrategen und professionellen Beobachter davon aus, dass sich die derzeit 463 723 Genossen für den Eintritt in die Regierung entscheiden werden. 2013 waren es knapp 76 Prozent, die mit Ja stimmten. Aber wie in einer guten Episode von „House of Cards“ sollte man bis zum Schluss auf dramatische Wendungen gefasst sein.

Lutz Lichtenberger ist Redakteur dieser Zeitung.

FORTSETZUNG VON SEITE 1 „MINSK IST TOT“

Lage würde einen dunklen Schatten auf dieses Prestigeprojekt werfen – oder es im Extremfall sogar in Frage stellen.

Zum anderen ist unverkennbar, dass es der EU mit zunehmender Konfliktdauer immer schwerer fällt, ihre Einigkeit in der Sanktionsfrage aufrecht zu erhalten. Eine Intensivierung der Kämpfe würde die Reihen in der EU wohl wieder schließen. Warum sollte die russische Führung dazu beitragen?

Auf der anderen Seite arrangiert sich auch die ukrainische Politik immer besser mit dem Zustand im Donbass, den sie ohnehin nicht ändern kann. Für Präsident Petro Poroschenko und die andere Oligarchen dient der andauernde Krieg als Rechtfertigung dafür, Reformen in der Justiz zu bremsen oder gar zurückzudrehen, die ihrer Macht und ihren Geschäften hinderlich werden könnten. Zugleich lassen sich mit dem Krieg an der Schnittstelle von Staat und privaten Taschen wie in alten Zeiten gute Geschäfte machen, denen auch noch ohne jede Mühe ein patriotisches Deckmäntelchen umgehängt werden kann: Mit den Bedürfnissen der Armee lassen sich erhebliche Ausgaben rechtfertigen. Für die Zukunft der Ukraine geht von diesem Rückfall in frühere Muster mittlerweile eine Gefahr aus, die mindestens so groß ist wie die durch die täglichen Scharmützel an der Front im Osten.

Das auf beiden Seiten vorhandene Interesse am Status quo hat jedoch nichts mit Stabilität zu tun. Noch halten alle Seiten der Form nach an den Minsker Vereinbarungen vom Februar 2015 fest, weil sie nichts anderes haben. Doch allen ist klar, dass sie nicht funktionieren und auch nicht funktionieren werden, so lange sich an der Grundkonstellation nichts ändert – dem russischen Interesse an dem Konflikt.

Das einzige, freilich nicht gering zu schätzende Verdienst der Minsker Vereinbarungen ist, dass sie den offenen Krieg beendet haben. Seither hat es freilich kaum Fortschritte bei ihrer Verwirklichung gegeben. Weder die Bestimmungen über den Abzug schwerer Waffen von der Frontlinie noch die politischen Teile wurden auch nur im Ansatz eingehalten.

In dem Maße, in dem der drei Jahre alte Text von den Konfliktparteien nur noch als totes Papier angesehen wird, wächst die Gefahr einer neuerlichen Eskalation – und zwar selbst dann, wenn diese von den Konfliktparteien nicht beabsichtigt ist. Ein Risikofaktor sind die geschäftlichen Interessen und Machtkämpfe der kriminellen Gruppierungen, die in den „Volksrepubliken“ von Anfang an eine große Rolle gespielt haben. Doch auch Zufälle, Missverständnisse und Fehleinschätzungen können aus einem lokalen Zwischenfall einen größeren Brand werden lassen, zumal mit dem Rückzug der russischen Offiziere aus dem russisch-ukrainischen Koordinationszentrum ein direkter Kommunikationskanal verloren gegangen ist. Aus dem täglichen Auf und Ab bei der Zahl der Zwischenfälle im Donbass kann sich rasch wieder eine große Welle der Gewalt aufbauen.

Reinhard Veser ist Redakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, *zuständig für Osteuropa.*

IMPRESSUM

Verleger
Detlef W. Prinz

Herausgeber
Johann Michael Möller
Witali Nikititsch Ignatenko

Chefredaktion
Peter Koepf
Victor Loshak

Chef vom Dienst
Lutz Lichtenberger

Gestaltung
Paul Maria Kern (Art Director)
Johanna Trapp (Layout)

Druck
Axel Springer SE
Druckhaus Spandau GmbH & Co. KG
Brunsbütteler Damm 156 – 172
13581 Berlin

Verlag
Times Media GmbH
Tempelhofer Ufer 23-24
10963 Berlin

Petersburger Dialog ist eine geschützte Marke der Times Media GmbH.

www.times-media.de

Der Donbass darf kein zweites Transnistrien werden

Moskau und Kiew sind prinzipiell mit der Stationierung einer UN-Friedenstruppe einverstanden, aber über deren Auftrag besteht keine Einigkeit. Wie die Differenzen überwunden werden könnten, sagt Akademie-Mitglied Alexander Dynkin im Interview mit dem Petersburger Dialog

Worin sehen Sie, Herr Dynkin, derzeit die schwierigsten Verhandlungspunkte? An welchen Stellen sind gerade die russischen Ansichten und die der ukrainischen Seite diametral entgegengesetzt, bei allem Verständnis dafür, dass die Russische Föderation keine Partei in den Verhandlungen ist?

Alexander Dynkin: Petro Poroschenko hat vor nicht allzu langer Zeit erklärt, dass er so lange an der Macht bleiben muss, wie die Kampfhandlungen im Osten der Ukraine andauern. Dieser Ansatz spricht für sich selbst. Er ist kontraproduktiv, ebenso das jüngste Gesetz der Rada zum Donbass. Zugleich sind sowohl Moskau als auch Kiew prinzipiell mit der Stationierung einer UN-Friedenstruppe einverstanden, wenngleich sie deren Auftrag unterschiedlich verstehen.
Die ukrainische Seite besteht darauf, dass die Staatsgrenze zwischen Russland und der Ukraine von Beginn der Friedensoperation an unter internationale Kontrolle gestellt wird. Dem stimme ich ganz und gar nicht zu. Die Verbrechen der Nationalisten in Odessa sind uns noch in guter Erinnerung. Das Scharfschützenfeuer auf die Demonstranten auf dem Kreschtschatik im Februar 2014 ist auch noch nicht endgültig aufgeklärt und auch die kürzliche, vieltausendköpfige Parade militärischer Formationen, die nicht unter der Kontrolle der Regierung stehen. All das sagt uns, dass wir die Erweiterung der Friedensmission schrittweise vornehmen müssen.
Im Zuge der Schaffung einer effizienten Waffenruhe, des Abzugs von schweren Waffen aus der Sicherheitszone und natürlich durch zuverlässiges Monitoring und die Verifizierung dieser Ereignisse kann dann über eine Erweiterung des Handlungsraums der Friedenstruppe nachgedacht werden. In der ersten Etappe sollte mit der Stationierung der Friedenstruppen zu beiden Seiten der Berührungslinie der Parteien (etwa zehn Kilometer) begonnen werden, wie das in den russischen Vorschlägen anklang.

Wie ist diese Initiative zustande gekommen? Waren an der Erarbeitung ausländische Partner beteiligt?

Die Initiative ist vor längerer Zeit zustande gekommen, im Frühjahr 2014, als die Kampfhandlungen in vollem Gange waren. Sie sollte das Augenmerk von der Eskalation des Kriegs und den zunehmend heftigeren gegenseitigen Schuldzuweisungen auf die Suche nach einer Strategie des Auswegs lenken. Jedwede militärischen Handlungen enden früher oder später mit einem Frieden.
Neben meinem professionellen Verständnis war ich auch rein emotional beteiligt.
Meine Eltern kamen noch vor dem Krieg aus der Ukraine zum Studium nach Moskau, meine Mutter aus Saporoshje, mein Vater aus Charkow. Aus diesem Grund fühlte sich dieser Brudermord besonders schlimm an. Ich bin oft in Rostow und sehe, wie die Menschen leiden, unter ihnen hundertausende Flüchtlinge aus dem Donbass. Ich weiß es nicht nur vom Hörensagen, dass die Mähdrescherfahrer in den Grenzregionen des Gebietes Rostow mit Stahlhelm und kugelsicherer Weste unter dem Beschuss durch die ukrainische Artillerie die Ernte einbrachten, dass über Wochen die ländlichen Krankenhäuser des Bezirks Kuibyschew und anderer Bezirke des Gebietes Rostow rund um die Uhr arbeiteten, um Flüchtlinge, verwundete Kinder und Frauen aufzunehmen.
Aus diesem Grund habe ich im Frühjahr 2014 Thomas Graham, einem der besten amerikanischen Russland-Experten, bei seinem Besuch am Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen vorgeschlagen, hochrangige russische und amerikanische Experten zusammenzurufen und über ein Szenario für den Ausweg aus der Sackgasse zu beraten. Hilfreich war das Außenministerium Finnlands, das uns ein vertrauliches Treffen ermöglichte. So entstand das „Programm Boisto“, benannt nach der Insel, auf der wir eineinhalb Tage zugebracht haben. Ich habe meinen Lehrer, Jewgeni Primakow, mit Feuereifer unterstützt und zur Veröffentlichung geraten. Wir taten dies am 26. August 2014 zeitgleich in den Zeitungen *Kommersant* und *The Atlantic*. In Washington war die Hölle los, im Handumdrehen tauchte ein Protestbrief mit mehr als 80 Unterschriften verschiedenster Vertreter auf, darunter natürlich auch unsere Ultraliberalen. In Kiew herrschte generell Hysterie – „Münchner Diktat“, „Aufgabe der Interessen der unabhängigen Ukraine“, „Krieg bis zum siegreichen Ende“. Und auch in Moskau war bei weitem nicht eitel Freude. Doch bereits am 3. September 2014 erschien der Friedensplan Putins, am 5. September Minsk 1. Dem Krieg war der Atem genommen. Die Kampfhandlungen waren jedoch nicht für lange erlahmt. Sie wurden zwar wieder aufgenommen, doch die Idee der Überwindung der Krise kam ins Laufen.

Das heißt, Sie glauben, dass dem Minsker Prozess noch Leben einzuhauchen ist?

Auf jeden Fall. Was auch immer die Gegner behaupten, in diesen Vereinbarungen sind die meisten grundlegenden Voraussetzungen für eine Befriedung enthalten: die Feuereinstellung, eine Amnestie für die am Konflikt Beteiligten, der Gefangenenaustausch, die Erweiterung der Befugnisse der lokalen Behörden, die russische Sprache, die Modalitäten einer vollständigen Wiederherstellung der sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen der Region mit der Ukraine einschließlich der Überweisungen sozialer Mittel, wie die Zahlung von Renten und vieles andere. Damit nicht genug. Das sogenannte Normandie-Format, in dessen Rahmen Frankreich, Deutschland, die Ukraine und Russland kooperieren, ist aktiv. Die russisch-amerikanischen Konsultationen zwischen Wladislaw Surkow und Kurt Volker werden fortgesetzt. All das geschieht auf der Grundlage der Minsker Vereinbarungen.

Sie warnen vor einem Einfrieren des Konflikts. Kann das dennoch geschehen?

Das ist nicht auszuschließen. Auf Zypern ist der Konflikt seit mehr als 40 Jahren eingefroren. Den Donbass in ein weiteres Transnistrien zu verwandeln, das noch zehnmal größer ist, wäre keine Lösung des Problems, sondern ein Abwälzen auf künftige Generationen. Dieses Szenario führt zu einer Deformation der sozial-ökonomischen Entwicklung des Donbass sowie der grenznahen Gebiete Russlands und der Ukraine. Einen schwachen Hoffnungsschimmer gibt es, nachdem im vergangenen Jahr der gegenseitige Handel der beiden Länder gegenüber dem Vorjahr um 40 Prozent zugelegt hat.

Wenn Sie sagen, dass die Friedenstruppe zu beiden Seiten der Konfrontationslinie stationiert werden soll, an wieviel Kräfte und Mittel denken Sie dabei?

Die derzeitige Konfrontationslinie ist mehr als 300 Kilometer lang. Auf beiden Seiten sind ernstzunehmende Militärkräfte stationiert. Ich denke, dass ein Friedenskontingent unter 20 000 bis 30 000 Personen nicht Herr der Lage wird. Es sollten handlungsfähige und angemessen ausgerüstete Offiziere und Soldaten sein. Es wäre natürlich gut, wenn zu ihnen auch ein russisches Kontingent gehören würde. Dann jedoch würden auch die Amerikaner verlangen, beteiligt zu werden. Realistisch sind, denke ich, Friedenstruppen aus neutralen Ländern, wie Österreich, Schweiz, Serbien und Irland. Entscheidend wird sein, die Aufstellungsprinzipien der Friedenstruppe zu vereinbaren. Wenn auch Länder der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit und der Nato dabei sein sollen, dann solche, die maximal neutral sind, wie Kasachstan, Weißrussland und vielleicht Spanien und Norwegen. Ganz eindeutig sollte diese Mission nicht den Polen und den Balten anvertraut werden. Wichtig ist ebenso, welche Kräfte die Führung der Friedensmission übernehmen sollen. Ich bevorzuge Finnland. Dies ist jedoch Sache der Diplomaten und Militärs. Gut möglich, dass einige Länder ihr militärisches Personal gar nicht entsenden wollen.

Ihre Vorschläge implizieren schwierige Verhandlungen. Sind denn dazu die führenden Vertreter der Volksrepublik Donezk und Volksrepublik Lugansk in der Lage?

Wenn sie das Schicksal und den Wunsch von Millionen Menschen nach einem normalen Leben vor Augen haben, dann schon.
Wünschenswert wäre die Teilnahme von Vertretern der Volksrepublik Donezk und der Volksrepublik Lugansk an den Konsultationen in New York, bei der UN. Ich kann aber bereits absehen, dass die Ukraine und die USA kategorisch dagegen sein werden.
Aber allein die Zustimmung der Ukraine zur Stationierung der Friedenstruppen reicht nicht aus. Die Friedensdoktrin der UN verlangt die Zustimmung aller beteiligten Seiten, insbesondere jener, von denen die Sicherheit des Personals der Mission abhängt. Ohne Unterzeichnung eines entsprechenden Memorandums mit der Ukraine, der Volksrepublik Donezk und der Volksrepublik Lugansk wird kein Staat einfach so sein Kontingent in die Konfliktregion entsenden. Dies will Kiew derzeit nicht einsehen, allerdings erkennt man dies in den Hauptstädten der Länder, die ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrates sind. Dies sollte der ukrainischen Führung klargemacht werden.

Die Friedenstruppe soll Fälle von Verstößen gegen die Waffenruhe unterbinden. Wie soll überhaupt der Frieden erzwungen werden?

Das Wichtigste ist der gute Wille der Seiten und das Einverständnis der Beteiligten des Konflikts mit einer vollständigen Waffenruhe und der Entflechtung der schweren Technik. Danach, das zeigen die Erfahrungen der friedensschaffenden Maßnahmen, ist nicht auszuschließen, dass es vereinzelte Verstöße geben wird und Konfliktherde entstehen. Sofern der UN-Sicherheitsrat das Mandat der Friedenstruppe zur Bekämpfung dieser „Saboteure“ vereinbart, haben sie auch
dazu das Recht.

Halten Sie es angesichts der Mechanismen der Entscheidungsfindung der UN und der Polarisierung des Sicherheitsrats für realistisch, alle betroffenen UN-Mitglieder unter einen Hut bringen zu können, um im Donbass eine Friedensmission und anschließend auch eine humanitäre Missionen durchzusetzen?

PICTURE ALLIANCE / DPA

Alexander Dynkin

In der letzten amerikanischen Nationalen Sicherheitsdoktrin werden Russland und China als „revisionistische Mächte“ bezeichnet. Ich verstehe das so, dass nur diese zwei Länder nicht im Fahrwasser Washingtons fahren.
Aus diesem Grund werden die anderen europäischen Mitglieder des Sicherheitsrats, sofern das Einverständnis von Russland und den USA vorliegt, den Sicherheitsrat unterstützen. Ich sehe keinen Grund, dass Peking Einwände haben könnte.

Gibt es in der Welt ein positives Beispiel, mit dem sich eine Konfliktbeilegung in der Ostukraine vergleichen lässt?

Direkte Vergleiche hinken immer. Jeder ist auf seine Art unglücklich. Die UN-Friedenstruppe war relativ erfolgreich in Kambodscha und Namibia. Der Konflikt in Nordirland wurde ohne die Vereinten Nationen beigelegt.

Das Gespräch führte Victor Loshak, Chefredakteur der russischen Ausgabe dieser Zeitung.

Splitter im Fleisch

Ungarn und Polen kritisieren die EU, ihre Vorteile aber wollen sie nicht verlieren

VON SERGEY STROKAN

Die Europäische Union hat den Brexit-Schock anscheinend endlich überstanden. Die Rechtspopulisten, die den baldigen Untergang des „vereinten Europa“ vorausgesagt hatten, sind nach einer Reihe von Wahlmisserfolgen an ihre Grenzen gestoßen und vorerst von der Bühne der großen Europapolitik verschwunden. Marine Le Pen und ihre verdrossenen europäischen Mitstreiter versprechen zurückzukehren, aber das klingt hohl, während sich die Euro-Optimisten wieder auf dem hohen Ross wähnen.

Es wäre jedoch verfrüht, von einem neuen Höhenflug einer europäischen Einheitspolitik oder gar einem Triumphzug der liberalen europäischen Werte zu sprechen. Das hätte schon deshalb keinen Sinn, als nicht nur Brüssel, Berlin und Paris zu Europa gehören, sondern auch Warschau und Budapest und alle anderen Mitglieder der sogenannten Visegrád-Gruppe (neben Polen Ungarn, Tschechien und die Slowakei) – eine Art Mini-EU innerhalb der Europäischen Union, die fähig ist, in der Europäischen Gemeinschaft die Rolle der Opposition oder der Dissidenten zu übernehmen.

Der vielgerühmte Konsens der EU bei der Entscheidungsfindung stolpert ein ums andere Mal über Brüskierungen durch Polen oder Ungarn. Das neue Europa spielt die beleidigte Leberwurst gegenüber dem alten Europa und bringt in die gesamteuropäische Diskussion zur Migrationspolitik gern ihre eigenen „fünf Zloty“ oder „fünf Forint“ ein (die beiden Länder gehören ebenso wie Großbritannien nicht zur Eurozone).

Die Krux sind jedoch nicht allein Unstimmigkeiten in gesamteuropäischen Positionen. Vielmehr sind die gegenwärtigen Ereignisse in Polen und Ungarn selbst das Problem. Dort liegt die Hauptursache für die zunehmenden Spannungen mit der EU. Ende des vergangenen Jahres unternahm die Europäische Kommission in Bezug auf Polen einen bisher beispiellosen Schritt – sie stellte die Frage, ob Polen das Stimmrecht im Europäischen Rat entzogen werden sollte. Dies war der Höhepunkt eines Konflikts, hervorgerufen durch die von der polnischen Staatsmacht durchgesetzte Gerichtsreform. Die Kritiker Warschaus sind der Ansicht, dass die vom polnischen Parlament verabschiedeten Gesetze den Verlust der Unabhängigkeit der Gerichte zur Folge hätten und also mit den Grundprinzipien der Demokratie unvereinbar seien.

Wenn man sich mit polnischen Journalisten und Experten unterhält, wird schnell klar: Viele sehen sich zur Selbstzensur genötigt, dazu, entweder gar nicht mehr zu berichten, oder aber jedes Wort auf die Goldwaage zu legen, um keine Schwierigkeiten zu bekommen. So werden also zu Zeiten der Regierung von „Recht und Gerechtigkeit“, einer Partei, die so stolz ist auf ihre strikt antikommunistische Ausrichtung, Erinnerungen wach an die „totalitäre Vergangenheit“ des Landes und entsprechende Traditionen wiederbelebt.

In Ungarn ist die Lage ähnlich. Der einstige Kämpfer gegen das kommunistische Regime, Premierminister Viktor Orbán vollzog eine Kehrtwende und tritt nun als überzeugter Kritiker des Neoliberalismus auf. Daumenschrauben für die Medien, Verabschiedung eines Gesetzes über die Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen, das zur Konfrontation mit der Europäischen Kommission führte – all das zeigt, wie weit die Bollwerke der „europäischen Demokratie“ und Ungarn voneinander entfernt sind. Das Fass zum Überlaufen brachte die Entscheidung, die Arbeit der Central European University des Milliardärs und Philanthropen George Soros in Ungarn auszusetzen. Ein Beschluss, der möglicherweise in Moskau begrüßt wird, jedoch sicher nicht in Brüssel.

Von einem „Polexit“ oder „Hungexit“, also einem Austritt Polens oder Ungarns aus der EU ist bislang nicht die Rede, wollen doch Warschau oder Budapest auf keinen Fall die großen Vorteile verlieren, die ihnen die EU-Mitgliedschaft bringt. Deshalb muss die EU wohl auch weiterhin mit dem „polnisch-ungarischen Splitter“ leben, der ihr immer tiefer ins Fleisch wächst.

Sergey Strokan ist politischer Kommentator der russischen Zeitung Kommersant.

PICTURE ALLIANCE / DPA

20730 Tage sind diese Mauerreste alt. Seit 10315 Tagen scheint die Sonne der Freiheit hindurch. Entlang der Gedenkstätte Bernauer Straße ist das längste Stück erhalten.

Geteilter Himmel

Mehr als 28 Jahre teilte die Mauer Berlin, mehr als 28 Jahre ist sie inzwischen weg, doch nun heben die alten Dämonen, der Totalitarismus, in Europa wieder das Haupt

VON FRANK HOFMANN

Es war ein Tag wie jeder andere. Dabei ist der 5. Februar 2018 für den Blick auf die einst geteilte Millionenstadt von herausragender Bedeutung. Dieses Datum hat eine Erzählung: von Zusammenwachsen, von Hoffnung, auch von Jugend, von einer neuen Generation, die nicht mehr weiß, wo die Mauer stand, ob man gerade im alten Westen oder im neuen Osten ist. An jenem 5. Februar 2018 hat Berlin so viele Tage ohne Mauer gelebt wie sie das Schandmal ertragen musste. 10315 Tage stand das Bauwerk, mit dessen Erstellung Erich Honecker behauptete, West-Berlin einfrieden zu wollen; dabei steckte er doch vor allem die Bürger der DDR in ein Gefängnis. 10315 Tage dauerte es nach dem 13. August 1961, bis in der glücklichen Nacht des 9. November 1989 die geteilte Stadt wieder zusammen fand. Und 10315 Tage ist sie am 5. Februar 2018 Geschichte.

An der Berliner Mauer-Gedenkstätte an der Bernauer Straße denken täglich mehrere hundert Touristen, Schulklassen auf einem Kilometer Freiluft-Museum über die Schrecken dieses Bauwerks nach. Eltern zeigen ihren Kindern, was da los war, als eine Millionenmetropole durch dieses Ziegel- und Betonmonster, durch Selbstschutzanlagen, Panzersperren und Schießbefehl getrennt war – und damit Familien und Freunde für fast drei Jahrzehnte in ein Parallel-Leben zwang. Eine Zeit, in der das Regime in Ost-Berlin seinen Traum von der sozialistischen Moderne in den Plattenbauten neben Fernsehturm und Kaufhalle am Alexanderplatz oder in der Schlichtheit der Plattenbauten von Lichtenberg bis Marzahn lebte. Ein Leben mit SED-Parteibuch – keine andere Stadt in Ost-Deutschland hatte so viele davon auf so engem Raum.

Erich Honecker war der für Sicherheitsfragen zuständige Sekretär im Zentralkomitee der SED und verantwortlich für die „Operation Rose“, den Mauerbau durch die Stadt. Und das nicht nur zum Auftakt: Nachdem Honecker 1971 zum DDR-Chef wurde als Generalsekretär des Zentralkomitees der SED, kümmerte er sich weiter um den Betonwall. Eine weitere Generation entstand, die Mauer bekam ihr graues Äußeres. Für die letzte Ertüchtigung aber, geplant Ende der 80er Jahre fehlten schlicht die Mittel: Die DDR war am Ende. Wirtschaftlich, moralisch – die greise Führung des ostdeutschen Arbeiter- und Bauernstaates ohne Antwort auf die Veränderungen in der Sowjetunion.

Der Generalsekretär der KPDSU, Michail Gorbatschow, hatte mit Perestroika und Glasnost den Wandel eingeleitet: bis hin zu Meinungsfreiheit. Dinge sollten angesprochen werden, gerade um den Sozialismus zu retten. Die Zahl der DDR-Bürger, die Ausreiseanträge stellten, war stetig gestiegen, die Mauer durchlässiger geworden. Der Druck im Kessel DDR nahm zu.

Auch das wird an der Bernauer Straße heute oder im Museum des Tränenpalastes am S-Bahnhof Friedrichstraße gezeigt. Es geht um Vergangenheit. An der Friedrichstraße können Besucher durch die ehemaligen Abfertigungsschalter für die Passkontrolle gehen, wo alle Westdeutschen bei einem Besuch in Berlin den deutschen Totalitarismus am Ende des 20. Jahrhunderts zu spüren bekamen bei der strammen Behandlung der DDR-Grenzer vor dem obligatorischen Geldumtausch.

Das Interesse der Berlin-Besucher ist groß – doch Angst muss hier keiner mehr haben. Echte Aufregung gibt es meist nur noch, wenn wie im vergangenen Sommer der Aussichtsturm der Gedenkstätte an der Bernauerstraße gesperrt war, weil das Treppenhaus schon wieder renoviert werden musste. Der alte Wachturm der NVA-Grenzsoldaten und die paar erhaltenen Mauerteile gegenüber sind begehbare Kino-Kulisse, die manchem einen wohligen Schauer auf dem Rücken spüren lässt. Und das ziemlich erfolgreich, die Besucher mögen es: 976 000 Menschen haben die Mauergedenkstätte 2016 besucht – gut möglich, dass Ende dieses Jahres die Millionen-Marke geknackt wird.

Die Mauergedenkstätte steht regelmäßig auf Platz zwei der meistbesuchten zeithistorischen Museen in der Stadt (Platz eins: Die Topographie des Terrors auf dem ehemaligen Gestapo-Gelände an der Niederkirchner Straße). Hinzu kommt das privat geführte Mauermuseum am Checkpoint Charlie mit regelmäßig um die 800 000 Besuchern. Der ehemalige Wehrmachtssoldat Rainer Hildebrandt hatte es gleich nach dem Mauerbau am 19. Oktober 1962 gegründet – auch als seine Form der Wiedergutmachung, vor allem aber aus Protest gegen den Betonwall, der für die internationalen Gäste der Stadt durchlässig war bei „ihrem“ Grenzübergang Checkpoint Charlie – und für die Ostberliner so unüberwindlich, dass sie mit riesigem Aufwand versucht haben diesen zu überwinden. Im Mauermuseum gibt es Kleinwagen mit Personenverstecken zu sehen, spezielle Leitern, Fluggeräte, mit denen die Menschen versuchten, die Grenze zu überwinden. Heute ist die Mauer wohlig schön in die Ecke gestellt und kann immer wieder angefasst werden, wenn man möchte, an der Gedenkstätte Bernauer Straße. Die Beklemmung, die Angst, die sie einst ausgelöst hat – sie ist passé.

Dafür ist die Geschichte Europas, die zu ihrem Bau und damit dem bekanntesten Manifest des Kalten Krieges geführt hatte, wieder auf der Tagesordnung. Denn diese Geschichte, die im 20. Jahrhundert zu zwei Weltkriegskatastrophen und zum Holocaust führte, sie ist 28 Jahre nach dem Mauerfall und 46 Jahre nach ihrem Bau mit Wucht zurück in der Welt.

Der Nationalismus fordert das europäische Projekt heraus und damit den Traum, dass nach Mauer und Stacheldraht der Kontinent endlich zu sich findet

Als Francis Fukuyama 1992 mit seinem Buch „Das Ende der Geschichte“ die frohe Hoffnung verkündete, mit dem Ende des Eisernen Vorhangs sei jener Moment erreicht, den Hegel als letzte Synthese bezeichnete, und mit dem Ende des Konflikts zwischen Ost und West werde alles gut – da haben ihm schon viele widersprochen. Dass aber die Welt mit einem Rechtspopulisten im Weißen Haus in Washington und Europa mit den Vereinfachern in Warschau oder Budapest oder auch dem Brexit heute wieder über Fragen diskutiert, die längst geklärt schienen – das vermag dann doch einige verwundern.

Der Nationalismus fordert das europäische Einigungsprojekt heraus und damit den Traum, dass nach Mauer und Stacheldraht der alte Kontinent endlich zu sich findet: vereint in Frieden auf Grundlage des Rechts. Plötzlich wird klar, dass die Regierungen der Europäischen Union in mehr als zwei Jahrzehnten Nachwende-Zeit viel zu kurz gesprungen sind, eine große Chance der Vereinigung Europas sträflich vernachlässigt und den Kontinent viel zu wenig integriert haben. „Wir müssen es wollen, dieses neue Europa zu haben“, sagt Lech Walesa, der ehemalige Anführer der Solidarnosc-Bewegung in Polen, die am Beginn des Falls der Berliner Mauer stand. Doch warum hat diese Freude des Mauerfalles nicht zu Strukturen geführt, die eine Restauration des Nationalismus verhindern? Wie konnte es so kommen?

Gleich nach dem Mauerfall verschafften sich die Prinzipien der offenen Gesellschaft Karl Poppers in den Ländern Ostmitteleuropas Raum: Als Handlungsmaxime für die Transformation Polens oder Ungarns vom Sozialismus zur Marktwirtschaft. Das kulturelle Symbol dieser Transformation war das Zentrum der Teilung des Kontinents: Berlin. Im Ostteil der Stadt wurden 1990 in wenigen Monaten rund 120 meist vollständig leerstehende Häuser besetzt. Künstler, Existentialisten, Hobby-Philosophen aus der ganzen Welt und junge West-Berliner, die keine Mieten zahlen wollten, begannen für ein paar Jahre mit neuen Lebensentwürfen zu experimentieren.

Zum Symbol dieser Entwicklung wurde in der Oranienburger Straße das Kunstzentrum Tacheles. Russische Künstler hatten dort in einer Nacht- und Nebel-Aktion zwei Mig-Jets in den Boden des Hinterhofs gerammt, ohne darüber nachzudenken, ob sie das durften; denn Kunst darf alles. In Berlin wurde das „everything goes“ gelebt.

Erst Jahre später kamen ein paar Experten auf die Idee, dass es sich dabei vielleicht doch um einen Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz gehandelt haben könnte. Da saßen die Künstler schon wieder auf gepackten Koffern. Es war eine Zeit, in der die staatliche Regelungswut vor den riesigen Aufgaben kollabierte. Wer vermag schon kontrollieren, wer da kostenlos Strom abzog, wo es doch in jedem zweiten Haus so war, weil die DDR-Wirtschaft zuvor zusammengebrochen war. Viel wichtiger war da die Frage, ob irgendjemand eine der beliebten Pump-Duschen abzugeben hatte, die den Körper in der kalten Kohleofen-Wohnung für einen kurzen Moment wärmen konnten.

In Berlin-Mitte war damals auch unter der Woche Wochenende, als immer wieder an anderen Orten DJs ohne Honorar bei Kerzenschein in Bruchhäusern auflegten. Es gab – anders als hin und wieder behauptet – nicht nur elektronische Musik, sondern alles, was die Boxen hergaben: Rock-Pop-Techno-House. In der Rosenthaler Straße 68 entstand mit dem „Eimer“ neben dem Tacheles ein weiteres Besetzer-Zentrum der Berliner Off-Kultur. In der Steinstraße ging es in den Keller zu Musik und Bier, genauso in der Tucholskystraße. Dimitri Hegemann hatte da bereits den berühmtesten Techno-Klub der Welt gegründet, den Tresor an der Leipziger Straße. Die Love Parade wuchs jedes Jahr. Berlin brummte, als wolle die Stadt mit einem Tanz auf dem Vulkan die Schwere der Teilung so schnell wie möglich vergessen machen.

Im Berliner Senat arbeitete Baudirektor Hans Stimmann von 1991 an sechs Jahre als Senatsbaudirektor daran, die Teilung architektonisch vergessen zu machen: Auf dem Potsdamer Platz neben dem Techno-Tempel Tresor drehten sich bald die Kräne, die Tanzenden wurden beim Austreten ins Helle mit Presslufthammer begrüßt. Die Stadt hatte nach der Teilung doppelt so viele Theater und Opern wie vernünftig gewesen wäre – und hatte doch gerade damit eine Chance bekommen, die Kulturhegemonie im deutschsprachigen Raum an sich zu ziehen. An Berlin kommt in der Theaterwelt auch 2018 niemand vorbei.

Die Auguststraße in Berlin-Mitte wurde in dieser Zeit zur Atelier-Meile für arme Künstler. Dahinter steckte eine Politik der öffentlichen Wohnungsbaugesellschaft Mitte, für die andere Städte Berlin bis heute beneiden: Jahrelang brauchten die Gerichte, um die Rückübertragungsansprüche der Alteigentümer abzuarbeiten, darunter viele jüdische Familien weltweit. Das dauerte – für die Zeit des Übergangs bekamen Künstler Einjahresverträge und mussten lediglich Strom und Heizkosten bezahlen. Das hatte den Vorteil, dass die Häuser nicht weiter verfielen. Dann kamen die Galeristen und machten aus den Ateliers Ausstellungsräume.

In Berlin war schon alles möglich, als US-Präsident Bill Clinton in die Stadt kam und alle darauf warteten, was er wohl sagen würde, um John F. Kennedys Satz, „Ich bin ein Berliner“ weiter zu schreiben. Jetzt also: Clinton. 1994, im Juli vor dem Brandenburger Tor: „Wir stehen gemeinsam dort, wo das Herz Europas gespalten wurde – und wir feiern die Einheit“, rief der US-Präsident den Berlinern zu. Feinste Redenschreiberei. „Wir stehen dort, wo rohe Betonmauern Mutter und Kind trennten – und wir kommen als eine Familie zusammen. Wir stehen dort, wo diejenigen, die ein neues Leben anstrebten, den Tod fanden – und wir sind von tiefer Freude über die Erneuerung erfüllt“, sagte Clinton und massierte die geschundene Berliner Seele, vor allem die im West-Teil der Stadt: „Bürger Berlins! Sie haben Ihren langen Kampf gewonnen. Sie haben bewiesen, dass keine Mauer auf ewig die gewaltige Kraft der Freiheit einsperren kann.“

Damals klang das für die Erneuerer, die Kampfjets zu Kunst machten, und für die DJs, die ansetzten, aus ihrem Hobby einen gut bezahlten Job zu machen, ein wenig lächerlich, denn: Sie lebten ja längst, was schließlich in Clintons „Cliffhanger-Satz“ mündete: „Berlin ist frei.“ Das wussten alle.

Doch mehr als zwei Jahrzehnte später klingt diese Rede wie eine Verheißung angesichts der Rechtspopulisten und Spalter, die Antworten aus dem 19. Jahrhundert auf Fragen des 21. Jahrhunderts liefern. Jetzt also lebt Berlin seit 28 Jahren ohne Mauer. Die Stadt hat aufgeschlossen zu den großen Weltmetropolen Europas: London, Paris, Berlin. Da wird es Zeit, die politischen Herausforderungen dieser Welt anzunehmen. Welche Stadt könnte sich mehr gegen die Restauration des Autoritären stemmen als die Stadt der Teilung, die unter der Diktatur des Betons gelitten hat wie keine andere? Berlin kann froh sein und stolz über all die Neu-Berliner, die heute hier leben, weil sie die Orbáns, die Kaczynskis und Trumps verabscheuen. Zeigen wir ihnen, was wir gelernt haben in 28 Jahren ohne Schandmauer.

Frank Hofmann ist Journalist für die Deutsche Welle in Berlin

Ein Frieden, der Krieg brachte

Vor hundert Jahren ermöglichte der Vertrag von Brest-Litowsk Sowjetrussland den Austritt aus dem Ersten Weltkrieg. Für das kaiserliche Deutschland eröffnete er die letzte Chance, den Krieg zu gewinnen

VON LEONID MLETSCHIN

Als die sowjetische Delegation im Dezember 1917 Brest-Litowsk erreichte, war von der Stadt nicht viel übrig. Dort hatten vorwiegend Juden gelebt, die vom russischen Heereskommando zu Kriegsbeginn ans Frontgebiet ausgesiedelt worden waren, da sie als „unzuverlässig“ galten. Nachdem im Verlauf der Kampfhandlungen die Häuser und der Bahnhof abbrannten, waren die wenigen verbliebenen Einwohner der Stadt obdachlos.

In Brest-Litowsk befand sich das Hauptquartier des Oberbefehlshabers Ost Generalfeldmarschall Leopold von Bayern sowie seines Stabschefs General Max Hofmann. Sie hatten Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg und den zukünftigen Generalfeldmarschall Erich Ludendorff abgelöst, die den Krieg an der Ostfront begonnen hatten und nun befördert worden waren. Dort ging ihr militärischer Stern auf: Hindenburg wurde Chef des Generalstabs und Ludendorff Erster Generalquartiermeister (Chef der operativen Heeresleitung). Einige Tage nach der Machtübernahme der Bolschewiki in Petrograd am 11. November 1917 begannen Ludendorff und die Mitglieder seines Stabs, einen Angriffsplan zu entwickeln, der das Blatt für Deutschland, das den Krieg schon fast verloren hatte, wenden sollte.

Die Offensive war für März 1918 geplant. Deutschland hatte vor, im Westen den feindlichen 156 Divisionen 192 eigene entgegenzustellen. Die deutschen Divisionen sollten von der Ostfront abgezogen werden, hatten doch die Bolschewiki versprochen, den Krieg so schnell wie möglich zu beenden.

Seit nunmehr hundert Jahren sind viele Russen davon überzeugt, dass die Führer der Bolschewiki, allen voran Lenin, bezahlte Agenten des deutschen Generalstabs waren. Deshalb ließen sie sich auf die schändlichen Bedingungen des Brester Friedens ein. Diese Version ist dokumentarisch jedoch nicht belegt.

Lenin hatte das Land deshalb aus dem Ersten Weltkrieg geführt, weil ihm klar war, dass die wenigen und 1917 zudem nicht sonderlich populären Bolschewiki sofort die Unterstützung aller Soldaten erhalten würden, wenn sie versprächen, den Krieg schleunigst zu beenden und alle nach Hause zu entlassen. Nach Niederlegung der Zarenkrone durch Nikolaus II im Frühjahr 1917 begann die Sabotage des Kriegs. Treibende Kraft der revolutionären Ereignisse waren die Soldaten der Reservebataillone, die so versuchten, ihren Fronteinsatz zu verhindern. In Petrograd gab es etwa eine halbe Million an Reservekräften, welche die Bolschewiki im Oktober unterstützten.

Der erste Volkskommissar Sowjetrusslands für Auswärtige Angelegenheiten, Leo Trotzki, schlug allen Kriegsmächten vor, unverzüglich Frieden zu schließen. Die Staaten der Entente, die auf der Seite Russlands kämpften, lehnten den Vorschlag ab. Sie waren fest entschlossen, das Deutsche Reich und seine Verbündeten, die diesen Weltkrieg entfesselt hatten, zur Strecke zu bringen. Sie warfen der Regierung der Bolschewiki vor, die 1914 durch Russland übernommene Verpflichtung zu verletzen, keinen Separatfrieden zu schließen. Für die Vierbundmächte (Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien, Türkei) jedoch bedeutete der Vorschlag der Bolschewiki die Rettung.

Im Ersten Weltkrieg war die Lebensmittelfrage eine politische. In den ersten Kriegsjahren beschlagnahmten und raubten die deutschen Soldaten in den okkupierten Gebieten alles, dessen sie habhaft werden konnten. Als alles aufgegessen war, stellte sich heraus, dass die deutsche Wirtschaft ohne Importe nicht überlebensfähig war. Die deutschen Bauern waren nicht in der Lage, das Land zu ernähren. Außerdem unterlag Kaiserdeutschland der Blockade durch die französische und britische Flotte. Sie forderten von den neutralen Staaten, ihre Lieferungen nach Deutschland einzustellen, stoppten die Schiffe auf dem Meer und kontrollierten die Ladung und ihre Bestimmung.

Die Blockade zerstörte die deutsche Wirtschaft, der Handel kam praktisch zum Erliegen. Hunger und Krankheiten kosteten etwa eine halbe Million Deutsche das Leben.

Österreich-Ungarn traf es noch härter. Der Kampfgeist der Armee war im Sommer 1917 endgültig erloschen. Kaiser Karl versuchte, einen Separatfrieden zu schließen. Er reiste nach Bern, wohin auch der zukünftige CIA-Chef Allen Dulles geeilt war, um geheime Verhandlungen mit der Entente aufzunehmen. Die Entente wollte jedoch keinen Separatfrieden. Der Vorschlag wurde abgelehnt.

Das Land hungerte. In Wien warteten täglich 250 000 Menschen in langen Schlangen auf etwas Käufliches. Suppenküchen versorgten täglich 54 000 Menschen. „In Österreich wurde die Brotkarte eingeführt. Jeder Einwohner erhält pro Woche 1960 Gramm Brot oder 1400 Gramm Mehl“, berichteten russische Diplomaten nach Petrograd. „Diese Zahl ist reine Theorie, die meisten Bäcker haben nicht genügend Brot. Fleisch ist gänzlich unerschwinglich, Speck praktisch nicht vorhanden. Seit Juli 1915 verbietet die Regierung an zwei Tagen der Woche, mittwochs und freitags, Fleischerzeugnisse zu verkaufen oder in den Gaststätten anzubieten. Mit Milch sieht es noch schlimmer aus. Die meisten Kühe wurden geschlachtet, um Fleisch zu erzeugen. In sämtlichen Kaffeehäusern und Restaurants in Wien ist es verboten, Milch und Sahne anzubieten. Milch für Neugeborene ist knapp.“

Der k. u. k. Minister des Äußeren, Graf Ottokar Czernin telegrafierte an den Kaiser: „Ich fürchte, es ist zu spät, um eine Katastrophe in der Lebensmittelversorgung abzuwenden. Uns fehlen mindestens 30 000 Waggons Getreide, ohne diese sind wir des Todes. In wenigen Tagen werden unsere Kriegsindustrie und die Eisenbahn stillstehen, die Versorgung der Armee wird unmöglich, sie steht vor einer Katastrophe.“

Doch dann erreichte auch ihn die frohe Botschaft aus Petrograd. Am Abend des 15. Dezember 1917 wurde der Waffenstillstand unterzeichnet. Die Kampfhandlungen an der gesamten Linie dewwr Ostfront von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer wurden eingestellt. Nun begannen die eigentlichen Friedensverhandlungen. Für Sowjetrussland wurden die Verhandlungen in Brest zur ersten diplomatischen Erfahrung. Die Delegation (28 Personen) bestand aus Bolschewiki und linken Sozialrevolutionären, unter denen besonders Anastasia Bizenko zu erwähnen ist – eine Terroristin und Mörderin des zaristischen Kriegsministers. Der Delegation gehörten des Weiteren jeweils ein Vertreter der Arbeiter, Bauern, Soldaten und Matrosen an.

Die Diplomaten Österreichs und Deutschlands gingen auf den Vorschlag der Bolschewiki ein, Frieden zu schließen ohne jegliche Annexionen oder Kontributionen. Sie wurden jedoch umgehend aus Berlin korrigiert. General Erich Ludendorff ließ mitteilen: „Es entsteht der Eindruck, als seien nicht wir, sondern die Russen diejenigen, die die Bedingungen diktieren. Ich protestiere entschieden dagegen, dass wir den gewaltsamen Anschluss von Gebieten und Reparationen ablehnen. Nicht wir brauchen den Frieden, sondern Russland.“

General Hofmann legte eine Karte vor, auf der die russischen Gebiete markiert waren, die zum Ende des Kriegs noch von Deutschland besetzt waren: Polen, Litauen, ein Großteil Lettlands, Estlands und Weißrusslands. Die sowjetischen Führer begehrten auf, hatte man doch etwas ganz anderes vereinbart: Man wollte Frieden schließen, doch die kriegführenden Seiten beriefen sich auf die Grenzen von 1914.

Lenin fand einen Ausweg: Er wollte die Unterzeichnung so lange wie möglich hinauszögern – in der Hoffnung auf eine Revolution in Deutschland. Mit dem Auftrag, die Verhandlungen zu verschleppen, entsandte er den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Leo Trotzki, nach Brest.

Mittlerweile gewann der ukrainische Faktor an Bedeutung. Die Macht in Kiew befand sich in den Händen der Zentralen Rada, welche die Unabhängigkeit von Russland erklärt und die Ukrainischen Volksrepublik (UVR) gegründet hatte. Am 1. Januar 1918 reiste eine ukrainische Delegation mit dem Premierminister der UVR, Wsewolod Holubowytsch, an der Spitze nach Brest. Am 9. Februar unterzeichneten Deutschland, Österreich-Ungarn, die Türkei und Bulgarien einen Vertrag mit der Ukrainischen Volksrepublik. Die Ukraine war damit international anerkannt. Für die Deutschen und die Österreicher war es ein „Brotfrieden“. Kiew versprach Deutschland und Österreich-Ungarn etwa eine Million Tonnen Getreide und eine halbe Million Tonnen Fleisch.

Der Leiter des deutschen Generalstabs Generalfeldmarschall von Hindenburg befahl, die Kampfhandlungen wieder aufzunehmen, sollten die Russen versuchen, die Verhandlungen zu verschleppen. Dies hätte den Fall der bolschewistischen Regierung zur Folge gehabt, ihre Nachfolger wären gezwungen gewesen, Frieden zu schließen. Trotzki, dem die Deutschen ein Ultimatum stellten, weigerte sich, ein Dokument zu unterzeichnen, das große Gebietsverluste für Russland bedeutete: „Wir werden die Unterschrift der russischen Revolution nicht unter ein Papier setzen, dass für Millionen von Menschen Unterdrückung und Unglück bedeutet. Wir treten aus dem Krieg aus in der Hoffnung, dass andere Völker unserem Beispiel folgen werden.“

Daraufhin gingen die deutschen Truppen zum Angriff über. In Petrograd brach Panik aus. Man erwartete den Einmarsch der Deutschen. Die sowjetische Regierung zog nach Moskau, in die neue Hauptstadt.

Nicht alle in Russland waren jedoch verzweifelt. Es fanden sich Menschen, die darauf hofften, dass die Deutschen die Bolschewiki vernichten. Die berühmte Schriftstellerin Sinaida Hippius, welche die Revolution verabscheute, schrieb in ihr Tagebuch: „Deutschland hat uns zu jeder Zeit besser verstanden, da es uns gegenüber immer aufmerksamer war. Deutschland könnte verstehen, dass wir jetzt gefährlicher sind als je zuvor, gefährlicher für den gesamten Leib Europas (und den Leib Deutschlands, ja, ja!). Wir sind eine Pestbeule. Es ist unmöglich, uns zu isolieren, man muss den Bazillenherd vernichten, ausbrennen, wenn es sein muss, und zwar schnell, im ureigensten Interesse!“

Viele Parteiorganisationen forderten die Bildung einer Roten Armee und die Führung von Revolutionskriegen in der Hoffnung auf die Hilfe seitens des aufständischen deutschen Proletariats. Lenin schlug vor, den Deutschen unverzüglich ein Friedensangebot zu machen. Er erhielt sieben Stimmen dagegen und sechs dafür. Daraufhin warf er seine ganze Überzeugungskraft in die Waagschale: Verluste spielen keine Rolle, man könne Polen hergeben, Finnland, das Baltikum, die Unabhängigkeit der Ukraine anerkennen, Hauptsache, man behielt die Macht. Trotzki war gegenteiliger Meinung, verstand aber den Ernst der Lage und enthielt sich der Stimme. Lenins Standpunkt wurde akzeptiert.

Am 3. März 1918 wurde das Friedenabkommen unterzeichnet. Niemand wollte diese Schande auf sich nehmen. Schließlich mussten das Mitglied des ZK der Partei, der zukünftige Volkskommissar für Finanzen Grigori Sokolnikow, der zukünftige Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Georgi Tschitscherin und der Volkskommissar für Inneres Grigori Petrowski diese undankbare Aufgabe übernehmen.

Die neuen Bedingungen Deutschlands waren schlechter als die vorhergehenden: Russland verlor das Baltikum und einen Teil Weißrusslands. Die Städte Kars, Batum und Ardagan fielen an die Türkei. Die Armee war unverzüglich zu demobilisieren und die Ukraine als unabhängig anzuerkennen. Im Vertrag hieß es: „Das Gebiet der Ukraine ist unverzüglich von russischen Truppen und der russischen Roten Garde zu säubern.“ Die leninsche Regierung verlor Gebiete mit 56 Millionen Menschen, ein Viertel aller Bahnverbindungen, drei Viertel der Schwarzmetallurgie, 90 Prozent der Steinkohleförderung und ein Drittel der Textilindustrie.

Am 27. August unterschrieb Russland weitere zusätzliche Geheimvereinbahrungen zum Vertrag von Brest-Litowsk und verpflichtete sich, Deutschland eine Kontribution in Höhe von 6 Milliarden Goldmark zu zahlen.

Der Austritt Russlands aus dem Krieg war ein Schlag für die Alliierten. Anfang 1918 wurden mehr als eine Million deutsche Soldaten von der Ost- an die Westfront verlegt, um an der neuen Offensive teilzunehmen. Am 21. März 1918 begann der Vormarsch der deutschen Truppen. Die Entente verlor alles, was sie mühsam innerhalb von zwei Jahren erobert hatte und wurde zurückgedrängt. Die Deutschen zogen siegreich durch Frankreich, wie bereits 1914. Der 24. März wurde aus Anlass der deutschen Siege von Kaiser Wilhelm II zum Feiertag erklärt. Er war davon überzeugt, die Alliierten zerschlagen zu haben. Auf ihrem Siegeszug durch die Städte Frankreichs schlugen sich die ausgehungerten Deutschen die Bäuche voll, der Wein floss in Strömen. Sie zogen die britischen Uniformen und Stiefel an, die bequem waren und wasserdicht.

Der Beschuss von Paris aus schweren Krupp-Kanonen hatte bereits begonnen, als seitens der Entente die Vereinigten Staaten in den Krieg eintraten. Im Juli 1918 trafen eine Million amerikanische Soldaten in Europa ein. Aber sie waren schlecht auf diesen Krieg vorbereitet. Die Offiziere konnten keine Karten lesen. Sie machten Fehler, griffen ohne Artillerievorbereitung an. Doch sie waren ruhig und selbstbewusst – ein beeindruckender Gegensatz zu den ausgemergelten und kriegsmüden Europäern.

Franzosen und Engländer erhielten ebenfalls Unterstützung durch frische Truppenteile aus Kanada und Australien, Artillerie und Panzer. Die Alliierten hatten 4000 Panzer produziert, da kamen die Deutschen nicht hinterher. Schon bald wurde klar, dass die deutsche Armee erschöpft war. Die Frühjahrsoffensive war beeindruckend, doch die Deutschen erlitten schwere Verluste, die sie nicht kompensieren konnten. Am 8. August gingen die Alliierten zum Gegenangriff über. Es dauerte fast 100 Tage, bis die Deutschen kapitulierten.

Am Abend des 7. November kreuzte eine Kolonne aus drei deutschen Fahrzeugen die Frontlinie in der Nähe der durch seine Brauereien bekannten südwestbelgischen Kleinstadt Chimay. Auf dem ersten Fahrzeug wehte eine weiße Fahne. Am 11. November wurde ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet. Die Kanonen des Ersten Weltkriegs verstummten. Deutschland war geschlagen.

Die Alliierten jedoch, England und Frankreich, hatten nicht vergessen, dass ihre Soldaten durch die Schuld der Bolschewiki gestorben waren, die ihre Waffenbrüder verraten hatten.

Wie hätte wohl die sowjetische Bevölkerung reagiert, wenn die Alliierten, etwa 1944, einen Separatfrieden mit Nazideutschland unterzeichnet hätten und das Wehrmachtskommando sämtliche Divisionen an die Ostfront verlegt hätte? Ich bezweifle nicht, dass die Rote Armee letztendlich dennoch bis Berlin gekommen wäre, doch wie viele Sowjetmenschen hätten noch sterben müssen? Und wie hätte die sowjetische Bevölkerung in diesem Fall die wortbrüchigen Alliierten genannt?

Die entscheidende Folge des Brester Friedens war jedoch die gewaltige Empörung in erster Linie der Offiziere, die den Frieden mit dem Hauptfeind Deutschland als Schande und Verrat betrachteten und gegen die Bolschewiki aufstanden. Ein Bürgerkrieg brach aus, die schlimmste Katastrophe, die Russland im 20. Jahrhundert durchleben musste. So hatte der Frieden Krieg gebracht.

PICTURE ALLIANCE/ZB

Die zeitgenössisch colorierte Fotografie aus der deutschen Propaganda zeigt die Ankunft der sowjetischen Delegation mit Leo Borissowitsch Kamenew (2.v.l. mit Melone), Leo Trotzki (vorn rechts) und Adolf Abramowitsch Joffe (rechts hinter Trotzki) am Bahnhof von Brest-Litowsk.

Leonid Mletschin ist ein vielfach ausgezeichneter russischer Print- und Fernsehjournalist sowie Autor zahlreicher Bücher.

ꝑD

„Die Deutschen gehörten doch immer zu uns“

Irina Scherbakowa erzählt in ihrer glanzvollen Autobiografie von einer versehrten Welt und erinnert an die alte Vertrautheit zweier Völker

VON JOHANN MICHAEL MÖLLER

Erst nach hundert Seiten erschließt sich der wunderbar schwebende Titel dieser Lebenserinnerung. Dann beschreibt die russisch-jüdische Historikerin und Germanistin Irina Scherbakowa die Hände ihres Vaters, eines bekannten Literaturkritikers, seine Kriegsverletzungen, das Fehlen der Speiche am linken Unterarm und einiger Finger an der rechten Hand – die Wunden aus Stalingrad. Das ist viel mehr als eine Episode ihres Buchs. Die Hände ihres Vaters sind das Symbol einer versehrten Welt, die sie von Anfang an war und die bis heute nicht heilen will. „Die Angst, die sich damals in den Menschen einnistete, verschwand nicht mehr“, schreibt Irina Scherbakowa.

Ihre Autobiografie „Die Hände meines Vaters“ ist eine Familiengeschichte und doch zugleich eine Parabel auf die Menschen der sowjetischen Zeit, auf den Einzelnen, nicht auf das Kollektiv. Es ist ein Buch, das sich nach innen richtet, obwohl es noch gar nicht auf Russisch erschienen ist, das wenig erklärt, aber viel beschreibt und zum Zwiegespräch wird unter Betroffenen.

„Die Flüsterer“ hat der russisch-englische Historiker Orlando Figes seine monumentale Studie über das Leben in Stalins Russland genannt und aus vielen Einzelporträts ein kollektives Psychogramm entworfen. Auch Irina Scherbakowa wählt den diskreten Ton, aber es ist das Wispern der anderen Seite, derer, die ihre Herkunft preisgaben, sich mit ganzem Herzen der kommunistischen Sache verschrieben; denen ein Leben fortwährender Enttäuschungen und Versehrungen beschert war und die bis zuletzt an ihre gute Sache glaubten. Den Großvater, ein altgedienter Parteifunktionär, trifft buchstäblich der Schlag, als der XX. Parteitag das Scherbengericht über Stalin eröffnet. Die Erkenntnis, schreibt Scherbakowa, dass er „sein ganzes Leben und all seine Kraft diesem Regime und diesen Machthabern gewidmet“ hat, brachte ihn um. Sein Schreibtisch aus dem berüchtigten Hotel Lux bleibt das Verbindungsstück zu ihm.

Wie verheißungsvoller, wie optimistischer hatte es einst doch begonnen. „So viel Neues, Aufregendes! Das Leben klopft an die Türe, das neue Leben. Man muss die Türen weit aufreißen und dem neuen Gast mutig und freudig entgegentreten. Ich bin unendlich glücklich, dass ich jetzt lebe“, bekennt Irina Scherbakowas Großmutter Mira im April 1917 am Vorabend der großen Revolution. Gerade für die russischen Juden, die 120 Jahre lang im Zarenreich gelitten hatten, schien eine neue hoffnungsvolle Zeit anzubrechen.

Großmutter Mira ist das Oberhaupt dieser Familiensaga, eine stolze, selbstbewusste, starke Frau. Und als sie unter den elenden Bedingungen sowjetischer Krankenhäuser kurz vor dem Ende der Breschnew-Ära stirbt, versiegt auch ein Lebensstrom.

Es sind häufig die Großmütter, die in den sowjetischen Zeiten den Lebenswillen ihrer Familien aufrecht erhielten und ihren Enkeln ein Stück Unbeugsamkeit und die Kunde von einem anderen, freieren Leben mitgaben. Es existieren viele Erzählungen davon, auch in Polen und auch in der DDR. Großmütter verkörpern jene Erinnerungen, von denen es heißt, dass sie „nie die privaten Grenzen“ verlassen haben und für die es auch keine öffentlichen Denkmäler gibt.

In dieser Großmutter Mira spiegelt sich Irina Scherbakowa unweigerlich selbst, ihre Stärke und Selbstgewissheit, die sie heute im Gespräch ausstrahlt und einen nicht glauben lassen will, was sie Ende der 1980er-Jahre selbst notiert: „Plötzlich dachte ich, dass ich keine Kraft mehr habe, dass ich es nicht mehr ertragen kann, dass jede Hoffnung unsinnig ist und jene recht hatten, die das Land verlassen wollten.“

Irina Scherbakowa hat Russland bis heute nicht verlassen. Sie hat die Stiftung Memorial mitbegründet und ihr großes Thema gefunden: die Schicksale derer zu bewahren, die unter dem Stalinismus gelitten haben – auch die in der DDR.

Daraus wird keine Erzählung nur der Opfer oder nur der Täter. Irina Scherbakowa nimmt keine Haltung ex post ein; schreibt keine sowjetische Geschichte in der Rückschau und vom Ende des Scheiterns aus. Sie beschreibt, wie eine Familie am Ende der Zarenzeit sich aus der Enge des jüdischen Lebens einer russischen Kleinstadt im Dreiländereck zur Ukraine und Weißrussland löst, von den großen historischen Umwälzungen erfasst wird und doch das Stigma der verschwiegenen Zugehörigkeit und falschen Nationalität nicht los wird.

Es wird zum doppelt falschen Leben im vermeintlich richtigen – auch wenn man Teil der Nomenklatura geworden war. Ossip Mandelstam, den Scherbakowa häufig zitiert, hat das in die wunderbare Formulierung von den „Zeiten“ gebracht, die ihn „wie Feuer umzingeln“. Nummer 112 war er dann auf den Deportationslisten des NKWD.

Die Erinnerungen an Mandelstams Frau Nadeschda, die „wie eine Nomadin herumgeirrt war, ohne Geld und manchmal wirklich im Elend gelebt hatte“ und doch alles verschenkte, was sie bekam, gehört zu den stärksten Passagen dieser Familiengeschichte. Und wenn man das Bild dieser zarten, alten Frau mit den lebenswachen Augen in einer winzigen Moskauer Wohnung am Ende der 1970er-Jahre sieht, dann ahnt man, was innere Freiheit in einer formierten Gesellschaft bedeutet.

Es sind solche Miniaturen, die dieses Buch so lesenswert machen und die von lauter Menschen handeln, die man eigentlich nicht kennt. Wohingegen die großen Figuren des Widerstands, wie Solschenizyn oder Sacharow, erstaunlich blass und anekdotisch bleiben, genauso wie die Stalins, Chruschtschows und Gorbatschows.

Von Mandelstam stammt auch jene Zeile aus seinem Gedicht „An die deutsche Sprache“, die für Irina Scherbakowa fast zu einem Leitmotiv ihres Lebens als Übersetzerin geworden ist: „Die fremde Sprache wird mir einst zur Hülle.“ Und dass damit ausgerechnet jene Sprache gemeint ist, die eine russische Kriegsgeneration nur noch aus den mörderischen Abbreviaturen militärischer Kommandos kannte, grenzt für den Leser immer noch an ein Wunder. Es ist auch die warme russische Sprachfärbung im makellosen Deutsch Irina Scherbakowas, aus der man die alte Vertrautheit beider Völker heraushören kann, genauso wie den bis heute nicht gelinderten Schmerz, dass es ausgerechnet Deutsche waren, die in Russland einfielen und die Erde verbrannten. „Sie gehörten doch immer zu uns. Sie waren doch immer schon da“, hat Irina Scherbakowa im vergangenen Herbst in einem Interview über die Deutschen bekannt, als sie in Weimar die Goethemedaille erhielt. Auch das ist eine Facette der großen Versehrtheit, von der dieses Buch handelt.

Es ist die dichte Beschreibung vom Innenleben einer Gesellschaft, die vom Westen als Kollektiv hinter dem Eisernen Vorhang gesehen wurde; und die sich aufzulösen begann, als man sie hätte differenzierter betrachten können. Insofern sind die Lebenserinnerungen Irina Scherbakowas wie ein Nachruf auf eine Vergangenheit, die einmal als große Verheißung erschien und deren private Seite genauso verschwindet, wie die großen Ideen, die sie prägten.

„Nach und nach hat sich unsere ganze Familie in aller Welt verstreut“, heißt am Ende dieser Autobiografie. Und die Erinnerung an diese untergegangene Welt beginnt zu verlöschen fast im selben Moment als man sich ihrer zu vergewissern versucht. „Aber die Frage, was bleibt, heißt es bei Irina Scherbakowa, muss jeder letztlich für sich beantworten. Genauso wie die Frage, was gewesen ist.“

Johann Michael Möller ist Herausgeber dieser Zeitung.

Irina Scherbakowa
Die Hände meines Vaters.
Eine russische Familiengeschichte.
Droemer Verlag, München 2017,
416 Seiten, 22,99 Euro

Der Bau der Gaspipeline Nord Stream 2 ist höchst umstritten. Zwei deutsche Experten präsentieren ihre Sicht auf das Projekt. Was spricht dafür, was dagegen?

Gas ist noch immer unverzichtbar

VON FRIEDBERT PFLÜGER

So polarisiert die Debatte um Nord Stream 2 auch sein mag, alle Seiten tragen nach sorgfältigen Überlegungen legitime Argumente vor. Es ist daher wichtig, Weltuntergangsszenarios zu verwerfen, zur Vernunft zurückzukehren und die Debatte nüchtern zu führen. Vier entscheidende Fragen sind umstritten:

Gegner von Nord Stream 2 behaupten, dass die europäische Energiesicherheit bereits durch eine übergroße Abhängigkeit von russischem Gas beeinträchtigt sei. Wie bereits bei vorherigen Energiekooperationen, etwa dem deutsch-russischen Gasröhrengeschäft der siebziger Jahre, ist in erster Linie Washington dagegen, scheinbar im Glauben, dass Russland den größten Teil der europäischen Gasnachfrage deckt. Tatsächlich schwankt der in den USA häufig aufgebauschte Anteil zwischen einem Viertel und einem Drittel.

Noch wichtiger ist, dass die EU nach den ukrainischen Gaskrisen 2006 und 2009 – die in einigen zentral- und osteuropäischen Staaten zu ernsthaften Lieferkürzungen und Sorgen führte – entscheidende Maßnahmen ergriff, um ihre Energiesicherheit durch drastische Diversifizierung zu erhöhen. Ergebnis ist ein zweckmäßiger und hochflexibler europäischer Gasmarkt ohne einschränkende Zielklauseln, aber mit neuen Interkonnektoren, Speichereinrichtungen, Rückflusskapazitäten und mehr als 30 europäischen LNG-Importterminals, die mehr als die Hälfte der EU-Nachfrage bedienen können. Während die EU noch vor einem Jahrzehnt für eine Erpressung anfällig gewesen sein könnte, sehen wir inzwischen eine stark verbesserte Energieinfrastruktur, in der Gas kaum als Waffe benutzt werden kann.

Die künftige europäische Gasnachfrage ist ebenfalls ein Streitpunkt. Werden nicht der Siegeszug der erneuerbaren Energien und Effizienzmaßnahmen zusätzliche Gasimportkapazitäten überflüssig machen? Kürzlich stellte Miguel Arias Cañete, EU-Kommissar für Klimaschutz und Energie, am 24. November 2017 in einer Rede klar, dass dem nicht so ist: „Gas muss in unseren Dekarbonisierungsbemühungen eine wichtige Rolle spielen; es wird verschiedene erneuerbare Energien ergänzen und umweltschädlichere Kraftstoffe ersetzen."

Auf kurze und mittlere Sicht wird Europa weiterhin große Mengen Gas als kohlenstoffarmen, aber fossilen Brennstoff benötigen – für Heizung, Transport und Schifffahrt sowie für das Ersetzen von Kohle zur Stromgewinnung. Aber selbst wenn der Verbrauch in Europa stabil bleiben sollte, wird der Importbedarf wegen der schwindenden Verfügbarkeit von inländischen Gasressourcen steigen. So sank die Produktion in den Niederlanden von 81 Milliarden Kubikmeter (bcm) im Jahr 2013 auf 47 bcm im Jahr 2016.

Gegner von Nord Stream 2 bezweifeln auch den ökonomischen Sinn der Pipeline. Aber nicht nur Russland erkennt die Chancen auf dem europäischen Gasmarkt. Zu den gegenwärtigen und künftigen Mitbewerbern gehören neben Russland Norwegen, Qatar, Iran, Aserbeidschan und, nicht zuletzt, die USA mit ihrer Shale-Gas-Industrie. Erst kürzlich unterzeichneten Israel, Zypern, Griechenland und Italien ein Memorandum für die Konstruktion der längsten Unterwasserpipeline, die Europa über 2000 Kilometer jährlich mit 16 bcm Gas versorgen soll. Also glaubt nicht nur Russland, dass Europa auch in Zukunft ein attraktiver Markt für Gas bleibt.

Das ist eine gute Nachricht für Europa. Das wachsende und diverse Portfolio der Gasimporte trägt zur gesamten Versorgungssicherheit, zu Wettbewerb und damit zu erschwinglichen Gaspreisen für Privathaushalte und Industrie bei. Die Bedeutung der fortgeschrittenen Integration und Flexibilität des europäischen Gasmarkts zeigte sich Ende des vergangenen Jahres nach einer bedauernswerten Explosion in einem Gasknotenpunkt im österreichischen Baumgarten, die Märkte von Italien bis nach Großbritannien beeinträchtigte. Der Vorfall löste prompt eine Bestellung für eine kurzfristige LNG-Lieferung aus. Die Order ging übrigens an Gazproms russischen Wettbewerber Novatek, der seine Yamal-Gasverflüssigungsanlage wenige Tage zuvor eingeweiht hatte. Es war ein Glück, dass das russische Gas in England doch nicht benötigt wurde, denn ein Land brauchte es noch dringender – die USA. Die Lieferung wurde prompt verladen und nach Boston verschifft, um während des besonders kalten Winters an der Ostküste Lieferengpässe auszugleichen.

Aufgeworfen wurde auch die Frage, ob Subventionen im hochentwickelten europäischen Gasmarkt gerechtfertigt seien. Solange aber Investoren Kosten und Risiken eines neuen Infrastrukturprojekts selbst tragen – wie es bei Nord Stream 2 der Fall ist – und nicht an Regierungen oder Steuerzahler abwälzen, sollten Verbraucher die Aussicht auf jedes zusätzliche Gasmolekül begrüßen, unabhängig von dessen Herkunft.

Aber auch wenn Nord Stream 2 wirtschaftlich begründet werden kann und keine Gefahr für die europäische Energiesicherheit darstellt, beanstanden manche Kritiker das Projekt aus geopolitischer Sicht. Liegt es nicht in unserem Interesse, hart zu bleiben und Nord Stream 2 abzulehnen, um eine eindeutige Antwort auf russische Übergriffe in der Ukraine und anderswo zu geben, statt Gazprom mit einem zusätzlichen Marktzugang zu belohnen? Wenn dem so ist, sollten wir das klar formulieren, nicht aber rechtliche Vorwände suchen.

Außerdem: Ein Stopp von Nord Stream 2 würde der Ukraine nicht helfen. In einer Studie für das European Centre for Energy and Resource Security (EUCERS) am King's College London legt Andreas Goldthau dar, dass das Land tatsächlich Transitgebühren verlieren würde, wenn der Großteil des Gasflusses nach Westeuropa sein Leitungsnetzwerk umginge. Andererseits stärken aber die neuen westlichen Importoptionen die ukrainische Position bei Preisverhandlungen und senken ihre Gasrechnung. Und das wäre keine Premiere: Die Fertigstellung von Litauens schwimmendem LNG-Terminal in Klaipėda im Jahr 2014 führte sofort zu einer 20-prozentigen Preisreduzierung für russische Gasimporte, und zwar bevor signifikante Mengen von verflüssigtem Gas den baltischen Staat erreicht hätten.

Europäische und amerikanische Politiker sollten zweimal überlegen, bevor sie genau das tun, was sie Russland vorwerfen: Energie als politische Waffe zu benutzen. Pipelines wie Nord Stream 2 sind keine Unterwerfung unter Russland. Sie sind Anzeichen einer gegenseitigen Abhängigkeit, die lange Zeit – auch in Phasen größter Konflikte – eine stabilisierende Rolle im Verhältnis zu Russland spielte. Sogar in heikelsten Perioden des Kalten Kriegs blieb Energie der einzige bedeutsame Bereich, in dem Ost und West belastbar und fair kooperierten. Europa und die USA wären gut beraten, wieder Ruhe und Gelassenheit in diese Debatte zu bringen.

Friedbert Pflüger, ehemaliger Parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium, leitet seit 2009 das European Centre for Energy and Resource Security am King's College London. Er ist außerdem Inhaber und Geschäftsführer von Pflüger International in Berlin.

PICTURE ALLIANCE/STEFAN SAUER/DPA-ZENTRALBILD

Seit Monaten warten die Röhren für die Pipeline Nord Stream 2 auf den Beginn des Baus. Ende Januar haben die deutschen Behörden dem Plan für den Bau und Betrieb der Leitung in deutschen Ostseegewässern zugestimmt.

Überflüssig und politisch fatal

VON RALF FÜCKS

Folgt man den Befürwortern der zweiten Doppelpipeline für russisches Erdgas durch die Ostsee, ist das alles energiewirtschaftlich höchst vernünftig und politisch ganz harmlos. Nord Stream 2 erhöhe die europäische Energiesicherheit – schließlich war schon die Sowjetunion ein verlässlicher Lieferant – und sei ein rein kommerzielles Projekt. Die Europäische Kommission solle sich gefälligst raushalten, statt sich unbefugt in die Energiesouveränität Deutschlands einzumischen. Einspruch, Euer Ehren!

In der 2014 von der EU-Kommission beschlossenen „Strategie für eine sichere Energieversorgung" werden explizit drei Ziele genannt: Die Steigerung der Eigenerzeugung von Primärenergie, die Diversifizierung von Lieferländern und Lieferwegen sowie ein gemeinsames Auftreten der EU-Staaten gegenüber Drittländern. Nord Stream 2 kollidiert mit allen drei Vorhaben. Das Projekt spekuliert auf steigende Erdgas-Importe der EU. Es verstärkt die Abhängigkeit von Russland, das bereits heute mit rund 30 Prozent der mit Abstand größte Gaslieferant nach Europa ist. Und es wirkt als Spaltpilz für die EU, die über Nord Stream 2 tief zerstritten ist. Die nationale Engstirnigkeit, mit der eine Koalition von SPD, Union und Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft dieses Projekt gegen den Widerstand der EU-Kommission vorantreibt, ist ein Hohn auf alle Europaschwüre der Bundesregierung. In den Augen der Polen, der Balten oder der Skandinavier ist Nord Stream 2 nur ein weiterer Alleingang Deutschlands ohne Abstimmung mit seinen europäischen Nachbarn.

Eine Pipeline mit einem Transportvolumen von 55 Milliarden Kubikmetern im Jahr und Investitionskosten von 9 bis 10 Milliarden Euro wird für Jahrzehnte gebaut. Ökonomisch basiert sie auf dem Kalkül eines langfristig steigenden Erdgasverbrauchs in der EU. Für den heutigen Bedarf ist sie schlicht überflüssig. Die Auslastung von Nord Stream 1 lag 2015 lediglich bei 71 Prozent. Dazu kommen die Reservekapazitäten im kontinentalen Pipelinesystem und steigende Kapazitäten bei Flüssiggas-Terminals, die auf künftigen Bedarf ausgelegt sind. Es gibt weder heute noch morgen einen Engpass bei Importkapazitäten für Erdgas. Soll Nord Stream 2 ausgelastet werden, setzt das entweder eine enorme Steigerung des Gasverbrauchs in der EU oder eine Verdrängung anderer Lieferanten und Transportwege voraus. Weder das eine noch das andere liegt im europäischen Interesse, sehr wohl aber im Interesse von Gazprom & Co.

Ein langfristig steigender Erdgasverbrauch ist mit den klimapolitischen Zielen der EU nicht vereinbar. Sie erfordern eine weitgehende Dekarbonisierung des Energiesektors bis zur Mitte des Jahrhunderts. Statt Pfadabhängigkeiten bei fossilen Energieimporten über Jahrzehnte festzuschreiben, müssen wir uns deshalb möglichst flexibel in den Bezugsquellen und Transportwegen halten. Kurzfristig mag die Nachfrage nach Erdgas bei einem schrittweisen Ausstieg aus der Kohle und einer weiteren Reduzierung des Ölverbrauchs anziehen. Langfristig muss auch der Verbrauch von Erdgas sinken. Ein Schlüssel dafür ist die kontinuierliche Verbesserung der Energieeffizienz im Gebäudesektor und der Industrie, ein anderer die Substitution von Erdgas durch synthetisches Gas (Wasserstoff und Methan), das aus überschüssigem Regenerativstrom gewonnen wird. Je größer der Anteil von Wind- und Solarenergie am europäische Strommix wird, desto dringender stellt sich die Frage nach der Umwandlung überschießender Strommengen. Die Fixierung auf den Import von Erdgas verzögert die Entwicklung alternativer Zukunftstechnologien im industriellen Maßstab.

Außerdem kreuzt die neue Doppel-Pipeline mehrere ökologisch hoch sensible Gebiete. Ihr Bau ist ein massiver Eingriff in die maritime Biosphäre. Umweltschutz-Organisationen kritisieren den Trassenverlauf und die oberflächliche Umweltverträglichkeitsprüfung.

Die Behauptung, Nord Stream 2 sei ein rein kommerzielles Projekt, ist allzu blauäugig. Man muss schon fest die Augen verschließen, um zu übersehen, dass diese Pipeline Teil eines geopolitischen Spiels des Kremls ist. Es zielt darauf, die Ukraine und Polen als Transitländer auszuschalten, die europäische Abhängigkeit von Energieimporten aus Russland zu zementieren und einen Keil in die EU zu treiben. Während es Europa an einer strategischen Energiepolitik mangelt, baut die russische Seite ihr Energie-Imperium aus. Teil dieses Spiels ist auch der strategisch platzierte Bau von Atomkraftwerken, die Strom in die EU exportieren sollen wie der 2400 MW-Komplex an der weißrussisch-litauischen Grenze und eine ebenso große Anlage in Kaliningrad.

Gazprom ist kein Konzern wie jeder andere. Mit dem Ölgiganten Rosneft bildet er die ökonomische Basis des autoritären Regimes in Moskau. Öl und Gas sind die wichtigste Einnahmequelle des russischen Staats und die Hauptpfründe für die Bereicherung der Machtelite. Gazprom und Rosneft stehen zugleich im Zentrum der ökonomischen Netzwerke und politischen Seilschaften des Kremls in Europa. Kein Zufall, dass Ex-Kanzler Schröder auf ihrer Lohnliste steht – er ist ihr wirksamster Lobbyist. Dabei gehen wirtschaftliche und politische Interessen Hand in Hand.

Es gibt eine deutlich billigere Alternative zu einer zweiten Ostsee-Pipeline: die Modernisierung des kontinentalen Transportnetzes. Das wäre ein multilaterales Projekt zum Vorteil aller. Wenn die Ukraine und Polen als Zwischenglied für russische Gasexporte nach Westeuropa ausgeschaltet werden, verlieren sie jährliche Transitgebühren in Milliardenhöhe. Zudem kann ihnen der Kreml jederzeit den Gashahn zudrehen, ohne sein Exportgeschäft zu gefährden. Die Ukraine wird dann noch anfälliger für russische Drohpolitik. Auch das gehört zur politischen Dimension von Nord Stream 2.

Wer auf eine kooperative europäische Energieversorgung setzt, sollte der „Divide et impera"-Politik des Kremls keinen Vorschub leisten. Das gilt allzumal für Deutschland. Es gibt zurecht eine kritische Sensibilität unserer mittel-osteuropäischen Nachbarn für eine Neuauflage der Achse Berlin – Moskau, die ihre Interessen und Besorgnisse übergeht. Nord Stream 2 ist ein Prüfstein, wie ernst es Deutschland mit dem Bekenntnis zu „mehr Europa" nimmt.

Ralf Fücks war von 1997 bis 2017 Vorstand der Grünen-nahen Heinrich Böll-Stiftung. Er ist jetzt Direktor des neuen Berliner Think Tanks „Zentrums Liberale Moderne".

Kostspielige Kohle

In diesem Jahr müssen die letzten beiden Steinkohle-Bergwerke Deutschlands schließen, auch der Ausstieg aus der Braunkohle steht bevor

VON HANNES KOCH

Es war im Jahr 2005, als der Ökonom Manuel Frondel die Lage der deutschen Kohlebergwerke analysierte. Mit seinem Resümee machte er sich keine Freunde: „Es ist sinnvoller, die Leute alle nach Mallorca zu schicken als unter Tage.“ Auf der Lieblings-Ferieninsel der Deutschen im Mittelmeer könnten tausende Bergleute jahrelang bezahlten Urlaub machen, anstatt Kohle aus den tiefen Stollen des Ruhrgebiets zu fördern. Für den Staat sei diese Lösung billiger, als den Bergbau mit Milliarden Euro pro Jahr zu subventionieren, rechnete der Experte vor.

Frondel war schon damals Ökonom am Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen. Das ist die informelle Hauptstadt des Ruhrgebiets, der alten Industrieregion im Westen Deutschlands. Gegenüber von Frondels Büro steht die Zentrale des Energieversorgers Steag, der früher mal Steinkohlen-Elektrizitäts AG hieß. Nicht weit davon entfernt ragen die Hochhäuser von E.ON und RWE, der größten Energiekonzerne des Landes, gen Himmel. Auch sie sind ehemalige Kohleunternehmen.

Bei diesen und vielen weiteren Firmen war man nicht begeistert über Frondels flotten Ausspruch, zumal das RWI als befreundetes Institut galt. Spöttisch nannten sie ihn fortan „König von Mallorca“. Frondel behielt allerdings Recht.

„Steinkohle in Deutschland zu fördern war über Jahre hinweg dreimal so teuer, wie sie auf dem Weltmarkt zu kaufen“, erklärt der Forscher heute. Das ist der wichtigste Grund dafür, dass in diesem Jahr die letzten beiden Steinkohle-Bergwerke der Bundesrepublik, die Zechen in Ibbenbüren und Bottrop, geschlossen werden. Dann ist Schluss mit der Geschichte einer Industrie, die vor fast 500 Jahren begann.

In Russland, China, Indien, Australien, Lateinamerika und anderen Staaten ist das letzte Kapitel noch nicht geschrieben, doch auch dort deutet einiges darauf hin, dass die besten Zeiten der Kohlebergwerke vorbei sind. Was sagt die deutsche Entwicklung über die Zukunft der globalen Kohleindustrie?

Schon kurz nach dem Zweiten Weltkrieg kam es zu den ersten „Kohlekrisen“ in dem riesigen Industriegebiet an Rhein und Ruhr. Weil die dortigen Bergwerke in immer größere Tiefen vordringen mussten, ausländische Kohle einfacher abzubauen war und außerdem das vergleichsweise günstige Erdöl als Energiekonkurrent dazukam, machte eine Zeche nach der anderen dicht. Die Nachfrager – Stromkraftwerke, Stahlindustrie und Privathaushalte – bevorzugten die billigeren Alternativen.

Allerdings arbeiteten in der Kohleindustrie Hunderttausende. Millionen Menschen und ganze Städte lebten von den Bergwerken, Zuliefer- und Verarbeitungsbetrieben. Die Kohle hatte nicht nur enorme wirtschaftliche, sondern auch politische und kulturelle Bedeutung. Der Fußballverein Schalke 04, den der russische Konzern Gazprom finanziert, wurde 1904 neben einem Kohlebergwerk gegründet. Viele seiner Spieler und Fans stammten früher aus diesem Arbeitermilieu – jetzt nicht mehr. Auch heute noch wird das Ruhrgebiet als „Herzkammer der Sozialdemokratie“ beschrieben. Der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) war deshalb daran gelegen, dass die Zechen, in denen ihre Mitglieder arbeiteten, nicht einfach starben.

Bürgermeister, Parlamentsabgeordnete und auch die Bundesregierung stellten daher jahrzehntelang Milliarden D-Mark und Euro zur Verfügung, um den Abbau hinauszuzögern. Ende der 1990er-Jahre erreichten die Subventionen rund zehn Milliarden Euro pro Jahr. Das entsprach etwa vier Prozent des Bundeshaushalts. Weil das auf die Dauer selbst für einen reichen Staat zu teuer war, einigte sich die Politik schließlich auf das Ausstiegsgesetz von 2007. Darin legte man fest, dass 2018 das letzte Steinkohle-Bergwerk schließen soll.

Drückt mangelnde Nachfrage dauerhaft den Preis, wird sich die russische Regierung überlegen, wer die Schulden des Kohlebergbaus finanzieren soll.

Den zweiten Startpunkt dieser Entwicklung markierte das Versprechen Willy Brandts aus dem Jahr 1961. „Der Himmel über dem Ruhrgebiet muss wieder blau werden“, erklärte der SPD-Kanzlerkandidat damals. Seine für die damaligen Verhältnisse erstaunliche Botschaft: Die Abgase schädigen Natur und Menschen in unverantwortlichem Ausmaß, sie bringen Atemwegserkrankungen, Krebs und Tod. So baute man anfangs Filter auf die Schornsteine. Dann förderte man Techniken, die weniger oder keine Emissionen verursachten: Erst Atomkraft und Erdgas, heute erneuerbare Energien. Rund ein Drittel der elektrischen Energie der Bundesrepublik stammt bereits aus Wind-, Sonne- und Biomasse-Kraftwerken. 2030 sollen es zwei Drittel sein.

Ein dritter und der heute wichtigste Faktor für das bevorstehende Ende der Kohleindustrie ist die Klima-Debatte. Die breite Mehrheit der bundesdeutschen Öffentlichkeit und Politik hält es für richtig, die Kohlendioxid-Emissionen aus der Verbrennung fossiler Energien so zu reduzieren, dass es nicht zum globalen Klima-Kollaps kommt. Deshalb läuft auch die Uhr für die Förderung und Verstromung der Braunkohle. Dort ist Deutschland derzeit noch der weltgrößte Förderer. In zwei großen Tagebaugebieten in Ost- und Westdeutschland wird der Rohstoff abgebaggert. Allerdings ist ein ähnliches Ausstiegsgesetz wie für die Steinkohle in Vorbereitung. Vielleicht zehn Jahre wird diese Gnadenfrist noch dauern – dann dürfte der Kohlebergbau in Deutschland komplett beendet sein.

Auch auf dem internationalen Markt gibt es Fragezeichen. Die Internationale Energieagentur (IEA) prognostiziert „das Ende der Boomjahre der Kohle“. Wegen des globalen Wirtschaftswachstums stieg die Zahl der Kohlekraftwerke seit dem Jahr 2000 zwar stark, schreiben die Forscher in ihrem aktuellen Ausblick. Bis 2040 werde das Wachstum jedoch erheblich zurückgehen. „Die weltweite Nachfrage nach Kohle nähert sich der Stagnation“, so die IEA. Gründe unter anderem: Klimaschutz und zunehmend konkurrenzfähige Produktion durch regenerative Energiequellen.

Die russische Kohleindustrie muss dieses Szenario zumindest einkalkulieren. Sie kann nicht davon ausgehen, dass die Nachfrage des internationalen Markts nach ihrem Rohstoff so stark wie heute bleibt. Ein weiterer kritischer Punkt ist der Weltmarktpreis. Dieser liegt derzeit zwar über 60 US-Dollar pro Tonne und damit auf einem auch für viele russische Bergwerke auskömmlichen Niveau. In den vergangenen Jahren war das aber oft nicht so. In der Folge stieg die Verschuldung der russischen Zechen. Ein weiteres Alarmsignal: Der heimische Verbrauch von Kohle geht zurück.

Somit stecke die russische Ökonomie in der Sackgasse, stellt Mikhail Krutikhin von der privaten Moskauer Firma RusEnergy fest, die ausländische Investoren berät. Es bestehe ein Überangebot von fossilen Energieträgern, dem weder im eigenen Land noch im Export eine ausreichende Nachfrage gegenüberstehe.

Hält dieser Zustand an, könnte er eine ähnliche Entwicklung begünstigen wie in Deutschland. Drückt mangelnde Nachfrage dauerhaft den Preis, wird sich die russische Regierung überlegen, wer die Schulden des Kohlebergbaus finanzieren soll. Denn letztlich muss der Staatshaushalt einspringen. So geht es um eine Abwägung: Können die mit der Moskauer Regierung verbündeten Bergbau-Unternehmen langfristig wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität garantieren, oder wäre das Geld in einer modernen, sauberen Energieerzeugung besser angelegt?

In dieselbe Richtung mag die Umwelt- und Klimadiskussion wirken, die auch an Russland nicht spurlos vorbeizieht. Die Einwohner würden mehr und mehr die Forderung nach einer gesünderen Umwelt erheben, sagt etwa Sergey Bobylev, Ökonom an der staatlichen Moskauer Lomonossow-Universität. Viele Russen seien weniger als früher bereit, den Preis der Umweltzerstörung zu zahlen, etwa in Gestalt niedriger Lebenserwartung. Bobylev führt an, dass Staatspräsident Wladimir Putin die nationalen Verluste durch Umweltzerstörung auf sechs Prozent der Wirtschaftsleistung beziffert hat. Rechnet man die gesundheitlichen Schäden bei Menschen ein, steigt diese Negativgröße auf 15 Prozent.

Hannes Koch ist Journalist und Buchautor mit Schwerpunkt Wirtschaft und Umweltschutz und Mitgründer des Pressebüros „die korrespondenten“ in Berlin.

SHUTTERSTOCK

Vorbild Deutschland

Der russische Sozialversicherungsfonds kooperiert seit einigen Jahren mit der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV), eine für beide Seiten gewinnbringende Zusammenarbeit

VON ANASTASYA MANUYLOVA

Das Sozialversicherungssystem in Deutschland ist eines der ältesten und wahrscheinlich auch bis zum heutigen Tag besten der Welt. Seine Grundlagen wurden bereits Ende des 19. Jahrhunderts gelegt. Bismarck sah nur eine Möglichkeit, Ansehensverluste unter der Arbeiterschaft zu vermeiden: „den Sozialdemokraten die Initiative abzunehmen und deren absolut legitime Forderungen nach Einführung einer Sozialversicherung zu erfüllen, die im Interesse des Staates und der öffentlichen Ordnung umgesetzt werden können“. So schrieb er es in einem Brief an den Handelsminister.

In weniger als zehn Jahren ist es Bismarck trotz Opposition im Reichstag gelungen, drei für das zukünftige System entscheidende Gesetze verabschieden zu lassen: das Gesetz über die Krankenversicherung (1833), das Gesetz über die Unfallversicherung (1884) und das Gesetz über die Alters- und Invaliditätsversicherung (1889). Das Hauptmerkmal des Bismarck’schen Versicherungsmodells bestand darin, die Versicherungsbeiträge nicht an die Risiken zu koppeln, sondern an den Lohn der Arbeiternehmer. Die Beiträge wurden von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen. Versicherungsträger waren öffentlich-rechtliche Körperschaften. Bald bauten auch Österreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Frankreich und die Schweiz ähnliche Sozialversicherungssysteme auf. Das System selbst erhielt die Bezeichnung Unternehmensversicherung.

Heute sind rund 90 Prozent der Deutschen im Sozialversicherungssystem erfasst. Die finanzielle Grundlage bilden die von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu zahlenden Versicherungsbeiträge, die mit dem Einkommen steigen.

Bereits in den 1990er-Jahren versuchten russische Experten für Sozialversicherung, von den deutschen Erfahrungen zu lernen. „Schon Ende der 1990er-Jahre hat die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV) aktiv an der Gestaltung der rechtlichen Grundlagen der Unfallversicherung in der Russischen Föderation mitgewirkt“, erinnert sich Gregor Kemper, der den Stabsbereich Internationale Beziehungen der DGUV leitet. Die Kontakte haben sich, Kemper zufolge, im Umfeld der internationalen Konferenz im Herbst 2012 intensiviert, woraufhin die Parteien einen Vertrag über die Zusammenarbeit für fünf Jahre unterschrieben.

„Die Deutschen haben über Jahrzehnte ihr Sozialversicherungssystem weiterentwickelt. Für uns sind ihre Erfahrungen außerordentlich wichtig, da sich Russland und Deutschland wirtschaftlich und sozial ähneln“, meint Andrei Kigim, der Chef des Sozialversicherungsfonds der Russischen Föderation. „Natürlich sind wir voller Elan an diese Zusammenarbeit gegangen.“

Nach den Worten von Sergei Aleschtschenko, dem stellvertretenden Leiter des Fonds, interessierten ihn vor allem die Rechtsvorschriften über die Sozialversicherung: „Wir haben die russischen und deutschen Gesetze verglichen, welche die Unfallversicherung regeln. Wir haben die praktischen Erfahrungen der deutschen Kollegen ausgewertet, etwa wie der Versicherungstarif bei der Arbeitsunfallversicherung gebildet wird, wie die Beiträge für diese Versicherung kassiert, wie Prophylaxe und Rehabilitation realisiert werden. Für uns war es wichtig zu verstehen, inwieweit die deutschen Erfahrungen für uns hilfreich sein könnten“, sagt Aleschtschenko.

Derzeit sei das russische Modell mehr auf Leistungen für Geschädigte und auf Entschädigungsleistungen bei bereits vorliegendem Gesundheitsschaden ausgerichtet als auf deren Vorbeugung. „Die Vorzüge des deutschen Systems liegen einerseits in der Vermeidung von Unfällen und andererseits auch ihrer Folgen durch ein umfangreiches System der Rehabilitation“, erläutert er.

Generell hat Deutschland in den vergangenen Jahren einen der niedrigsten Werte bei Arbeitsunfällen in Europa. 2,5 tödlich Verunglückte auf 100 000 Beschäftigte in der Wirtschaft. In Russland liegt der Wert bei 3,28. Zudem gibt es jährlich einige Tausend russische Arbeitnehmer, die infolge von Arbeitsunfällen erhebliche Verletzungen erleiden. In Deutschland nehmen rund 80 Prozent der Bürger nach der Rehabilitation die Arbeit wieder auf. Es gibt Berechnungen, wonach selbst eine komplexe Rehabilitation, die medizinische, berufliche und soziale Hilfen einschließt, billiger ist als die Verrentung der Geschädigten.

„Das Entscheidende am deutschen System der Wiederherstellung der Gesundheit der Arbeitnehmer ist die Verbindung mit einer Rehabilitation“, so Aleschtschenko. „Um für eine Verbindung dieser Art in den russischen Einrichtungen zu sorgen, haben wir beim Fonds für Sozialversicherung die Institution des Rehabilitationsmanagers geschaffen, der Geschädigte auf allen Stufen unterstützt, angefangen vom Ausfüllen der Behandlungsformulare bis hin zur Aufnahme einer neuen Arbeit.“ Seine Aufgabe ist es, die Tätigkeiten aller Beteiligten zu koordinieren (medizinische Einrichtungen, Rehabilitationszentren, Arbeitgeber, Arbeitsämter), damit die Patienten möglichst effizient behandelt werden. „Das“, so Aleschtschenko, „geht bis hin zu Fragen seiner Umschulung in einem neuen Beruf und die Arbeitsvermittlung.“

Bei einigen Pilotprojekten des Sozialversicherungsfonds ist es 2015 gelungen, den Anteil der Geschädigten, die ihre Arbeit wieder aufgenommen haben, auf 60 Prozent zu erhöhen. Im Jahr 2016, als Rehabilitationsmanager im gesamten Land ihre Tätigkeit aufgenommen haben, stieg die Zahl auf 65 Prozent. Nunmehr, so Aleschtschenko, arbeiten in diesem Bereich etwa 600 Mitarbeiter der regionalen Niederlassungen des Sozialversicherungsfonds. Nun sollen sie bei Praktika in deutschen Einrichtungen der DGUV weitere Erfahrungen sammeln.

Hilfreich ist auch die in Deutschland bewährte Arbeitsweise der Heilstätten selbst. Dort liegt der Schwerpunkt auf Rehabilitation mittels körperlicher Belastung. Die Patienten trainieren ihre Motorik, etwa durch Übungen im Wasserbecken, und sie lernen, mit Prothesen zurechtzukommen.

In Zukunft könnte die Zusammenarbeit zwischen dem russischen Sozialversicherungsfonds und der DGUV neue Formen annehmen. Im Jahr 2014, berichtet Kemper, haben die Sozialversicherungen einen Vertrag über die Schaffung eines russisch-deutschen Rehabilitationszentrums in der Russischen Föderation geschlossen. „Derzeit erarbeiten wir einen Anforderungskatalog für dieses Zentrum. Die Vereinbarungen werden Teil des neuen Kooperationsvertrags, den wir 2018 abschließen wollen“, sagt Sergei Aleschtschenko.

Aber auch die Deutschen lernen. „Die Kooperation mit dem Sozialversicherungsfond ist keine Einbahnstraße“, so Kemper. „Unter anderem gibt es in Russland Fachbereiche, die in Deutschland nicht so stark vertreten sind. Deshalb haben wir keine ausreichende Datenbank, um sie für Untersuchungen im Arbeitsschutz zu verwenden. Dank der Zusammenarbeit mit dem russischen Sozialversicherungsfonds haben wir die Möglichkeit, diese Lücke zu schließen.“

Die deutschen Partner haben sich sehr aufmerksam mit den Erfahrungen des russischen Sozialversicherungsfonds bei der Einführung des elektronischen Krankenscheins vertraut gemacht. „In Deutschland wird der Versicherungsfall zwischen den Beteiligten immer noch auf Papier abgewickelt. Aus diesem Grund können unsere Erfahrungen bei der Umstellung auf elektronische Träger für sie nützlich sein“, sagt Kemper.

Wegen der positiven Ergebnisse möchten der russische Sozialversicherungsfonds und die DGUV in diesem Jahr einen Kooperationsvertrag für die kommenden fünf Jahre abschließen. Einen wichtigen Platz im künftigen gemeinsamen Arbeitsplan werden Markttrends wie Digitalisierung sowie die Zunahme der Zahl älterer Arbeitnehmer einnehmen. „Darüber hinaus ist es wichtig zu begreifen, wie das Beitragssystem zur Arbeitsunfallversicherung unter Bedingungen aussehen soll, unter denen der Anteil der klassischen Arbeitsverhältnisse abnimmt und die Zahl der Selbständigen wächst, die in Eigenregie und ohne feste Arbeitszeiten arbeiten. Wie kann die Digitalisierung zur Verlängerung der Erwerbsfähigkeit in einer alternden Gesellschaft angewendet werden? Wir suchen gemeinsam nach Antworten auf diese Fragen“, sagt Kemper.

Anastasya Manuylova ist Korrespondentin der Zeitung Kommersant.

Wahrheit und Erinnerung

Arseni Roginski zum Gedenken

VON MANFRED SAPPER

Hat der Mensch unveräußerliche Rechte“, fragte der Historiker Arseni Roginski. „Hat er das Recht auf einen Namen? Ja. Und hat er das Recht auf ein Grab? Ja, ebenfalls. Wer einem Menschen diese Rechte nehmen will, verkörpert das Böse. Das sind jene, die ihre staatlichen Morde heimlich begingen und über Jahrzehnte logen: ‚Dein Vater ist verurteilt zu zehn Jahren ohne Recht auf Briefverkehr.‘ Dabei war er längst erschossen.“

Eine Million Menschen wurden in der Sowjetunion aus politischen Motiven zum Tode verurteilt und erschossen, vier Millionen deportiert, Hunderttausende kehrten nicht zurück. Mindestens weitere sechs Millionen Menschen wurden Opfer von Kollektivrepressionen. Diese Opfer des Terrors dem Vergessen zu entreißen und ihnen ihre Würde zurückzugegeben, war die Lebensaufgabe von Arseni Roginski.

Arseni war selbst ein Kind des Gulag. Sein Vater war 1938 zu Lagerhaft verurteilt worden. Auf die Haftzeit folgte die Verbannung. Im Lagerkrankenhaus einer Strafkolonie im Gebiet Archangelsk wurde Arseni 1946 geboren. Früh machte er die Erfahrung, Opfer von Willkür und staatlicher Gewalt zu sein. 1951 wurde sein Vater erneut verurteilt. Er starb im Lager, die Behörden verschleierten den Tod. Das schärfte Roginskis Bewusstsein für die Lüge und die Angst als Mittel der Macht. Der Keim für die Suche nach der Wahrheit war gelegt.

Als Historiker studierte er das Schicksal von Sozialrevolutionären und anderen frühen Gegnern der Bolschewiki. Mit Leidenschaft sammelte er persönliche Quellen und mündliche Überlieferungen, immer auf der Suche nach der historischen Wahrheit. Unerschrocken im Kampf gegen Manipulation und Zensur wirkte er an einer Publikation mit, die nur im Selbstverlag erscheinen konnte. Natürlich hieß sie Pamjat (Erinnerung). Schnell wurde der KGB auf Roginski aufmerksam. Er wurde festgenommen und 1981 zu vier Jahren Lagerhaft verurteilt.

Roginski kam frei, als Michail Gorbatschow mit der Perestrojka bahnbrechende Veränderungen in Gesellschaft und Politik ermöglichte. In dieser Periode gründeten der Friedensnobelpreisträger Andrei Sacharow, der Historiker Juri Afanassjew, Elena Žemkova, Arseni Roginski und andere die Gesellschaft Memorial – Zur Erinnerung an die Opfer der Repressionen.

Von Anfang an verfolgte Memorial drei Ziele: die Aufarbeitung der Geschichte des Terrors und der Repressionen in der Sowjetunion,

MEMORIAL

die rechtliche und soziale Rehabilitierung der Opfer sowie den Schutz der Menschenrechte im heutigen Russland. Schnell entwickelte sich Memorial zur größten unabhängigen Organisation Russlands und besteht heute aus mehr als 60 regionalen Verbänden und Ablegern im Ausland. Seit 1996 wirkte Arseni Roginski als Vorstandsvorsitzender von Memorial International.

Memorial hat Enormes geleistet. Auf maßgebliches Betreiben von Roginski hat die Organisation ein einzigartiges Archiv aufgebaut. Es ist ein Weltkulturerbe. Es enthält hunderttausende Zeugnisse des Leidens und der Würde von sowjetischen Menschen, die Opfer von staatlicher Gewalt wurden. Das Archiv ist die Herzkammer der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Vergangenheit, die sich in Dokumentationen, Publikationen und Ausstellungen niederschlägt. Memorial hat Millionen Opfern des Terrors ihren Namen zurückgegeben. Entsprechende Datenbanken enthalten die Lebens- und Leidensgeschichte von mehr als 2,5 Millionen Menschen. Memorial hat den Anstoß gegeben, das Schicksal der ins nationalsozialistische Deutschland verschleppen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter zu erforschen und zu dokumentieren. Dies trug dazu bei, dass Deutschland sich im Jahr 2000 endlich entschloss, Entschädigungen zu zahlen. Gemeinsam mit dem polnischen Zentrum Karta erarbeitete Memorial eine Dokumentation des Massakers von Katyn.

Leitgedanke dieser Arbeit ist, wie Roginski es formulierte, dass „die tägliche Verantwortung des einzelnen Bürgers und das historische Gedächtnis der Nation unabdingbar zusammengehören. Diese Vorstellung von staatsbürgerlicher Verantwortung ist unauflösbar mit der aktuellen Menschenrechtsarbeit verbunden.“ Die herausragende Arbeit von Memorial ist nur möglich, weil in ihren Reihen so kluge wie mutige, so engagierte wie eigensinnige Köpfe wirken, die viel zu oft wieder mit ihrer Freiheit oder sogar ihrem Leben dafür bezahlen.

Der Spiritus rector von Memorial, Arseni Roginski, ist am 18. Dezember 2017 gestorben. Er hinterlässt ein beeindruckendes Vermächtnis und die Aufgabe, weiter an seinem Lebensziel zu arbeiten: die Vergangenheit in der Gegenwart zu überwinden.

Manfred Sapper ist Chefredakteur der Zeitschrift Osteuropa, *Berlin.*

Desintegration ist auch keine Lösung

Russische Einwanderer suchen nach ihrem Platz in Deutschland und der jüdischen Gemeinde in Berlin

VON FRANZISKA KNUPPER

Es ist der zweite Spieltag der Radikalen Jüdischen Kulturtage am Maxim Gorki Theater in Berlin. Till Wonka schreitet durch eine Ahnengalerie. Im Hintergrund ist die israelische Version des Titelsongs aus dem Holocaust-Film „Das Leben ist schön“ zu hören. In den Bilderrahmen an der Wand hängen Fotos von Rabbis und Revolutionären, Gelehrten, Popstars, Ausgestoßenen. „Aber wir sind keine guten Opfer. Wir sind böse Opfer“, tönt der Schauspieler. „Ich bin nicht vernünftig. Will ich auch gar nicht sein. Ich sehe mich eher als eine Art Racheengel, als eine Art Nachkriegskaufmann von Venedig, der den Goyim das zurückgibt, was sie seit Jahr und Tag an uns praktiziert haben!”

Schauspieler Till Wonka wütet, spuckt und stammelt heute als “Paul Celan mit der Axt”, geschrieben von Max Czollek. Doch eigentlich ist Wonka alle, alle jüdischen Helden und Ahnen. Er raucht als Philosophin Hannah Arendt im Ohrensessel, er isst Apfelkuchen als Schriftsteller Thomas Brasch. Hauptsache unbequem, Hauptsache streitbar. Von korrekter Gedächtniskultur will hier niemand etwas wissen. Denn je mehr hebräisch wieder auf den Straßen Berlins gesprochen wird, desto heftiger planen Kurator Czollek und das Gorki Theater unter dem Motto “Desintegriert Euch!” einen jüdischen Befreiungsschlag im lärmenden Herzen der deutschen Hauptstadt: Befreiung von den Vorfahren, von den Schuldfragen und vergangenen Fehltritten, ohne Kompromiss und ohne Samthandschuhe.

„Ich gebe zu, dafür habe ich sie in einem Artikel kritisiert. In vielen Punkten stimme ich mit Herrn Czollek überein aber ich glaube nicht an eine kompromisslose Desintegration. Ich glaube immer noch an den Bau von Brücken”, sagt Dimitri Belkin und lässt den Blick über den Bayerischen Platz schweifen, der zu dieser winterlichen Abendstunde ganz leergefegt zu sein scheint.

Seit vier Jahren wohnt der Publizist und Akademiker hier und nimmt, genau wie Czollek und das Gorki Theater, gern die deutsche Gegenwart unter die Lupe. Er ist aktiv in der jüdischen Gemeinde und Projektleiter des Ernst Ludwig Ehrlich Studienwerks, das jüdische Akademiker fördert.

Auch der Dramatiker Czollek war dort Stipendiat. Beide suchen nach einem „Wir“ im deutschen Judentum, nach post-sowjetischen Wurzeln im post-geteilten Berlin, nach einer jüdischen Leitkultur, die sich ganz weit weg von der Opferrolle bewegt. „Ich bin nur eben der Meinung, dass Distanz uns nicht gut tut. Die jüdische Gemeinde in Deutschland wird immer noch mit staatlichen Mitteln finanziert. Wer sich also gegen diesen Staat wendet, darf auch die Münzen nicht annehmen”, schließt er.

Die jüdische Gemeinde zu Berlin ist seit jeher und bis dato zerstritten und gespalten, noch mehr seit den 1990er-Jahren. Knapp eine Viertelmillion sogenannte jüdische Kontingentflüchtlinge sind seit dem Ende der Sowjetunion zwischen 1990 und 2005 nach Deutschland eingewandert und machen mittlerweile 90 Prozent der jüdischen Gemeinschaft aus. Nichtsdestotrotz ist die politische Elite des Judentums in Deutschland immer noch deutscher, ungarischer oder polnischer Abstammung. „Bis heute werden wir immer noch von einer Minderheit repräsentiert”, so Belkin.

Auch der 45-jährige Ukrainer ist im Zuge dieser Migrationswelle nach Deutschland gekommen. Er war damals 21 Jahre alt. Die erste Hälfte seines Lebens hat er in der Sowjetunion verbracht, die zweite in der Bundesrepublik. Er habe das Zeitfenster nutzen wollen, erinnert er sich. Wer wusste damals schon, wie lange die Grenzen noch offen bleiben?

Und alle deutschen Parteien waren sich damals, nach der Bundestagsdebatte am 31. Oktober 1990, einig: In der Sowjetunion verfolgte Juden sollen in Deutschland aufgenommen werden. Sie mussten kein Asylverfahren durchlaufen, sie durften sich unbefristet niederlassen. Das Bundesverwaltungsamt in Köln verteilte die Eingewanderten auf die Bundesländer anhand ihrer Einwohnerzahl. Viele Großstädter aus Kiew, Moskau oder Minsk fanden sich plötzlich in Städtchen wie Bad Sülze, Troisdorf, Pripsleben wieder. Auch für Belkin ging es von der Millionenstadt Dnepropetrovsk nach Reutlingen in Baden-Württemberg.

Ohne Auto, auf dem Land, der Weg zu Fuß zum Supermarkt eine tagesfüllende Aufgabe. „Es hätte aber schlimmer kommen können. Tübingen war nebenan und dort konnte ich Philosophie und Geschichte studieren.” Es sei außerdem ein offenes Milieu gewesen, ein liberaler Grund und Boden, wo er von Fremdenfeindlichkeit oder Antisemitismus verschont blieb. „Ich glaube, es steht und fällt damit, an welchem Ort man damals platziert wurde. Es gibt Regionen in Deutschland, wo man mit mehr Fremdenhass empfangen wurde.”

Michal Antonovich spielt mit dem Verschluss ihres Helms. Bis die Temperaturen unter Null Grad fallen, fährt sie mit ihrer Vespa durch Berlin. Die Stadt kennt sie in- und auswendig: aufgewachsen in Wilmersdorf, jetzt wohnhaft in Prenzlauer Berg, kurz nach dem Schulabschluss ein Zwischenstopp in Kreuzberg. „Der Schritt nach Prenzlauer Berg war ungewöhnlich. Die meisten Russen bleiben in Westberlin. Ich war definitiv die andere, die eigenartige.”

Daran habe sie sich jedoch gewöhnt: In Israel ist sie die russische Deutsche, die kein hebräisch spricht; in Deutschland jüdische Russin, die sich mit dem Judentum nicht auskennt. „Und in der Ukraine war ich noch nie. Nie. Was macht mich also zur Jüdin mit sowjetischen Wurzeln?”

Diese Zerrissenheit kommt Belkin bekannt vor. Von sich selbst, seinen Freunden, seinen Arbeitskollegen. Migrationsgeschichten haben immer viele Kapitel. Und als Jude in Deutschland sei man immer automatisch israelischer Botschafter, Überlebender des Holocaust, Nahostexperte und Theologieprofessor, müsse immer Stellung beziehen und definieren, definieren, definieren. Gerade für russische Flüchtlinge sei dies eine neue Erfahrung gewesen. Die meisten von ihnen waren in ihrem Leben noch nie in Israel. Haben noch nie einen Blick in die Tora geworden und wenn doch, dann mit einem skeptischen Augenaufschlag. Da jedwede Religiosität in der Sowjetunion bis dahin unterdrückt worden war, kannten sich die Neuankömmlinge in Glaubensfragen kaum aus: „Da kamen Tausende dieser schlecht angezogenen, unausgeschlafenen und hochgebildeten Menschen mit ihrem Hunger und ihren schlechten Zähnen, die noch nie eine Bar Mitzwa gefeiert hatten, und plötzlich dazu gehören wollten.”

Sie kamen mit anderen Erwartungen, wollten keine Kerzen anzünden, sondern eine Wohnung haben, statt Chanukka feiern lieber einen Job bekommen. Sie sahen sich nicht als jüdische Opfer des Holocaust sondern als russische Sieger über die Deutschen. „Doch dann wurden sie mit dem sozialen Abstieg konfrontiert”, fügt Belkin hinzu.

Und der war schmerzhaft. Firmenchefs wurden zu Hausmeistern, Eltern wieder zu Kindern und Kinder mussten ihre Eltern zu Arztbesuchen und Behördengängen begleiten. Deutschland war noch kein Einwanderungsland. Und eigentlich hatten die meisten Einwanderer gar nicht vor, für immer zu bleiben.

„Auch meine Eltern sind auf jeden Fall nie deutsch geworden”, erzählt Michal. Moskau war im Wohnzimmer stets näher als Berlin, es wurde russisch gesprochen, zu russischer Musik getanzt. Weihnachten? „Natürlich nicht”. Pessach? „Leider auch nicht. Ich bin gänzlich ohne Feiertage aufgewachsen.”

Wie in so vielen sowjetischen Familien war Religion kein Thema. Sie haben, so Michal, ihre Religion irgendwo in der Sowjetunion verloren. Als Teenager sei sie deswegen das erste Mal auf eigene Faust auf Spurensuche gegangen. Sie fuhr ins jüdische Ferienlager und merkte, dass die Kinder dort die gleichen Witze erzählten. Sie ging in die Joachimstaler Synagoge am Kurfürstendamm und fand es dort steif und streng. Sie schloss Freundschaften mit russischen Nachbarskindern und freute sich, dass ihre Mütter die gleichen Gerichte kochten wie zuhause.

Michal öffnet ihre Tasche und zieht ein Buch hervor: die Kabbalah. In roten Druckbuchstaben, das Lesezeichen auf der Hälfte der Seiten. Sie lächelt. „Ich möchte es anders machen als meine Eltern”, sagt sie und meint damit nicht nur, dass sie ihre Kinder im jüdischen Glauben erziehen möchte. Das sei ihr zwar wichtig und erstaune sie selber – aber nicht nur das. Sie hat ein eigenes Konzept von Religiosität entworfen, möchte kulturelle Tradition mit einer universellen Spiritualität verbinden.

Heute ist die 34-Jährige Yogalehrerin, arbeitet nach ihren eigenen Uhrzeiten, liest morgens Kabbalah und singt abends das Om. Sie ist es gewohnt, zwischen den Stühlen zu sitzen, zu leben, zu beten. Vielleicht will sie bald eine Weile in Israel leben, jobben, als Yogalehrerin Kurse geben. Sicher ist nichts, alles ist möglich.

„Wir Juden sind seit jeher zwischen den Welten zuhause, das fällt uns nicht schwer”, sagt auch Dimitri Belkin als er von Michals Geschichte hört. Das sei Stärke und Schwäche zugleich. Er glaubt nämlich nicht nur an Brücken sondern auch an Anker. Daran, dass man sich zwar an das Leben auf zwei Stuhlkanten gewöhnen kann, aber man bequemer auf dem Polster sitzt, „daran, dass jeder Mensch irgendeine Art von Selbstdefinition braucht”.

Das solle nicht autoritär klingen, warnt er schnell. Aber nur aus dieser stabilen Position könne man etwas bewegen – und diese Stabilität fehle den meisten Menschen mit Migrationshintergrund. Auch deswegen habe der Sohn ein jüdisches Gymnasium besucht. Auch deswegen ist Belkins Frau zum Judentum konvertiert. Nur so gilt das gemeinsame Kind auch nach den Regeln der Halacha – die orthodoxe Rechtsauslegung, nach der jüdisch ist, wer eine jüdische Mutter hat – als Jude. Und auch deswegen ist Dimitri Belkin ganz bewusst Mitglied der jüdischen Gemeinde Berlins. Mit fast 10 000 Mitgliedern ist sie die größte jüdische Gemeinde Deutschlands. Und mit derzeit schätzungsweise 15 000 Israelis in der Hauptstadt müsse man hier den Hebel ansetzen. An diesem Ort und mit einem gut bestückten Werkzeugkasten könne man dann endlich an dieser jüdischen Leitkultur basteln, nach der am Gorki Theater so geschrien wird.

PICTURE ALLIANCE / GREGOR FISCHER/DPA

Christmukka in Berlin: Europas größter Chanukka-Leuchter vor dem traditionellem Weihnachtsbaum am Pariser Platz im vergangenen Jahr.

DPA

BIRGIT KAULFUSS

Dimitri Belkin (links)
Michal Antonovich (rechts)

Franziska Knupper ist freie Journalistin. Sie lebt und arbeitet in Berlin und Tel Aviv.

Verheiratet mit Russland

Vier Prinzessinnen aus Hessen-Darmstadt wurden im 18. und 19. Jahrhundert an den russischen Hof vermählt. Ihre Geschichten stehen exemplarisch für Schicksale junger Frauen des Adels, deren Ehen nach dynastischen Erwägungen geschlossen wurden

VON KLAUS GRIMBERG

Mit der Ermordung von Zar Nikolaus II. und seiner Familie am 17. Juli 1918 in Jekaterinburg endete das russische Zarentum und mit ihm die Dynastie der Romanows. Doch nicht nur das: Der Mord der Bolschewiki an der Herrscherfamilie beendete auch eine fast 200-jährige Tradition von Eheschließungen männlicher Nachfahren der Romanows mit Prinzessinnen aus deutschen Fürstenhäusern. Eine besonders enge Beziehung bestand dabei zum Haus Hessen. Von den sechs Kaiserinnen Russlands deutscher Herkunft seit Peter dem Großen (1672-1725) stammten zwei aus dem Fürstengeschlecht Hessen-Darmstadt, zwei weitere Prinzessinnen wurden mit russischen Großfürsten verheiratet. Das Ikonen-Museum Frankfurt hat diesen vier hessischen Prinzessinnen jüngst eine eigene Ausstellung gewidmet.

Auch die letzte russische Zarin, Alexandra Fjodorowna, war 1872 in Darmstadt geboren worden, als Prinzessin Alix und zweitjüngstes von sieben Kindern der großherzoglichen Familie. Sie heiratete den russischen Thronfolger Nikolaus 1894 in St. Petersburg – im Alter von 22 Jahren, was für Frauen ihres Standes vergleichsweise spät war. Der Hochzeit vorausgegangen waren die zu dieser Zeit an Europas Höfen üblichen Einflussnahmen und Ränkespiele. Als Enkelin der englischen Queen Victoria, der sie nach dem frühen Tod ihrer Mutter sehr nahe stand, war Alix im europäischen Adel eine begehrte Heiratskandidatin. Gleichzeitig pflegte ihre spätere Schwiegermutter, die russische Kaiserin Maria Fjodorowna, zunächst Vorbehalte gegen „die Deutsche“, stammte sie selbst doch aus dem dänischen Königshaus. Schließlich aber konnten Nikolaus und Alix alle Einwände überwinden und ihre echte Liebesheirat durchsetzen.

Wie alle anderen deutschen Prinzessinnen trat auch die protestantisch erzogene Alix vor der Hochzeit zum russisch-orthodoxen Glauben über und nannte sich fortan Alexandra Fjodorowna. Zeitgenössischen Berichten zufolge fiel es der strenggläubigen Alix sehr schwer, diesen Schritt zu vollziehen. Umso tiefer ergründete sie offenbar die Regeln und Geheimnisse der russischen Orthodoxie. Ihre tiefe Religiosität blieb bis an ihr Lebensende das prägende Moment ihrer öffentlichen Wahrnehmung. Ansonsten war Alexandra bei Hof und in der Bevölkerung wenig beliebt: Sie galt als scheu und zurückhaltend, bei öffentlichen Anlässen hinterließ sie einen ungelenken Eindruck. Zudem flüchtete sie sich in die Sorge um den nach vier Töchtern endlich geborenen Thronfolger Alexei (*1904), der an der zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch unheilbaren „Bluterkrankheit“ litt.

In die russische Geschichte eingegangen ist Alexandra aber vor allem durch die Berufung des mysteriösen Wanderpredigers und angeblichen Wunderheilers Rasputin an den Zarenhof 1906/07. Da er die Blutungen des kleinen Alexei stillen konnte, gewann er immer größeren Einfluss auf Alexandra, die ihn im Laufe der Zeit als gottgesandten Heiligen ansah. Die Beziehung Alexandras zu Rasputin gab in der russischen Öffentlichkeit Anlass zu vielfältigen Gerüchten und Spekulationen. Sie endeten erst, als Rasputin Ende 1916 von innenpolitischen Widersachern ermordet wurde.

Alexandra selbst geriet während des Ersten Weltkriegs zunehmend in Verdacht, wegen ihrer Herkunft mit den Deutschen zu kollaborieren – zumal sie auch eine direkte Cousine des deutschen Kaisers Wilhelm II. war. In der Februarrevolution 1917 musste Nikolaus II. schließlich abdanken, eine geplante Ausreise nach Großbritannien scheiterte. Der Hausarrest der Zarenfamilie an verschiedenen Orten kulminierte in der Schicksalsnacht zum 17. Juli 1918, als sämtliche Familienmitglieder und einige ihrer Bediensteten in den Strudel des blutigen russischen Bürgerkriegs gerieten und in Jekaterinburg erschossen wurden.

Am verschlungenen Lebensweg der jungen hessischen Prinzessin Alix, die einmal zur Zarin Alexandra Fjodorowna werden sollten, lassen sich die Anforderungen an junge Frauen des europäischen Adels ablesen, die im 18. oder 19. Jahrhundert standesgemäß verheiratet werden sollten. Wenn sich Eltern und weitere Einflussnehmer an den diversen Höfen auf eine Hochzeit verständigt hatten, dann spielten die Gefühle der Heiratskandidaten oder ihre konfessionellen Bindungen nur eine untergeordnete Rolle. Im europäischen Machtgefüge wurden die dynastischen Verbindungen genutzt, um Freundschaften zu pflegen oder Einflüsse auszubauen. Die vornehmliche Pflicht der verheirateten Frauen aber war, Nachkommen zu gebären, insbesondere männliche.

Eine ältere Schwester Alexandras, Elisabeth von Hessen-Darmstadt (1864-1918), war ebenfalls nach Russland verheiratet worden. Die Ehe mit dem russischen Großfürsten Sergei Alexandrowitsch war jedoch wenig glücklich und blieb kinderlos. Nachdem ihr Mann 1905 Opfer eines politischen Attentats geworden war, gründete Elisabeth ein Kloster und erarbeitete sich durch ihr soziales Engagement bis heute andauernde Bewunderung. Von ihrer Schwester entfremdete sie sich allerdings zusehends, insbesondere deren Hang zum Mystizismus lehnte sie ab. Wie viele andere Mitglieder der Romanowschen Familie wurde auch sie am 17. Juli 1918 von Bolschewiki ermordet – in ihrem Verbannungsort Alapajewsk.

Unter wenig günstigen Sternen verlief auch die Ehe der Marie von Hessen und bei Rhein (1824-1880), die an der Seite ihres Gemahls Alexander II. 1855 als Kaiserin Marija Alexandrowna den Thron besteigen sollte. Sie litt darunter, dass ihr Gemahl zahlreiche Liebschaften mit anderen Frauen unterhielt, mit denen er auch mehrere Kinder hatte. Insbesondere die offene Beziehung zu einer Kammerfrau seiner Gattin belastete das Verhältnis der Eheleute, der frühe Tod ihres ältesten Sohnes schmerzte Marija sehr, die ihrerseits häufig erkrankte und 1880 infolge einer Tuberkulose-Erkrankung starb.

Von den vier hessischen Prinzessinnen, deren Weg an den russischen Hof führte, hinterließ Wilhelmine von Hessen-Darmstadt (1755-1776) die blassesten Erinnerungen. Nachdem sie 1773 den Thronfolger geheiratet und den Namen Natalia Alexejewna angenommen hatte, starb sie nur drei Jahre später bei der Geburt ihres ersten Kindes, das ebenfalls nicht überlebte. Auch dieser Hochzeit waren längere Konsultationen innerhalb des europäischen Hochadels vorangegangen, an deren Ende die Vermählung stand, die Russland unter anderem mit Preußen verschwägerte.

Klaus Grimberg ist freier Kulturjournalist in Berlin.

Verlobungsfoto von Alix von Hessen-Darmstadt, spätere Alexandra Fjodorowna, mit Nikolaus Alexandrowitsch Romanow.

WIKIPEDIA

AMAXX® YOUR INDUSTRY!

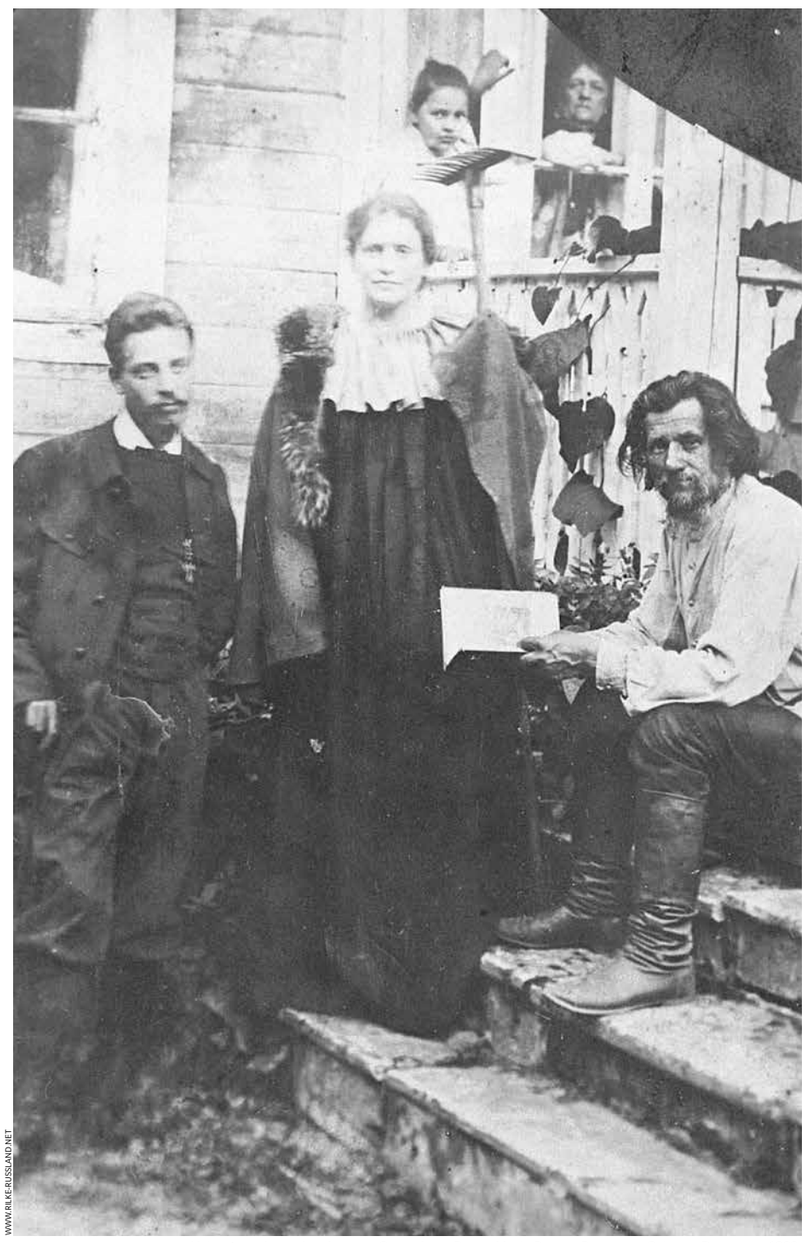
MENNEKES®
Plugs for the world

WWW.MENNEKES.COM

Die Inkarnation der Poesie

Bis Ende März ist in Moskau eine Hommage an Rainer Maria Rilke zu sehen, die Ausstellung „Rilke und Russland“. Sie belegt die Verbundenheit des großen Dichters mit dem Land

VON ANDREI ARCHANGELSKY



WWW.RILKE-RUSSLAND.NET

Heimat und Liebe: Lou Andreas-Salomé und Rainer Maria Rilke zu Besuch bei Spiridon Droshshin, 1900.

Dass Russland meine Heimat ist, gehört zu jenen großen und geheimnisvollen Sicherheiten, aus denen ich lebe“, sagte Rainer Maria Rilke einst über das Land, das für ihn zeitlebens ein Sehnsuchtsort war.

Der Dichter wurde 1875 in Prag geboren, er war österreichischer Staatsbürger, schrieb auf Deutsch, lebte und arbeitete in Triest, Paris und in der Schweiz. Der Dichter hat gleichsam viel früher als andere den baldigen Zerfall der Imperien im 20. Jahrhundert erahnt und eine heute bekannte Sehnsucht nach der im Zuge der geopolitischen Veränderungen verschollenen „großen Heimat“ gespürt. Doch dieser Schwebezustand „zwischen den Welten“ eröffnet dem Menschen gleichsam auch neue Möglichkeiten.

Österreich-Ungarn, wo Rilke geboren ist, war einer der ersten „Schmelztiegel“ Europas, in dem die Menschen erstmals ihre Identität nach der Sprache, der Kultur und dem Geburtsort eigenständig wählen konnten. Die erste Parallele, die sich im Zusammenhang mit Rilke aufdrängt, ist natürlich die Biografie von Franz Kafka. Der eine wie der andere haben zur gleichen Zeit und sogar in derselben Stadt, Prag, qualvoll nach der eigenen Identität gesucht und dann als „Heimat“ die Sprache und die universellen, allgemein menschlichen Werte gewählt.

Rilke wurde in der Familie eines Bahnbeamten und der Tochter eines kaiserlichen Rats geboren. 1886 schickte Vater Rilke seinen Sohn auf eine Militärrealschule. Doch bald schon wurde René (diesen Vornamen erhielt er bei seiner Geburt) krankheitshalber für dienstuntauglich befunden. Rilke ging an ein Gymnasium und schrieb sich 1895 an der Prager Universität ein.

Bereits mit 16 Jahren, 1891, veröffentlichte er seine ersten Gedichte in Prager Zeitungen. Einer seiner ersten Gedichtbände, „Larenopfer“, ist ein eigenwilliger lyrischer Spaziergang durch Prag. Er wurde gleichfalls zu einem symbolischen Abschied des Dichters von der Stadt seiner Jugend. Im Jahr 1896 brach Rilke mit seiner Familie und musste Prag unfreiwillig verlassen.

Die nächsten Jahre verbrachte Rilke auf Reisen. Er fuhr nach München, wo er Philosophie studierte, dann nach Berlin und nach Italien. Ein besonderes Kapitel sind seine zwei Reisen nach Russland – Rilke nannte sie „Pilgerfahrten“ – in den Jahren 1899 und 1900. Nur wenige Dichter von Weltruf waren Russland so zugetan. Dafür schätzt man Rilke dort besonders. Dieses Interesse wurde von einer faszinierenden Frau geweckt, Lou Andreas-Salomé, Tochter eines russischen Obersts und in der Vergangenheit die Freundin von Friedrich Nietzsche.

Sie war die „ideale Geliebte“ für Rilke. Sie pflanzte dem Dichter die Liebe zur russischen Kultur ein. Er lernte sogar die Sprache. Während seiner ersten Reise nach Russland im Frühjahr 1899 waren sie bei Leo Tolstoi in Jasnaja Poljana zu Gast. In Moskau lernte der Dichter die Maler Leonid Pasternak und Ilja Repin kennen.

Ein Jahr später unternahm Rilke seine zweite Russland-Reise und traf wiederum Tolstoi. Viel weniger bekannt ist eine weitere Begegnung, jene mit dem Bauerndichter Spiridon Droshshin. All das machte auf Rilke einen ungeheuren Eindruck und fiel zusammen mit seiner schöpferischen Hoch-Zeit.

Rilke versuchte sogar, in russischer Sprache zu schreiben. In seinen Gedichten zeichnete er einen „Bauern“ mit einem „weiten Gesicht“. In einem Brief an Leopold von Schlözer vom 21. Januar 1920 bekennt der Dichter: „Russland hat mich zu dem gemacht, was ich bin, von dort ging ich innerlich aus, alle Heimat meines Instinkts, all mein innerer Ursprung ist dort!“ Rilke übersetzte Lermontow, eben jenen Droshshin, das „Lied von der Heerfahrt Igors“ (Igorlied), Konstantin Fofanov und die Prosa von Fjodor Sologub. Einer Legende nach soll es sogar eine Übersetzung der „Möwe“ von Tschechow aus seiner Feder gegeben haben.

Seine Eindrücke der zwei Russland-Reisen verarbeitete Rilke im Sammelband „Das Stundenbuch“, 1899-1903. Dort sind die philosophischen Ansichten des jungen Rilke mit seinen persönlichen Eindrücken eins geworden. „Das Stundenbuch“ ist als Tagebuch eines orthodoxen Mönchs geschrieben.

Russland ist für Rilke vor allem eine Form des undogmatischen und direkten Umgangs mit dem Gott der Zukunft. Es ist das erste philosophische Werk Rilkes. Sein lyrischer Held entdeckt Gott in den kleinsten Dingen und Erscheinungen.

In Rilkes Briefen an Lou Andreas-Salomé finden sich die folgenden Zeilen über Russland: „... ich habe das Gefühl, als hätte ich das Werk des Schöpfers gesehen“. 1902 schrieb Rilke dem Verleger Alexei S. Suworin, dass er nach Russland übersiedeln wolle. Er war der Meinung, dass nur in Russland der „unverdorbene Mensch“ erhalten geblieben sei, der die Harmonie mit der Natur und Gott nicht verloren hat.

Natürlich ist dies ein idealisiertes Russland, wie es viele Ausländer in jenen Jahren gesehen haben. Gefährlich ist, wie sich gezeigt hat, die Utopie, die bald darauf in tragischen Ereignissen Widerhall findet. Doch in jenem Moment fiel die Vorstellung von einem „idealen Land der Zukunft“ mit der philosophischen Suche Rilkes selbst zusammen, der in Russland, wie ihm schien, eine Bestätigung für die in jenen Jahren modernen Theorien sah.

Lou Andreas-Salomé machte ihn möglicherweise mit einer Idee bekannt, die in der Folge zu einem Allgemeinplatz in der europäischen Kultur des beginnenden 20. Jahrhunderts wurde. Dieser These begegnet man auch bei Nietzsche und sie lebt später bei Oswald Spengler in seinem berühmten Werk „Der Untergang des Abendlandes“ wieder auf. Russland (wie auch Indien) verstehen die Denker als Zivilisation, in der „die Geschichte noch nicht begonnen hat“, wo sie gleichsam schlummert und somit das Potenzial für eine zukünftige Entwicklung hat. In einem Brief an Lou schreibt Rilke: „Womöglich hat der Russe dafür auch die menschliche Geschichte an sich vorbeiziehen lassen, um später zu einer Harmonie der Dinge durch sein jubelndes Herz zu gelangen.“

Das vorgeburtliche Chaos, von dem Rilke schreibt, ist auch der eventuelle Punkt, von dem aus die Weltgeschichte neu beginnen kann.

Rilkes Leidenschaft für Russland, anders kann man es nicht nennen, erklärt sich auch mit den Versuchen, für sich eine neue, „bleibende“ Identität zu finden, irgendetwas Unerschütterliches, auf das man sich stützen kann. Sein halbes Leben hat Rilke auf Reisen zugebracht. Im Laufe seines Lebens hat er mehr als hundert Mal seinen Wohnort gewechselt. Er war auch in Ägypten und in Nordafrika. Ja, man kann sagen, dass er vor sich selbst davonlaufen wollte. Er hat Stabilität dort gesucht, wo sie nicht sein konnte. Doch letztendlich ist die deutsche Sprache, in der er geschrieben hat, zu Rilkes wahrer „Heimat“ geworden.

1926, kurz vor seinem Tod, entspann sich ein reger Briefwechsel mit Marina Zwetajewa, von der er aus einem Brief von Boris Pasternak erfahren hatte. Dies ist wiederum ein einzigartiger Fall in der Literaturgeschichte, eine Dreierkorrespondenz zwischen drei großartigen Dichtern. Zwetajewas Briefe an Rilke könnte man als das seltene Genre einer „poetischen Fernliebe“ bezeichnen, was sie im Übrigen nicht daran hinderte, Rilkes Talent zu schätzen. Im Brief von 12. Mai 1926 vergleicht sie Rilke mit einem Wunder, das rational nicht zu begreifen ist, denn sein Talent kann man nur „sehen“. „Sie sind die Inkarnation der Poesie“, schreibt Zwetajewa an Rilke. Durch den Tod Rilkes am 26. Dezember 1926 kam es nicht mehr zu einem Treffen der beiden Dichter. „Mein Geliebter, ich weiß, du liest meine Briefe schon, bevor ich sie überhaupt geschrieben habe“, bekennt Zwetajewa in einem Brief an den heimgegangenen Dichter (31. Dezember 1926).

Gerade die russische Sprache wurde die erste Fremdsprache, in die Rilkes Werke übersetzt wurden. Dichter Aleksandr Bisk (1883 – 1973) war einer der ersten, der Rilke bereits im Jahr 1906 übersetzte. Boris Pasternak, der Sohn des Malers Leonid Pasternak, bekannte, dass er wegen Rilke Schriftsteller geworden ist. In hundert Jahren hat sich eine so enorme Zahl von Rilke-Übersetzungen ins Russische angesammelt, dass man das Gefühl hat, jede neue Übersetzung gerät mit der vorherigen in Widerstreit. Kein anderer fremdsprachiger Dichter ist in Russland mit einer derartigen Menge von Übersetzungsvarianten derselben Texte präsent. Darin liegt eine gewisse tragische Ironie.

Das neue Sowjetrussland (das Rilke übrigens nicht akzeptiert hat) hat einem der einflussreichsten Dichter der literarischen Moderne des 20. Jahrhunderts für lange Zeit das Schicksal eines „reaktionären Dichters“ zugedacht. Aleksandr Fadejew schrieb im Jahr 1950 in der Prawda: „Wer ist dieser Rilke? Ein extremer Mystiker und Reaktionär in der Dichtkunst.“

Andrei Archangelsky ist Kulturredakteur der Zeitschrift Ogonjok.

RILKE UND RUSSLAND

Die Ausstellung „Rilke und Russland“ ist auf dem Hauptplatz des Staatlichen Dali-Museums für Geschichte der russischen Literatur im Ostrouchow-Haus im Trubnikowski Pereulok zu sehen. Es ist die Fortsetzung der erfolgreichen Ausstellung „Rilke und Russland“ in Deutschland (Literaturmuseum der Moderne, Marbach am Neckar) und in der Schweiz (Nationalbibliothek in Bern, Museum Strauhof in Zürich). In der Ausstellung in Moskau wurden Dokumente und Aufzeichnungen zusammengetragen, die mit Rilke und Russland im Zusammenhang stehen. Es sind insgesamt 280 Ausstellungsstücke, darunter Tagebücher, Briefe, Bilder, Memoiren aus dem Rilke-Archiv in Gernsbach sowie aus der Lou Andreas Salomé Sammlung in Göttingen, aus deutschen Museen, Museen und Archiven der Schweiz und Russlands. Unter den einzigartigen Exponaten finden sich russische Ikonen, die Rilke gehörten, ein Rilke-Porträt von Leonid Pasternak, die „russische Bibliothek“ des Dichters, der Schriftwechsel mit Leo Tolstoi, Leonid Pasternak, Alexander Benois, Spiridon Droshshin, Boris Pasternak und Marina Zwetajewa, das Tagebuch von Andreas-Salomé, Originalhandschriften „russischer Gedichte“ und Rilke-Übersetzungen. Das Projekt beinhaltet auch einen Film von Anastasia Aleksandrowa und einen Essay von Ilma Rakusa sowie zeitgenössische Fotografien von Barbara Klemm und Mirko Krishanowitsch. Sie alle reisten auf den Spuren Rilkes durch Russland.

FILLING THE TRANS-ATLANTIC VOID

The German Times
A TRANS-ATLANTIC NEWSPAPER

From Berlin comes a new newspaper – the only German paper in English – for Europe and the US.

As a media bridge between the two continents, *The German Times* is a key platform for political, economic and cultural exchange within a trans-Atlantic partnership that is more important than ever.

www.times-media.de

Gottes Haus steht zum Verkauf

Beide Kirchen in Deutschland leiden unter einer Immobilienkrise. Handelt es sich auch um eine Krise des Glaubens?

VON FELIZIA MERTEN

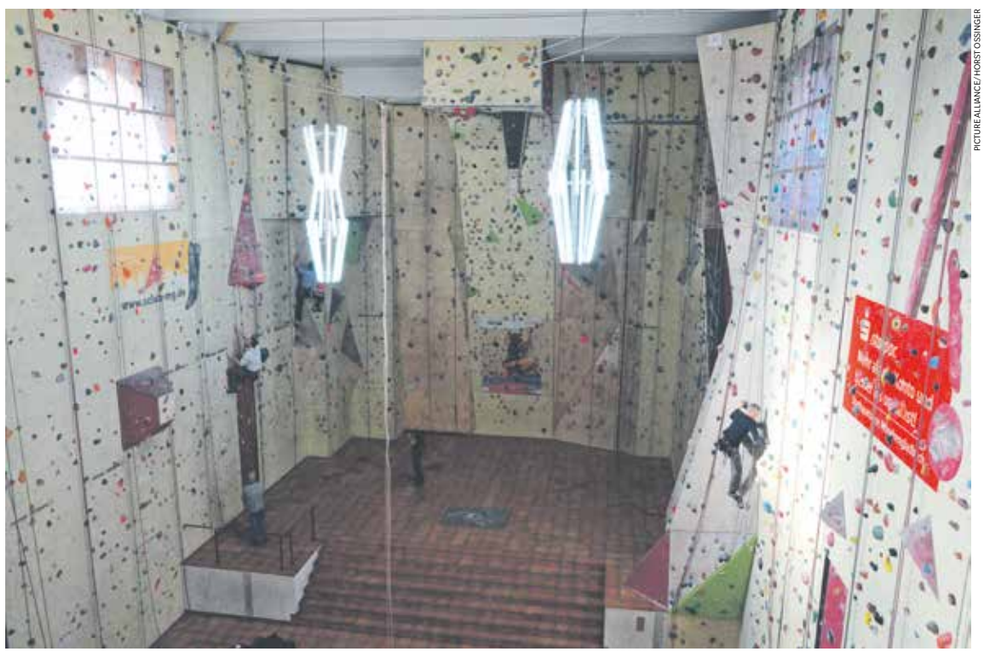
St. Peter in Mönchengladbach ist eine Kletterhalle, die St. Georg-Kapelle in Helmstedt bereits seit 1997 ein Juweliergeschäft, aus der St. Aegidien-Kirche bei Göttingen ist ein Café geworden und aus der Dreifaltigkeitskirche in Münster eine Wohnanlage. Die Kirchen in Deutschland haben eine Immobilienkrise. Sie stehen seit Jahren vor der Herausforderung, ihre Gebäude zu halten – und müssen sie andernfalls aufgeben. Profanierung heißt das im Fachjargon und betrifft sowohl die evangelische wie auch die katholische Kirche.

Bei der Profanierung handelt es sich um einen rituellen Vorgang der „Entweihung“ des Kirchenraums, der in einem letzten Abschiedsgottesdienst vollzogen wird. Der Priester verliest das Profanierungsdekret, das Allerheiligste wird aus dem Tabernakel entfernt und das Ewige Licht gelöscht. Der Kirchenraum wird „entsakralisiert“, und steht für einen anderen Zweck zum Verkauf. „Rein, profan, von heiligen Namen frei ist das Ding, das dem allgemeinen Gebrauch der Menschen zurückgegeben ist“, so hat es der italienische Philosoph Giorgio Agamben formuliert. Und tatsächlich werden bei diesem Vorgang alle sakralen Gegenstände, wie auch die Reliquien aus dem Kirchenraum entfernt, damit erst eine Umnutzung stattfinden kann.

Diese kann kultureller Art sein, indem aus der einstigen Pfarrkirche eine Bibliothek wird. Auch kann es sich um eine soziale Umnutzung handeln, wie im niedersächsischen Hildesheim, wo aus der ehemaligen Dominikaner-Kirche St. Paulus ein Altenheim wurde. Am schmerzvollsten ist dabei sicherlich die kommerzielle Umnutzung, durch die aus dem einstigen Haus Gottes eine Kneipe oder ein Restaurant wird. Wenn Steaks und Cocktails serviert werden, wo vorher das Vaterunser gesprochen wurde, ist Kirche nur noch Immobilie und entbehrt des Verweischarakters auf das Transzendente.

Seit der Jahrtausendwende hat die katholische Kirche laut Deutscher Bischofskonferenz mehr als 500 Kirchen auf diese Weise oder sogar durch Abriss aufgeben müssen – Tendenz steigend. Verschiedene Faktoren werden als Begründung ins Feld geführt: Neben der kontinuierlich sinkenden Zahl von Gottesdienstbesuchern und dem Priestermangel stehen heute die Kirchen leer, die als Antwort auf die vielen katholischen Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg erbaut worden sind. Nicht zuletzt sind aber auch demografischer und religionssoziologischer Wandel dafür verantwortlich, dass es in den vergangenen Jahrzehnten zu einer Umstrukturierung der Kirchenlandschaft kam und die volkskirchlichen Bindungen nach und nach abgenommen haben. Wenn dem zuständigen Bistum oder den Gemeinden zusätzlich die finanziellen Mittel fehlen, um ihre Gebäude instand zu halten, bleibt als letzter Ausweg oft nur die Profanierung – und der Verkauf.

Das Bistum Essen hält den traurigen Rekord von bisher 105 Umnutzungen und 31 Abrissen. So sind es meistens auch die jüngeren Bauten, die noch nicht unter Denkmalschutz stehen und damit schneller Opfer der Abrissbirne werden – obwohl sie einst religiöse Heimat einer Gemeinde waren.



PICTURE ALLIANCE / HORST OSSINGER

Stairway to heaven? Im Kirchenschiff der ehemaligen Pfarrkirche St. Peter in Mönchengladbach-Waldhausen steht heute eine Kletterwand. Die Kirche wurde 2007 geschlossen und 2010 als Kirche mit einer Kletterwand, eine sogenannte "Kletterkirche", wiedereröffnet.

Die Deutsche Bischofskonferenz hat daher schon 2003 eine Arbeitshilfe zur Umnutzung von Kirchen veröffentlicht. Statt Umnutzung wird hier ein Umdenken über die Verwendung gefordert: „Große Kirchenräume bieten die Chance für Nutzungen über die im engeren Sinn gottesdienstlichen Versammlungen hinaus. Neben der Bestimmung für die Liturgie dienten Kirchenräume immer auch außerliturgischen gemeindlichen und öffentlichen Nutzungen: Konzerten, Ausstellungen, geistlichen Spielen, Rechtsakten, Versammlungen“.

Auch wenn in der Bibel eine generelle Skepsis gegenüber „Gotteshäusern“ zu finden ist, weil „der Höchste nicht in Wohnungen wohnt, die mit Händen gemacht sind.“ (Apostelgeschichte 7:47f.), haben Kirchen für Menschen eine hohe Bedeutung. Sie haben Memorialcharakter. Der Verlust der eigenen Pfarrkirche trifft die Gemeindemitglieder und Anwohner oft hart, verletzt Gefühle. Manche wurden dort getauft, andere haben in ihr geheiratet oder die Kirche ist einfach Teil ihrer Heimat.

„Die Gemeindemitglieder sind durch die Bank traurig, teils verbittert. Ich kann das verstehen, wenn jemand mehr als 40 Jahre dort Sonntag für Sonntag Gottesdienst feierte und die Kirche ihm zur geistlichen Heimat wurde“, erzählt Klaus Müller, der seit 1999 „Ecclesiae Rector“ (Leiter der Kirche) der Münsteraner Dominikanerkirche war, die Mitte November profaniert worden ist. Fast 300 Jahre nach Ihrer Einweihung wird die Kirche zum Ausstellungsort.

Freilich hat es in der Geschichte des Christentums schon immer Phasen der Enteignungen oder der Umnutzungen gegeben. In der Zeit der Säkularisierung nach 1803 wurden Kirchen als Kornkammern, Waffenlager und Ballhäuser zweckentfremdet. In der DDR wurden unter Walter Ulbricht große Kirchen zu Turnhallen, kleine Kirchen ganz abgerissen.

Doch handelt es sich bei der gegenwärtigen Immobilienkrise nicht um eine oktroyierte Enteignung, sondern vielmehr um einen schleichenden Prozess im Inneren. Diesem Prozess durch kommerzielle Umnutzung oder gar Abriss ein Gesicht zu geben, schadet letztlich nicht nur dem Symbolcharakter der Kirche, weiß auch der Liturgiewissenschaftler Albert Gerhards. Seiner Meinung nach werden viele Gotteshäuser voreilig aufgegeben, obwohl man lieber über sinnvolle und bewahrende Umnutzungen nachdenken sollte.

„Denn Du selbst erbaust Dir einen Tempel aus lebendigen Steinen“ – so heißt es in der Präfation, der Einleitung des Hochgebets zur Kirchweihe. Die Krise der Kirchen(gebäude) wird damit umso deutlicher auch zur Krise der Gläubigen, welche die Kirche erst bilden. Gerade weil in Großbritannien und den Niederlanden die starke kommerzielle Umnutzung von Kirchengebäuden schon nachweislich zu einem Rückgang der Kirchenmitglieder geführt hat, braucht es dringend eine Rückbesinnung auf Kirche als „Gemeinschaft der Gläubigen“. Neben anderen liturgischen Formen wie Mediationen oder Gebetskreisen, können auch die kirchlichen Grundvollzüge Diaconia (Dienst am Nächsten) und Martyria (Verkündigung) im Kirchenraum einen Ort finden. Erst 2016 forderte der Hamburger Erzbischof Stefan Heße, leerstehende Klöster für die Flüchtlingshilfe bereitzustellen. Dann würden Kirchenschließungen nicht zum Ausdruck einer schwindenden religiösen Kultur, sondern Umnutzungen zur christlichen Antwort auf eine dynamische Entwicklung in Deutschland. Dann hieße es letztlich nicht: Gottes Haus steht zum Verkauf, sondern Gottes Haus steht allen auf.

Felizia Merten, Diplom-Theologin, war Redakteurin in der Berliner Redaktion der Herder Korrespondenz. *Seit 2017 lehrt sie als Referentin an der Katholischen Hochschule in Berlin und arbeitet als freie Journalistin.*

- Nachhaltigkeit als Unternehmensvision
- Zuverlässige Versorgung von Schlüsselindustrien mit Industriemineralien
- Innovative Produkte – traditionelle Werte
- Soziale Verantwortung für Mitarbeiter und Nachbarn
- Ausgezeichnet für Maßnahmen zum Erhalt der Artenvielfalt

www.quarzwerke.com

Quarzwerke
FAMILIENUNTERNEHMEN SEIT 1884

RUSSISCH-TOUR

Auf den Straßen von Berlin pulsieren Leben, Ideen und Inspiration. Warum junge russische Kreative in die europäische Metropole strömen und hier ihren eigenen Stil-formen.

VON SANDRA FRIEBEL

Dieser Pelzmantel steht Ihnen wunderbar“, sagt die Verkäuferin. Unter dem bodenlangen weißen Nerz leuchten neongrüne Sneakers, an der Sohle kleben Kies und Laubreste.

Glücklicherweise entstammen die Schuhe der Pelzanwärterin einer aktuellen Kollektion. Die gerade angesagten vier Zentimeter dicken Sohlen sorgen dafür, dass die feinen Haaren des kostbaren Mantels nicht den nassberegneten Boden berühre. Die Mimik der Verkäuferin bleibt entspannt. 10 000 Euro, unterstreicht sie mit russischem Akzent, hat das Stück gekostet. Da sind unnötige Flecken am Saum ein nicht gutzumachender Schaden.

Es ist Sonntag in Berlin, der Tag der Floh-, Kunst- und Trödelmärkte. In der ganzen Stadt von Neukölln bis Wilmersdorf sind Sammler, Liebhaber und Touristen auf der Suche nach außergewöhnlichen Kleidern, patinabesetzten Ledertaschen, Einzel- und Sammlerstücken. Die meisten erstöbern ihr Glück auf den überlaufenen Märkten am Mauerpark, im Szenekiez in „Kreuzkölln“ oder am Boxhagener Platz in Friedrichshain. Hier sind die Stände fest in Hipsterhand. Am Fehrbelliner Platz in Wilmersdorf sieht das Bild anders aus. Viele vermögende Russinnen nutzen die Gelegenheit, um ihren Kleiderschrank von Fehlkäufen zu befreien und Platz für die Looks der nächsten Modesaison zu schaffen. Zwischen Kisten von Antiquariatsliteratur und Kunstmalerei verstecken sich Pelze, Designerhandtaschen und -schuhe, die oft noch ungetragen für drei Euro eine neue Besitzerin finden.

Für Katharina Papp und Anna Vladi ist der Flohmarkt ein Ort der Inspiration. Hier finden die beiden jungen Frauen Einzelstücke, die sie auf ihrem Instagramaccount „found_on_the_street” posten. Sie zeigen sich mit schwarzer Bluse, besticktem Kragen und goldenen Creolen oder im schwarzgelben Polyester-Jogginganzug mit geflockten Logos in kyrillischer Schrift. In den Bildern ist deutlich zu spüren, wie sehr die beiden es lieben, verrückte und elegante Looks zu kombinieren um damit zu posen. Hashtags wie #owhysoserious, #arkwardpost oder #fashionisnotmyprofashion kennzeichnen die Intention der beiden jungen Russinnen aus St. Petersburg: „Du musst nicht modisch sein oder mit dem Trend gehen“, heißt ihre Botschaft. Es ist dein Leben und dein Style, entdecke ihn und spiel mit ihm!

Beide kamen nach Berlin, weil die Stadt sie faszinierte. „Es war diese besondere Atmosphäre, dieser freie Geist, der so anziehend ist,“ erinnert sich Katharina. „Hier können wir das tun, was wir wirklich wollen, ohne darauf achten zu müssen, was andere Leute davon halten.“

Aus dieser Lebenshaltung entstand die Idee von found_on_the_street. Es sind die berlintypischen Pappkartons, die bei Umzügen und Entrümplungsaktionen mit der Aufschrift “zu verschenken” auf die Straße gestellt werden, aus denen Anna und Katharina ihre Stylings zusammenstellen. Flohmärkte, Second-Hand-Läden und Tauschpartys vervollständigen ihre Garderobe. Turnschuhe, erinnert sich Anna, war das Letzte, was sie sich vor zwei Jahren neu gekauft hat, mit Ausnahme von Unterwäsche, räumt sie ein. Den beiden Bloggerinnen ist bewusst, dass sie ein Extrem vorleben. Nachhaltigkeit und Alternativen zum maßlosen Modekonsum sind ihr klares Anliegen. Doch wollen sie nicht moralisieren, sondern vielmehr dazu anregen, Neues auszuprobieren und außerhalb der großen Einkaufszentren Inspiration zu finden.

„Vor ein paar Jahren wurde es populär, Street-Style-Selfies auf Instagram zu posten und die Marken der Outfits zu verlinken. Da ist mir die Idee gekommen, wie lustig es wäre, Kleidung mit dem Label found_on_the_street zu kennzeichnen“, erinnert sich Katharina. Das ironische Spiel mit dem immensen Markenkult findet immer mehr Follower. Ganz besonders freut es die beiden, wenn Teenager sich für ihren Blog interessieren und ihrem Aufruf folgen, Mode auf der Straße zu entdecken.

Street Style fernab vom Druck, die richtige Marke zu tragen, die Möglichkeit, ein Image zu verkörpern, Individualität und das Gefühl von Dazugehören gleichzeitig auszuleben: Das ist der Grund, warum es viele junge Menschen aus Russland nach Berlin zieht. Hier gibt es keine Regeln. Alles kann, nichts muss. Die Stadt ist nicht schön, nicht perfekt und steht mit ihrem Baustellenimage im starken Kontrast zur Zuckerbäckerarchitektur von St. Petersburg. Doch auch in ihrer Heimatstadt erleben die beiden Bloggerinnen einen Wandel. Abseits des ungeschriebenen Modediktats der russischen Upper Class kreieren junge Designer ihre eigene Vision von Mode. Kleine Boutiquen eröffnen einem modehungrigen, aufgeschlossenem Publikum minimalistische Kollektionen, handgeschmiedete Schmuckstücke und Vintage-inspirierte Kleider.

Es ist eine neue Generation junger Menschen, die nach dem Zerfall der ehemaligen Sowjetunion eine eigene Interpretation von Stil erschafft und diese in die Welt hinaus trägt. Was in den Medien allgemein als „Post Soviet Style“ verkauft wird, nimmt im VooStore Gestalt an. Der eigenwillige Conceptstore hat seinen Standort bewusst gewählt, in der Oranienstraße in Kreuzberg pulsiert das Leben inmitten von Superfood-Cafés und Hinterhofateliers.

Zwischen geradlinigen Jil-Sander-Kostümen und den neusten Nike Limited Editions mischt das innovative Konzept von Gosha Rubchinsky die progressive Auswahl internationaler Modelabels auf. Russische Ikonografie und Soviet-Symbole werden auf zweckgerechten Kapuzenpullovern, Jogginghosen und Turnschuhen wiederbelebt. Der gefeierte Designer aus Moskau führt neben seiner gleichnamigen Marke das Kreativkollektiv des weltweit gehypten Labels Vetements an. Sie vermitteln das Gegenteil von Reichtum. Gemeinsam mit Demna Gvasalia, dem Creative Direktor des französischen Traditionshauses Balenciaga, inszeniert er von Paris aus eine russische Interpretation des Undergroundchic. Seine Ideen findet das Designerduo oft in Berlin. Neben “DHL” und “Polizei”-Aufdrucken diente auch schon die berühmte Kreuzköllner Schwulenbar “ficken 3000” als Logoschriftzug eines Kleids. Ihre Entwürfe parodieren Logos und Labels, Status und Konsum. Sie spielen mit Dekonstruktion, Upcycling und künstlich erzeugten Effekten von Abnutzung. Die flohmarktinspirierten Kollektionen machen Hoodies laufstegfähig und stehen im starken Kontrast zu den extravaganten Moderäumen fantasierender Designer. Sie spiegeln die schnörkellose russische Realität, die sich in den Wohnsilos der Arbeiterklasse ausbreitet.

„Russen zahlen immer in bar. Es ist keine Seltenheit, dass ein ganzer Stapel 500-Euro-Scheine diskret aber bestimmt auf der Ladentheke ausgebreitet wird“, verrät Ylli Jahja. Das hat in erster Linie steuerliche Gründe. Aber es gehört auch ein Lebensgefühl dazu, eine fünfstellige Summe bar zu bezahlen. „Champagner, Status und Scheine“, fasst der Luxus-Modeberater zusammen, sei das, was seine russischen Kunden lieben und leben. Drei Jahre hat er im weltweit bekannten Departmentstore Quartier 206 eine Utopie von Glitzer, Glamour und Status verkauft, bevor er vor einem Jahr schließen musste.

Kurz nach der Wende waren Düfte, Schuhe und Kleider im Conceptstore in der Friedrichstraße ein Magnet für ein vermögendes russisches Publikum, das nun endlich die großen Luxusmarken des Westens in die Garderobe aufnehmen konnte. Heute kaufen die gut betuchten Millionärsgattinnen lieber direkt in den Boutiquen am Kurfürstendamm. Es ist das gängige Klischeebild, das hier bedient wird. Wenn eine Frau mit blonden Haaren, High Heels und Pelzmantel den Laden betritt, werden sofort die gerade angesagten Labels von der Stange genommen und der Kundin ausgebreitet. Ob nietenbesetzte Handtaschen von Valentino oder die Sportsocken-Ankleboots von Vetements, Hauptsache es ist ein Logo zu sehen. Dazu werden klassische, mädchenhafte Silhouetten von Dolce und Gabbana kombiniert. Auch die zarten Chiffonrüschen und die goldglitzernden, kristallbesetzten High Heels des italienischen Designers Giuseppe Zanotti sind sehr beliebt. Sie bedienen ein konservatives Frauenbild. So verwundert es nicht, dass bei der Zusammenstellung der neuen Garderobe neben dem eigenen Geschmack der Kundinnen die Frage entscheidend ist: „Gefällt es meinem Mann?“

Das klischeebehaftete Bild, das Modeberater Ylli Jahja beschreibt, bestätigt auch das weißrussische Model Darya. „Die deutsche Modeszene erlaubt viel mehr Freiheit und die Entwicklung eines persönlichen Stils.“ In ihrer Heimat dominiere der Hang zu Maßlosigkeit und Übertreibung.

Vor fünf Jahren kam Darya nach Berlin, um Geologie zu studieren. Ihr Studium finanziert sie mit Modeljobs. Wenn deutsche Magazine für ein Shooting anfragen, arbeitet sie meist mit Fotografen aus Berlin zusammen. „Das sind nicht nur Mode-Fotostrecken, sondern Kunstprojekte“, schwärmt sie. Russische Magazine hingegen wollen Dolce-Vita-Editorials.

Unordentlich, schäbig und wild – so wird Berlin in den russischen Medien einem Publikum schmackhaft gemacht, das neugierig auf Berghain, Techno und modischen Leichtsinn ist. Berlin gilt als Symbol für Freiheit. Bereits in den 1920er-Jahren war die europäische Metropole ein beliebter Zufluchtsort für russische Künstler, Schriftsteller und Intellektuelle, die dort Freiheit suchten. Die Stadt bot ihnen Schutz vor der roten Armee und die Möglichkeit, sich neu zu verwirklichen. Damals wie heute brodelte es unter der Oberfläche. Im sogenannten Charlottengrad erwachte eine neue bürgerliche Gesellschaft zum Leben, die es genoss, autonom bleiben zu können. So ist es auch noch heute. Dort, wo Osten und Westen aufeinandertreffen. Inmitten von stalinistischem Klassizismus, Mediaspree und dem boulevardesken Wilmersdorf findet jede Kultur ihren Platz. Darya bevorzugt authentische Mode, die unkompliziert und qualitativ hochwertig ist. Einen Lieblingsdesigner hat sie nicht. Vielmehr sind ihre Einkäufe spontan, je nach Stimmung. Karina von found_on_the_street beschreibt ihren Stil als Vintage-Spice, und Anna trägt am liebsten Boyfriend-Kapuzenpullover. Auch wenn ihre ästhetischen Vorlieben unterschiedlichen Trends folgen, sie alle treffen sich auf dem Flohmarkt. Es ist der Ort, an dem russische Oligarchengattinnen, junge Kreative und gehypte Designer zusammenkommen, kulturelle Grenzen verschwimmen und Neues entsteht.

FOUND_ON_THE_STREET

Charlottengrader Chic: Anna Vladi (oben) und Karina Papp (rechts) präsentieren ihren deutsch-russischen Streetstyle

Sandra Friebel ist Modejournalistin und Stylistin in Berlin.

Zweiter Aufschlag

Der 20-jährige Alexander Zverev ist Deutschlands größtes Tennisversprechen. Das Talent erbte er von seinen Eltern; der Vater war siebenfacher sowjetischer Meister

VON JEWGENI FEDJAKOW

Kaum ein Sport ist so schwer zu lernen und zu lehren wie Tennis. Das Feintuning eines Talents ist ein sehr individueller, um nicht zu sagen intimer Prozess, und ob ein Land hervorragende Spieler hervorbringt, hängt nicht immer davon ab, wie verbreitet der Tennisport dort ist. In Deutschland gibt es mehr als 9000 Tennisklubs, 47000 Plätze und 1,5 Millionen Vereinsspieler. Aber der letzte Deutsche, der ein Grand-Slam-Turnier im Einzel der Männer gewinnen konnte, war Boris Becker mit seinem Sieg bei den Australian Open 1996.

Seit dem Ende der Karriere des großen, rothaarigen, charismatischen Champions 1999 warten die Deutschen auf einen neuen deutschen Superstar am Tennishimmel. Ihre Hoffnungen erfüllten sich jedoch bislang nicht.

Dem großen Talent Nikolas Kiefer, in jungen Jahren verglichen mit Becker, fehlte die mentale Stärke eines Champions. Tommy Haas, ehemals Zweiter der Weltrangliste, kam zwar nach schwersten Verletzungen immer wieder zurück, musste sich jedoch im vergangenen Jahr im Alter von 39 Jahren endlich vom Tenniszirkus verabschieden, ohne den ganz großen Durchbruch geschafft zu haben. Ein ganzes Jahrzehnt lang hatte Deutschland keinen Spieler unter den Top 10 der Herren. Am 31. Juli 2017 aber gelang es dem 20-jährigen Alexander Zverev, auf Platz acht vorzustoßen.

Neben dem ersten Titel, erkämpft im Herbst 2016 in Russland auf der St. Petersburg Open, hatte der zum damaligen Zeitpunkt jüngste Spieler unter den ersten 50 der Welt drei weitere Turniersiege auf seinem Konto. Einen davon errang er im Mai 2017 bei den Italian Open, einem Turnier, das im ATP-Ranking zur höchsten Kategorie gehört, den Masters 1000. Im Finale in Rom bezwang Zverev keinen Geringeren als Novak Djokovic. Der Sieg beim Rogers Cup in Montreal im August gegen einen weiteren Superchampion, Roger Federer, und damit Alexanders fünfter Titelgewinn stand da noch bevor.

Zu diesem Zeitpunkt arbeitete der Jungstar bereits seit zwei Wochen in Kanada mit einem neuen Trainer, dem Spanier Juan Carlos Ferrero, ehemals Weltranglistenerster und Sieger bei den French Open 2003. Den Löwenanteil an Zverevs Erfolgen hatten aber seine Eltern, ebenfalls Tennis-Champions, die kurz vor dem Zerfall der UdSSR nach Deutschland übergesiedelt und dort – vermutlich für immer – heimisch geworden waren.

Alexander Zverev senior wurde in Sotschi geboren und fand dort zum Tennissport. Da er als einer der hoffnungsvollsten sowjetischen Spieler galt, zog er nach dem Schulabschluss nach Moskau und trainierte dort bei Wladimir Wassiljew, der damals gerade zum Tennis-Cheftrainer der Streitkräfte der UdSSR ernannt worden war.

„Sascha wurde damals in ein Wohnheim des ZSKA eingewiesen und trainierte im Tennispalast am Leningradski-Prospekt. Im Gegensatz zu seinen Altersgefährten lebte er gesund und trainierte gewissenhaft“, erinnert sich der zukünftige Generalsekretär der Tennisföderation der UdSSR, Wiktor Jantschuk, der damals an der Kinder- und Jugendsportschule der Armee angestellt war. „Als Alexander jünger war, kam es schon hin und wieder vor, dass er gegen die Regeln verstieß, wie jeder andere auch. Jedoch war er sehr stolz darauf, mit den führenden sowjetischen Tenniscracks auf einem Platz spielen zu können. Er begriff schnell, dass man viel ackern muss, um ganz oben zu stehen. So kam zu seinem Talent noch Verständnis für den Ernst des Lebens hinzu.“

Bereits 1989 gewann er seine erste Goldmedaille bei den sowjetischen Meisterschaften im Einzel der Männer. Insgesamt wurden es drei sowie vier weitere im Doppel.

„Zverev spielt wie eine Spinne, spinnt ständig Fäden, in denen sich seine Kontrahenten verheddern. Sascha war keiner, der seinen Gegenspieler mit ein, zwei Schlägen ruck-zuck aus dem Rennen warf! Aber er kombinierte hervorragend und traf genau auf den Punkt“, schreibt Schamil Tarpischtschew, 1974 UdSSR-Mannschaftsleiter beim Davis Cup, in seiner Autobiographie „Das längste Match“. „Es gibt solche Spieler, die den Gegner fertig machen, ihn quälen und ihm sofort das Heft aus der Hand nehmen, sobald er sich eine Schwäche erlaubt, nicht genau genug spielt oder zu lasch. Zverev gehört dazu.“

„In meiner Erinnerung war der Tennisspieler Alexander Zverev ein echtes Allround-Talent, der sehr präzise den gesamten Platz ausspielte“, berichtet der Trainer Boris Sobkin. „Doch er hatte Pech. Auf ATP-Ebene kam er deshalb nicht zum Zug, weil sich das Tor für ihn zu spät öffnete.“ Das lag daran, dass sowjetische Tennisspieler auf Beschluss der Führung der UdSSR von 1977 bis 1983 nicht an privaten internationalen Turnieren mit Beteiligung Südafrikas oder Chiles teilnahmen.

„Im Tennis ist es sehr schwierig, mit 25 Jahren praktisch bei Null anzufangen und keine Zeitreserve zu haben“, sagt Sobkin. „Ein oder zwei schlechte Jahre, und man kann die Tenniskarriere vergessen.“

Die schillerndste Episode in der Karriere von Zverev senior auf internationalem Parkett war wohl das Davis-Cup-Match der UdSSR gegen Israel, das stattfand, obwohl die beiden Staaten keine diplomatischen Beziehungen unterhielten. Alle waren nervös. Nach Meinung Jantschuks, damals Tennistrainer des Staatlichen Komitees für Sport, „wären im Falle einer Niederlage nicht wenige Köpfe gerollt“.

Schamil Tarpischtschew spielte die unterschiedlichsten Aufstellungen für Einzel und Doppel durch und lag genau richtig. Es stand 2:2, Zverevs Spiel würde das Match entscheiden. Er stand an Platz 184 der Weltrangliste, sein Gegner Shahar Perkiss aber rangierte unter den ersten Hundert.

Beim Stand von 2:6, 7:5, 4:2 und 15:40 geschah auf dem weichen Sandplatz nach Tarpischtschews Worten „etwas Schreckliches, das nicht hätte passieren dürfen“. Beim Versuch, einen schwierigen Ball zu erreichen, knickte Zverevs rechter Fuß um, und er erlitt einen Bänderanriss am Fußgelenk. Sollte er das Spiel fortsetzen, bestand die Gefahr, die ohnehin schon gravierende Verletzung zu verschlimmern. Aber Zverev spielte tapfer weiter, bis die Fortsetzung aufgrund einsetzender Dämmerung vertagt wurde. Am nächsten Tag machte er den Sack zu, indem er erst den dritten Satz mit 10:8 zu seinen Gunsten entschied und danach auch den vierten mit 6:4 – eine wahre Heldentat. Zverev war ein recht bescheidener und gleichzeitig erfinderischer Mensch, der gern Backgammon spielte. Er hatte Humor, war aber bei weitem kein Witzbold. 1991 reiste der damals 31-jährige Zverev mit seiner Frau Irina (geb. Fattejewa), einer starken Tennisspielerin und Gewinnerin der Wintermeisterschaft der UdSSR 1984, nach Deutschland. In der Tasche hatte er einen Trainervertrag. Damals gingen viele sowjetische Sportler ins Ausland, wo sie bessere Verdienstmöglichkeiten erwarteten, und Zverev war in Deutschland kein Unbekannter, hatte er doch häufig und gern an unterschiedlichsten Turnieren teilgenommen.

In den ersten vier Jahren lebten und arbeiteten die Zverevs in der Kleinstadt Mölln in Norddeutschland, später zogen sie nach Hamburg. Am 20. April 1997 feierte die Familie ein freudiges Ereignis: der zehnjährige Mischa, noch in Moskau geboren, hatte ein kleines Brüderchen bekommen, Sascha.

„In den ersten Jahren in Deutschland hatten es die Zverevs nicht leicht. Sie mussten bei Null anfangen und sehr viel Zeit auf dem Tennisplatz verbringen, um sich und ihren Söhnen ein gutes Leben zu ermöglichen“, berichtet Boris Sobkin. „Es wurde erst einfacher, als Mischa in der Weltrangliste unter die ersten Hundert vorstieß und gutes Geld verdiente.“ Der wichtigste Trainer für die Jungs sei immer der Vater gewesen. „Er war es, der ihnen die Technik beibrachte und alles dafür tat, dass weder der eine noch der andere jemals die Bodenhaftung verlor. Jedoch auch Irinas Anteil an ihrem Erfolg ist groß. Sie ist eine sehr kluge Frau und eine wunderbare Mutter.“

Die Familie hält zusammen, zu Hause spricht man ausschließlich russisch, man hilft sich untereinander. Nach dem Sieg im vergangenen Jahr bei den Australian Open gegen Andy Murray, den damaligen Weltranglistenersten, erzählte Mischa Zverev, dass seine Karriere ohne den kleinen Bruder wohl schon beendet wäre. Nach einer Reihe von Verletzungen und einer praktisch völlig versäumten Saison 2014 konnte er nur deshalb wieder zu seiner Form zurückfinden, weil er gemeinsam mit Sascha trainierte, der, im Stil sehr an seinen Vater erinnernd, 2015 gerade dabei war, zielstrebig in der Weltrangliste nach oben zu klettern.

Die gegenwärtige Saison begann für Alexander unglücklich. Bereits in der dritten Runde der Australian Open verlor er gegen den 21-jährigen Koreaner Chung Hyeon, ebenfalls einen Vertreter der jüngeren Generation, der gleich darauf auch Novak Djokovic besiegte. Das bedeutet allerdings nicht, dass sich der 20-jährige deutsche Traum vom großen Tennissieg nun wieder nicht erfüllt. In Alexander Zverevs Leben fängt doch alles gerade erst an.

Jewgeni Fedjakow ist Sportreporter der Zeitung Kommersant.

PICTURE ALLIANCE/JÜRGEN HASENKOPF

Sascha & Sascha: Der Vater beobachtet den Filius auf seinem Weg an die Weltspitze.

ANZEIGE

NEU porta! möbel & mehr IN BERLIN-MAHLSDORF

BERLINS SCHÖNSTES MÖBELHAUS!

DIREKT AN DER B1/B5

WOHNWELTEN MIT WELTSTADTNIVEAU – PORTA MÖBEL SETZT AUF BUNDESHAUPTSTADT

Es ist ein Einrichtungshaus der Superlative, das im Osten Berlins direkt an der B1/B5 im Mai 2017 große Neueröffnung feierte. Auf insgesamt drei Etagen und mit einer Ausstellungsfläche von knapp 39.000 Quadratmetern zeigt das 24. Porta-Einrichtungszentrum mit separater Küchenwelt Wohnideen für jeden Geschmack und Geldbeutel. Individuell eingerichtete Wohnwelten sowie Markenstudios namhafter Hersteller wie Rolf Benz, Stressless, Musterring und Mondo laden die Besucher ein, sich inspirieren zu lassen. Beim neuen Standort hat Porta Möbel erstmals eine eigene Küchenwelt realisiert. Auf 4.700 Quadratmetern und mit über 150 Ausstellungsküchen zeigt das Einrichtungshaus die neuesten Trends von Herstellern wie Nolte Küchen oder Nobilia. Ob modern, mit Smarthome-Ausstattung oder ökologisch-wertvolle Modelle aus Naturholz – die vielfältige Auswahl ermöglicht es den Küchenfachberatern mithilfe neuester Planungsprogramme, individuelle Kundenwünsche zu erfüllen.

Für das leibliche Wohl der Kunden sorgt das eigene Toscana-Restaurant vom Frühstück bis zum Abendbrot. Italienische Snacks sowie Kaffee- und Kuchenspezialitäten serviert die Segafredo-Kaffeebar. Auch kleine Gäste kommen im Portalino-Kinderclub auf ihre Kosten und können dort unter Aufsicht geschulter Mitarbeiter nach Herzenslust toben, malen und basteln.

Große porta Küchenwelt auf über 4700 Quadratmetern

Rund 75 Millionen Euro in Expansion mit modernster Technik investiert

Dank modernster Technik leistet das Einrichtungshaus auch einen ressourcenschonenden Beitrag. Dies gilt sowohl für den Wärmeschutz als auch die Wärmerückgewinnung. Darüber hinaus kommen im gesamten Gebäude energiesparende und umweltschonende Lichtsysteme zum Einsatz. Doch nicht nur mit dem neuen Einrichtungszentrum in Mahlsdorf stärkt Porta Möbel seine Präsenz rund um die Hauptstadt. Im April 2017 ging bereits das vierte Logistikzentrum in Trebbin ans Netz. Der hochmoderne, 24.500 Quadratmeter große Gebäudekomplex bietet mit 16.800 Stellplätzen für Möbel eine beeindruckende Lagerkapazität. Die integrierte Lagernavigation gewährleistet, dass die Kunden der Einrichtungshäuser in Potsdam und Mahlsdorf sowie die Online-Kunden aus diesem Einzugsgebiet ihre Möbel termingetreu erhalten. Die Porta-Unternehmensgruppe investierte in die Expansion nach Berlin und Trebbin insgesamt rund 75 Millionen Euro und schuf über 400 Arbeitsplätze.

Charity-Aktion betont Verbundenheit zum neuen Standort

Einen elementaren Teil der Unternehmenskultur des Familienunternehmens Porta, das in zweiter Generation von Birgit Gärtner und Achim Fahrenkamp geführt wird, stellt soziales Engagement dar. Im Zuge der Neueröffnung unterstreicht Porta Möbel die Verbundenheit zum neuen Standort mit dem Charity-Projekt „Porta hilft“. Vor Eröffnung des Einrichtungshauses wurden über 30 soziale Einrichtungen mit Geld- und Sachspenden unterstützt, darunter auch 20 VW Caddys, für die Porta zwei Jahre lang Steuer, Leasingrate und Versicherung übernimmt, sodass lediglich noch Benzinkosten anfallen.

Blick in die Zukunft

Ein Blick auf die letzten 50 Jahre lässt erahnen, dass die Porta Erfolgsgeschichte auch in Zukunft fortgeführt wird. Unter Berücksichtigung der sich stetig verändernden technologischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen wird die Porta-Unternehmensgruppe, zu der neben den 24 Porta-Einrichtungshäusern auch zwei Möbel Hausmann Standorte, rund 100 Filialen der Discountschiene SB-Möbel Boss sowie 19 Märkte der tschechischen Asko-Gruppe gehören, weiterhin zukunftsweisende Impulse im Möbelhandel setzen und expandieren.

Der einladende Eingangsbereich des neuen Einrichtungshauses in Berlin-Mahlsdorf mit stilprägender, 3.500 Quadratmeter großen Glasfassade

12623 Berlin · Porta Möbel Handels GmbH & Co. KG Berlin-Mahlsdorf · Alt-Mahlsdorf 85 · Tel.: 030 206259-110 · UNSERE ÖFFNUNGSZEITEN: MO-SA 10-20 UHR · www.porta.de

AUS DEM GESPRÄCHSFORUM „PETERSBURGER DIALOG“

Petersburger DIALOG Петербургский ДИАЛОГ

Das Tagwerk tun

Der „Petersburger Dialog“ ist eine Insel der stabilen Zusammenarbeit der Gesellschaften – trotz mitunter erheblichen Meinungsverschiedenheiten

VON MICHAIL FEDOTOV

Die Welt erlebt derzeit eine Vertrauenskrise. Sie besteht nicht erst seit gestern und ist auch nicht morgen vorbei. Sie hat anscheinend alle Bereiche erfasst. Durch das fehlende Vertrauen bersten Banken, verlieren einflussreiche Politiker ihre Glaubwürdigkeit und gehen internationale Vereinbarungen in die Brüche. Ohne Vertrauen kann es kein Verständnis für den anderen geben. Und umgekehrt.

Um Verständnis und Vertrauen zu gewinnen, muss man auch die Wertesysteme des anderen, die Ziele und Interessen, die vernunftgerechten Befürchtungen und grundlosen Ängste klar differenzieren. Wenn wir im Gegenüber einen Feind erblicken, schaffen wir uns die Hölle auf Erden.

Wie nun können wir zu einem wirklich gegenseitigen Verständnis gelangen?

Das Gesprächsforum „Petersburger Dialog“ (PD) sieht die Bürgerbeteiligung als Weg zum gegenseitigen Verständnis zwischen Russland und Deutschland. Entgegen allen Wendepunkten kehren unsere deutschen Kollegen den Traditionen der Zusammenarbeit mit der russischen Zivilgesellschaft nicht den Rücken. Wir schätzen dies und sind bestrebt, mit gleicher Münze zurückzuzahlen.

Der große russische Schriftsteller des 20. Jahrhunderts Wiktor Astafjew überreichte mir im März 1993, als das Schicksal der jungen russischen Demokratie auf Messers Schneide stand, einen kurzes Essay, der in der Zeitung *Iswestija* veröffentlicht werden sollte. Darin waren folgende Worte zu finden: „Im russischen Volksmund heißt es: ‚Auch wenn du weißt, dass der Tod naht, tue dein Tagwerk.‘ Über viele Jahre schon ist in Russland aber das Gegenteil der Fall. In unserem durchgedrehten Vaterland hat sich die dumme destruktive Gewohnheit etabliert, Unruhe zu stiften, wenn das täglich Brot ausgesät und geerntet werden soll.“

Selbst wenn er den nahen Tod fühlt, muss der Bauer aufs Feld, um es ein letztes Mal zu bestellen, so dass zur Erntezeit seine Nachkommen ernten und zu gegebener Zeit von neuem das Feld bestellen können. Und so geht es immerfort weiter. Denn nur die Arbeit für ein gemeinsames, besseres Morgen kann Zerfall und Chaos bezwingen.

Und so müssen auch wir beim PD unser Tagwerk tun – trotz und ungeachtet der politischen Konjunktur. Denn die Völker bleiben Nachbarn und die Menschen sollen Menschen bleiben.

PICTURE ALLIANCE/ZB

Vom Abgrund zurücktreten: Abbildung von Andrei Sacharow an der Berliner Mauer 1990.

Wir erinnern uns, welcher Abgrund sich im vergangenen Jahrhundert zwischen unseren Völkern aufgetan hatte. Durch Verschulden Hitlers und der nationalsozialistischen Partei standen Russen und Deutsche auf verschiedenen Seiten der Front und schossen aufeinander. Man sollte meinen, dass die Meere von vergossenem Blut Russen und Deutsche für immer und ewig zu Feinden gemacht haben. Doch es ist Zeit vergangen, die Wunden sind verheilt, neue Generationen geboren und über die Beziehungen zwischen den Menschen ist die Saat des gegenseitigen Verständnisses aufgegangen; danach kamen Vertrauen, Zusammenarbeit und Freundschaft.

Selbstredend liegt darin kein geringes Verdienst der Staatsmänner unserer Länder. Gleichwohl räumen wir ein, dass weder gegenseitiges Verständnis, noch Vertrauen, noch Freundschaft durch einen internationalen Vertrag injiziert werden können, selbst wenn dieser Vertrag „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe“ heißt.

Zweifelsohne haben derartige Verträge den Weg bereitet, auf dem die Menschen aufeinander zugehen konnten. Die Hauptarbeit jedoch haben die Menschen selbst geleistet, ihre Vereinigungen und Verbände, mit einem Wort: die Zivilgesellschaft.

Vor kurzem wurde in Russland erbittert über den Vortrag des Schülers Nikolaj Desjatnitschenko aus Nowy Urengoi im Bundestag gestritten. Aber was hat dieser Junge denn eigentlich gesagt, was einige Vertreter der russischen Öffentlichkeit so aufgebracht hat? Er sagte, dass er in Kopejsk auf dem deutschen Friedhof, der neben einem ehemaligen Kriegsgefangenlager angelegt wurde, „die Gräber unschuldig gestorbener Menschen, von denen viele friedlich leben und nicht kämpfen wollten“, gesehen hat.

Das ist ein Zitat! Im Grunde genommen ist es ein Zitat aus einem Werk Leo Tolstois. Schlagen Sie „Krieg und Frieden“ auf und lesen sie nach, dass „wenn alle nur nach ihrer Überzeugung gekämpft hätten, es keinen Krieg gegeben hätte“. Das ist auch ein Zitat.

Ich bin überzeugt, dass viele Probleme in den russisch-deutschen Beziehungen der Feder von Journalisten oder dem Zungenschlag von Abgeordneten entstammen. Um eines beißendes Worts oder eines einprägsamen Zitats willen werden seriöse Projekte zunichte gemacht, es wird insgesamt eine Atmosphäre des Misstrauens und folglich des fehlenden Verständnisses geschaffen.

In einer solchen Situation bleibt der Öffentlichkeit nichts anderes übrig, als sich über die Politiker zu stellen, die einzig und allein in Kategorien der Geopolitik und der nächsten Wahlen denken. Für die Zivilgesellschaft sind reale Rechte des realen Menschen wichtiger: das Recht auf eine gerechte Entlohnung, das Recht auf saubere Luft und frisches Wasser, die Freiheit, alles zu sagen, was man denkt, das Recht, alles zu wissen, was in der Welt geschieht. Während sich der Politiker um die nächsten Wahlen sorgt, sorgt sich eine gesellschaftlich engagierte Persönlichkeit um die heutige und die zukünftigen Generationen.

Eine solche kollektive, gesellschaftlich engagierte Person ist das Gesprächsforum geworden. Unter den derzeitigen komplizierten Bedingungen ist der PD eine Insel der stabilen Zusammenarbeit der Gesellschaften – trotz der mitunter erheblichen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Regierungen unserer Staaten in einzelnen politischen Fragen.

Mit großem Bedauern gestehen wir ein, dass es in der Tat einzelne Spannungen gibt. Das Kräftemessen bei den Sanktionen oder Differenzen darüber, wie unterschiedliche Probleme der internationalen Tagesordnung angegangen werden. Dessen ungeachtet kommen mir die Worte unseres großen Wissenschaftlers und Menschenrechtlers Andrei D. Sacharow in den Sinn, die er am Ende des Kalten Kriegs sagte: dass dieser von besonders hitzigen Köpfen als Gespenst benutzt wird, um der internationalen Öffentlichkeit Angst und Schrecken einzujagen. Er bemühte sich, in seiner Tätigkeit als Menschenrechtler jenen Clinch zu verhindern, in den das Verhältnis zwischen der Sowjetunion und dem Westen in den 80er-Jahren geraten war und mahnte, dass die Menschheit vom Rand des Abgrunds zurücktreten, die Trennung überwinden müsse.

Eben in dieser Trennung in all ihren grundlegenden Erscheinungen, sowohl auf Staats- als auch auf der übergesellschaftlichen und zwischenmenschlichen Ebene, liegt die Hauptgefahr der Gegenwart. Diesem Prozess Einhalt zu gebieten, ist eine überaus wichtige Aufgabe für die Zivilgesellschaften unserer Länder.

Michail Fedotov ist Berater des Präsidenten der Russischen Föderation und Vorsitzender des Rates für die Entwicklung der Zivilgesellschaft und Menschenrechte. Er ist Co-Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Zivilgesellschaft“ beim Gesprächsforum „Petersburger Dialog“.

Pioneering Underground Technologies

› www.herrenknecht.com

HERRENKNECHT Tunnelvortriebstechnik